Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2| Kommunalwahlen in Thüringen

3| CDU und CSU: Grundsatzprogramme und Koalitionsfragen

4| Labour auf der Gewinnerstraße bei den Kommunalwahlen in England

5| Regionalwahlen Katalonien: Triumph der Sozialisten – Wähler besiegeln das Ende des katalanischen „procés“

6| Ukrainische Verteidigung in Bedrängnis. Verhandlungen und Lage auf dem Kriegsschauplatz

7-8| 20 Jahre EU-Erweiterung um 10 neue Staaten • Polen nach 20 Jahren in der EU • Perspektive Reform und Erweiterung der EU
9| Entwicklung in Gaza stärkt Kritik an Israels Vorgehen und Bewegung für eine Zwei-Staaten-Lösung

10| Wachsende Kritik an der humanitären Situation im Gazastreifen und juristische Konsequenzen
11| Fidschi: Konflikte in der Haltung zu Israel und Palästina • Neukaledonien: Worum geht es?

12-13| Aktionen – Initiativen: Thema: Kinder – Bildung und Grundsicherung

14| Wir berichteten ... • Asbest • Finanzlage Kommunen • Elbtower

15| „Menschen vor Profit: Gesundheit!“– Ein Veranstaltungsbericht. DOK: Mannheim für Alle! Solidarisch, sozial-ökologisch, demokratisch!
17| Gesundheit mit Plan: Das bessere Versorgungssystem
18-19| Kommunale Initiativen: In Sachen Gesundheit

20| ETUI-Papier zu ersten Effekten der europäischen Mindestlohnrichtlinie – Wirkungen und mögliche Wirkungen
20| Entlastung für ÖPNV-Beschäftigte in NRW vereinbart
21| Tarifbindung geht zurück – massiv
21| Streiks im Bauhauptgewerbe

22-23| Kalenderblatt 1981: Spanien beschließt Scheidungsgesetz

24| Jahrestagung unseres Vereins am 20./21. April 2024 in Mannheim
25| Ankündigung der ArGe-Sommerschule
25| Anzeige Broschüre „Kunst in Zeiten der Barbarei“
25| Was ist los an den Universitäten in den USA?

26| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen • Höcke Urteil • AfD-Bundesparteitag • Bündnis Frankfurt solidarisch • DFB und DOSB gegen Beleidigung von Sportlern im Netz

28| Buchvorstellung: Hendrik Cremer, Wie gefährlich die AfD wirklich ist
29| Viele Gründe, wählen zu gehen
29| Diakonie und Rechtsextreme
30| Rechte Kräfte in der EU Schweden – Niederlande – Italien – Frankreich

31| EU-Bürgerinitiative My Voice – My Choice
32| Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft bei der EU

Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 4: 25. Juli 2024

online lesen – www.linkekritik.de

Ausgabe Nr. 3 am 30. Mai 2024, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Erste Kurzbewertung Kommunalwahlen am 25. Mai 2024 in Thüringen

Frank Kuschel, Arnstadt *

1. AfD klarer Gewinner und Linke Hauptverlierer

Entgegen der ersten Einschätzung von Landespolitiker*innen der Parteien und der Medien ist die AfD der eigentliche Sieger der Kommunalwahlen am 26. Mai 2024. Hauptverlierer ist zugleich Die Linke, aber auch SPD, Grüne und FDP verzeichnen Verluste. Die CDU konnte ihre Ergebnisse von 2019 nahezu behaupten. Bei den Wahlen zu den Landrät-, Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Ortschaftsbürgermeister*innen sowie den Stadt- und Gemeinderäten haben sogenannte unabhängige Kandidat*innen und Wählervereinigungen weitere Zugewinne erreicht. Das politische Spektrum der Unabhängigen und Freien Wählerlisten ist dabei von links bis rechts sehr differenziert.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 25. Mai 2024 sind die Fortsetzung einer Entwicklung, die bereits beginnend mit der Kommunalwahl 2014 über die Kommunalwahl 2019 zu erkennen war. Die erste politische Einschätzung am Wahlabend, „der befürchtete Durchmarsch der AfD blieb aus“, wird den tatsächlichen Ergebnisse nicht gerecht. Schon 2019 musste die Linke erhebliche Stimmenverluste im Vergleich zu 2014 hinnehmen. Diese Entwicklung setzte sich 2024 leider fort. 2014 hatte die Linke noch einen Stimmenanteil bei den Kreistags- und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte von 21,9%. 2014 trat die AfD auf kommunaler Ebene noch nicht an. 2019 erreichte die Linke noch 14%, 2024 nunmehr nur noch 8,4%. Die Linke hat also nahezu zwei Drittel Stimmenanteil in zehn Jahren verloren und dies, obwohl die Partei auf Landesebene seit 2014 stärkste Regierungspartei ist und den Ministerpräsidenten stellt.

2. AfD stark in den Stichwahlen vertreten, Aussichten auf Wahlerfolge aber letztlich gering

Die AfD trat zu den Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen mit zehn Kandidaten an. Davon erreichten neun die Stichwahl. Keine andere Partei erreichte eine solche Quote. Die Linke erreichte nur eine einzige Stichwahl. Sicherlich ist davon auszugehen, dass die AfD in der Stichwahl wohl keine Sieger stellen wird. Dies aber mit Blick auf die AfD-Ergebnisse zu den Kreistags- und Stadtratswahlen als Erfolg zu bewerten, ist nicht geboten. In Hildburghausen hat einer der Aktivisten der rechten Szene, Tommy Frenck, Mitglied der Partei Heimat (früher NPD) für das Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH) die Stichwahl erreicht.

3. AfD und Unabhängige gewinnen, CDU stabil, aller anderen verlieren, Linke am deutlichsten

Das Landesergebnis bei den Wahlen zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte zeigt nach der Auszählung von rund 80 Prozent der Wahlbezirke folgende Ergebnisse: Linke: 8,4% (-5,6%), AfD: 26,4% (+8,7%), CDU: 27,6% (+0,3%), SPD: 11,0% (-2,4%), Grüne: 3,8% (-3,7%), FDP: 2,7% (-2,1%), Sonstige: 20,2% (+4,8%). Die Linke verliert 40% ihrer Stimmen, bei der SPD sind es rund 20%, bei den Grünen rund 50% und bei der FDP sind es auch über 40%. Die CDU hält ihr Ergebnis. Die unabhängigen Wählerlisten gewinnen über 20 Prozent dazu, die AfD gewinnt ein Drittel Stimmenanteil hinzu.

Bei den Wahlen zu den Räten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (90% der Stimmbezirke ausgezählt) verliert die Linke fast 50%, die SPD über 20%, die Grüne die Hälfte und auch die FDP fast 50%. Die CDU bestätigt ihr Ergebnis von 2019 im Wesentlichen. Die unabhängigen Wählerlisten erhöhen ihren Anteil um 15% und die AfD erhöht ihr Ergebnis um fast 35%.

4. Personen, kein kommunales Programm, Skandale und Nichtumsetzung von Wahlzusagen sind der AfD-Wählerschaft aktuell egal

Die These, dass sich die AfD in politischer Verantwortung selbst „entzaubert“, kann am Beispiel Sonneberg nicht bestätigt werden. Allerdings ist hier der AfD-Landrat erst seit sechs Monaten im Amt. Von seinen Wahlversprechen konnte er bisher keines umsetzen. Bei der Kreistagswahl am 26. Mai 2024 hat die AfD rund ein Drittel Stimmenanteil hinzugewonnen und erreichte 34,4%, +10,4% im Vergleich zu 2019. Das AfD-Ergebnis in Sonneberg liegt damit deutlich über dem Landesdurchschnitt, was auch die Zuwächse im Vergleich zu 2019 betreffen. Der AfD-Wählerschaft sind offenbar selbst die Umsetzung von Wahlversprechen aktuell nicht wichtig.

5. BSW gewinnt deutlich zulasten der Linken

Das BSW ist in Thüringen in vier Landkreisen angetreten. Ein Kommunalwahlprogramm hat das BSW Thüringen nicht. Die Spitzenkandidaten kamen nahezu vollständig aus der Partei Die Linke. Das BSW erklärt offiziell, eine Alternative zur AfD zu sein. Die Wahlergebnisse widersprechen diesem Selbstanspruch. Die Erfolge des BSW gingen im Wesentlichen zu Lasten der Linke und außer in Greiz waren zugleich die Zuwächse bei der AfD über deren Landesdurchschnitt. Also das BSW spaltet nicht nur die Partei die Linke, sondern auch die Wählerschaft der Linken. Das BSW kann aktuell der AfD keine Stimmenanteile entziehen.

6. Kommunale Themen nicht im Mittelpunkt

Folgende Themenbereiche waren bestimmend: Flüchtlings- und Asylpolitik; Innere Sicherheit, Kriminalität; angeblich zu hohe Sozialleistungen (Bürgergeld); Windkraft; Finanzierung Klimawandel; Versorgungslücken im ländlichen Raum (Grundversorgung, medizinische Versorgung, Apotheken, ÖPNV); Folgen Ukrainekrieg (Inflation, hohe Energiekosten), Angst vor sozialen Abstieg.

7. Hauptprobleme für die Linke

Zu geringer Gebrauchswert für Alltagsfragen, fehlende Machtoption im Bund, Regierungsbeteiligung in Thüringen mit zu geringen zählbaren Ergebnissen, zu geringe Verankerung in Vereinen und Verbänden, in vielen Fragen (siehe Punkt 6) keine klare Positionierung, zu wenig erkennbare Persönlichkeiten, die die Partei präsentieren.

* Frank Kuschel ist Leiter des Instituts für Kommunalpolitische Beratung und Bildung (IKBB)

Politische Berichte
ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

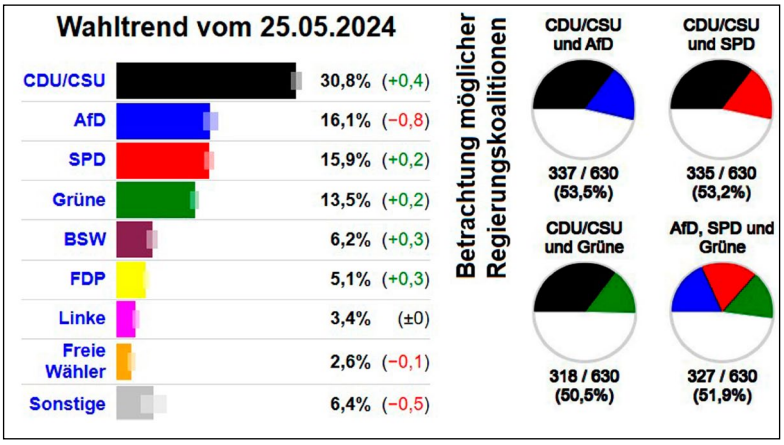
Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Titel: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.
Europa: Rolf Gehring (rog, verantw.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen
Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantw.), ulli.jaeckel@hotmail.de.
Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantw.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Witte, johannfirst@web.de.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantw.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;
Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantw.),rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantw.), fochlermuenchen@gmail.com.
Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantw.), michael.juretzek@nord-com.net
Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de
Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

CDU und CSU: Grundsatzprogramme und Koalitionsfragen

Martin Fochler, München

Demoskopie und Medien erwarten so gut wie ausnahmslos, dass bei der nächsten Bundestagswahl der Union die Aufgabe der Regierungsbildung zufallen wird. Die Verarbeitung der Ergebnisse des Bundesparteitags der CDU kreist um die die Frage, ob Merz, der mit ca. 90% ein sehr gutes Wahlergebnis als alter und neuer Parteivorsitzender hatte, Kanzlerkandidat werde. Hinter dieser Personalfrage stehen Richtungsentscheidungen. Wollte die Union eine Koalitionsbildung mit den Grünen im Auge behalten, wäre Merz nicht der Richtige und CSU-Söder der ganz falsche. In NRW und Schleswig-Holstein hingegen koaliert die Union mit den Grünen, und so bleibt der NRW-Ministerpräsident Wüst im Gespräch. Soweit der Tenor der Mediendiskussion. CDU und CSU wollen die Personalfrage erst nach den Landtagswahlen im September angehen. Da niemand ernsthaft mit einer absoluten Mehrheit der Union rechnet, wird die Koalitionsfrage mitschwingen. In dieser Diskussion wird nicht nur die Arithmetik der Prognosen eine Rolle spielen, auch Festlegungen aus den Grundsatzprogrammen von CSU[1] (Mai 2023) und CDU[2] (Mai 2024) werden wirken.



Grafik montiert aus www.dawum.de. – Bis zum Wahltag kann und wird noch viel passieren. Die FDP kann unter 5% fallen, die Linke über 5%steigen, das BSW hat noch keine wirklichen Wahlen bestanden. Es bleibt aber die Wahrscheinlichkeit einer unionsgeführen Koalition und die Frage steht : MIT WEM?

Beide Unionsparteien greifen auf die Tradition des Kulturkampfes zurück, wir erinnern an die 80er Jahre und Kohls Sieg-Parole von der „geistig moralischen Wende". Anders als seinerzeit steht mit der AfD eine völkisch nationalistische Partei rechts von der Union im Bewerberfeld, und die Öffentlichkeit diskutiert – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – die Frage „ob die Brandmauer hält", was eine Frage der politischen Grundsätze ist und einen Blick auf die beschlossenen Programme lohnt.

Wie in den Medien oft erwähnt, hat die CSU, geführt vom Ministerpräsidenten & Parteivorsitzenden Söder, die Grünen als Gegner markiert. Hier einige Stichworte aus der entsprechenden Passage:

CSU **„Wir leben die Liberalitas Bavariae als Gegenentwurf zu Identitätspolitik, Wokeness und Cancel Culture.** Identitätspolitik, Cancel Culture und Wokeness dürfen keine kulturelle Hegemonie erlangen. Sie begründen keine neue Freiheit, sondern sind antiliberale Ideologien. Sie geben vor, zu versöhnen, aber wirken spalterisch. Sie definieren Allgemeinwohl aus den Binnenlogiken ihrer Ideologie. Das ist nicht die Vollendung des Allgemeinwohls, sondern sein Gegenteil. Die CSU setzt diesen Ideologien entschieden die Liberalitas Bavariae, das „Leben und leben lassen", entgegen. Wir sind und wollen Freistaat bleiben. (…)

Der Staat kann sozialen Frieden nur gewährleisten, wenn er nicht nur die Freiheit des Einzelnen sichert, sondern auch den demokratischen Mehrheitswillen durchsetzt. Protest ist legitim, aber die Freiheit von Minderheiten endet da, wo die Freiheit des anderen Teils der Gesellschaft beginnt. Kleine Gruppen dürfen mit radikalen Forderungen und Methoden nicht der Mehrheitsgesellschaft ihren Willen aufdrücken."[1]

Die Devise „Leben und leben lassen" hat im Alltag des Landes Gewicht. Sie lässt der persönlichen Lebensgestaltung und auch politisch-kulturellen Diskursen weiten Raum. Die damit verflochtene, kaum verhüllte Markierung der Grünen als Hauptfeind hingegen schafft eine Brückenbindung nicht nur zur AfD, sondern sogar zu Kernthesen von Flügel-Strategen wie Krah & Höcke – Diesen Pfad hat die CSU nicht beschritten und sie will ihn nicht beschreiten. Aber die Lücke im Zaun ist da, eine Gefahr gegeben.

In der bayerischen Politik bereits wirksam ist die im zweiten Absatz des Zitates gegeben politologisch-normative Beschreibung von „Minderheit" und „Mehrheit" in der Demokratie. Es war ja nicht so, dass die Gleichberechtigung, das Streikrecht, das allgemeine Wahlrecht von der jeweiligen zeitgenössischen „Mehrheitsgesellschaft" erfunden worden wären. Minderheiten haben sich im Interesse von Emanzipation in Bewegung gesetzt, und mit – in ihrer Zeit durchaus als „radikal" empfundenen –Forderungen und Methoden einer in weiten Teilen eher mürrischen Mehrheit ihren Willen „aufgedrückt". Und was bedeutet diese Passage mit Blick auf das Streikrecht? Die aktuellen Entwicklungen in Richtung „autoritäre Demokratie" fußen auf dem Grundsatz, dass die Mehrheit berechtigt sei, ihren Willen durchzusetzen. So ausgerichtet kann die CSU, die ja eine eigene „Außenpolitik" beansprucht, allerhand Freundschaften pflegen. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Devise „Leben und Leben lassen" als Gegengewicht wirkt, im Alltag wie in der Politik.

Dass die vielbeschworene Brandmauer nicht nur ein Problem der Abgrenzung der Parteien nach „außen", sondern auch der innerparteilichen Diskurse (keineswegs nur der Union) geworden ist, belegt bedrückend die Aufnahme eine Kampfbegriffes ins Grundsatzprogramm der CDU. Auch hier darf nicht übersehen werden, dass Berufung auf verbriefte Rechte des Grundgesetzes und die Bindung der Partei an das „christliche Menschenbild" als Gegengewicht zu folgender Bestimmung (S. 32) erhalten bleiben.

CDU „Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz. Sie umfasst auch das gemeinsame Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für Zusammenhalt ist. Eine deutsche Leitkultur kann nicht ohne Verständnis unserer Traditionen und Bräuche, des ehrenamtlichen Engagements und Vereinslebens, der deutschen Kultur und Sprache sowie unserer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung gelingen. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehört ausdrücklich zur deutschen Leitkultur. Wer diese Leitkultur lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, den laden wir ein. Wir erwarten ein ausdrückliches Bekenntnis zu unseren Werten, Grundsätzen und Regeln. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss die Ausnahme bleiben, insbesondere soll sie künftig nicht mehr über Generationen weitervererbt werden. Wir sprechen uns für einen Generationenschnitt aus."[2]

Dass „Kultur" mehr umfasst als „Gesetze" ist nicht strittig. Hilfreich ist die von Rawls[3] ausführlich begründete Differenz zwischen der Meinungsbildung über „das Gute" und dem Beschluss über das „Rechte", durch den die Bürgerinnen

und Bürger eine Regel zum durchsetzbaren Recht machen. Die Vorstellungen, die sich einzelne und Gemeinschaften über das „Gute“ machen, sind unvermeidlich vielfältig, sie können in harte Kollisionen führen. So veränderten sich z.B. in Deutschland im Zeitalter der Reformation die Auffassung vom Guten. Eine politische Antwort auf diese Differenzierung war die Auffassung, dass die Obrigkeit das Recht habe, das vom Fürsten angenommene Bekenntnis den Untertanen vorzuschreiben und aufzuzwingen. Der Grundsatz „cuius regio, eius religio“, in damaliger Umgangssprache „wes der Fürst, des der Glaub“[4], führte in den 30jährigen Krieg. Die Trennung von „Bekenntnis“ und „Gesetz“ ist eine zivilisatorische Errungenschaft, in Bekenntnisfragen findet seitdem die Befugnis des Staates zu zwingen ihre Grenze. Mit der Forderung nach „Leitkultur“ wird diese Grenze durchlöchert. Wirklich?

Würde die CDU sich in ihrem Programm auf ein Bündel von Werten und Bräuchen verständigen, wäre das keinen Vorwurf wert. Wer das nicht will, tritt der Partei nicht bei, wählt sie nicht und streitet sich im Parteiendiskurs und im vorpolitischen Raum um die Sache, woraus dann ein Gesetz folgt oder halt nicht.

In den oben zitierten Passagen wird aber eine ganze Lebenswelt von eigentlich diskutablen Kulturgütern als verbindlich fixiert, diese „zu leben“ und „zu bekennen“ wird als Voraussetzung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft gemacht. Eine solche Normensetzung erteilt der Obrigkeit das Recht zur Gesinnungsprüfung.[5]

Für die Verschiebungen in den Grundsatzprogrammen der Unionsparteien stehen die Personen Merz bzw. Söder. Es ist nicht so, dass diese Veränderungen von Mitgliedschaft und unionsnaher Öffentlichkeit bejubelt würden. Es gibt nachdenkliche Stimmen und auch diese können in den Grundsatzprogrammen Halt finden. Alternativen zu den Personalien Merz oder Söder gibt es auch.

1 CSU-Grundsatzprogramm 2023: www.csu.de/common/download/CSU_Grundsatzprogramm_2023.pdf

2 CDU-Grundsatzprogramm 2024: https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/downloads/240507_cdu_gsp_2024_beschluss_parteitag_final_1.pdf

3 John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit als Fairness, Ein Neuentwurf. Frankfurt 2003, S. 289ff.

4 cuius regio, eius religio – siehe auch Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Cuius_regio,_eius_religio

5 Ein böses Beispiel bietet die Einführung des „gesunden Volksempfindens“ in das Strafgesetzbuch 1935. Wikipedia berichtet: „In § 2 hieß es nun: „Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. […]“ de.wikipedia.org/wiki/Gesundes_Volksempfinden

Labour auf der Gewinnerstraße bei den Kommunalwahlen in England

Eva Detscher, Karlsruhe

Die Wahlen in den englischen Counties des Vereinigten Königreichs (also nicht in Schottland, Wales und Nordirland) wurden übereinstimmend als Testfall für nationale Wahlen gesehen. In 2600 Counties wurden Stadtparlamente, in zwölf Städten die Bürgermeister gewählt. Die Labour-Partei hat in London und in weiten Teilen Englands gewonnen. Die Londoner haben ihrem Bürgermeister Sadiq Khan mit 43,8 Prozent eine dritte Amtszeit beschert, die konservative Gegenkandidatin Susan Hall erhielt 32,7 %, Grüne und Liberaldemokraten jeweils sechs Prozent. Ganz England betrachtet, verbleiben den Konservativen von knapp 1000 nur ca. 530 Gemeinderatssitze, Labour gewann 185 dazu, die LibDems 104 Sitze, die Grünen 74. Auf Ebene der Kommunen wird den Konservativen also das Vertrauen entzogen. Auch bei den Direktwahlen der Regionalbürgermeister gingen bis auf einen alle an Labour. Allerdings waren die Ergebnisse für Labour in Gebieten mit starken muslimischen Minderheiten schlecht, dort wurden unabhängige Kandidaten bevorzugt.

Die Wahlergebnisse haben die Unruhe in der Konservativen Partei vergrößert. Der Ruf der Wähler nach einem Wechsel der Politik, den sich Labour zu Nutzen machen konnte, führte auch für andere Parteien zu Wahlerfolgen, nämlich an erster Stelle für die LibDems, dann für die Grünen und für Unabhängige. Die lokalen Themen, das Problem der „living costs“, der Unbezahlbarkeit des Lebensnotwendigen, das bis in die Kreise recht gutverdienender Angestellter reicht, waren vorrangig. Der Zusammenhang zum Brexit spielt in der öffentlichen Diskussion kaum mehr eine Rolle, keiner will mehr zu der Polarisierung hin, wie sie zu Zeiten der Brexit-Debatte bis hinein in die Familien gewirkt hat.

Der Lähmung seiner konservativen Partei trat Premier Sunak mit der Verkündung des Wahltermins für die Unterhauswahlen auf den 4. Juli 2024 zu einem von niemandem erwarteten Zeitpunkt entgegen. Siebzehn Tage nach den Kommunalwahlen hat er sein Recht, allein zu entscheiden, wahrgenommen, es gibt keine gesetzliche Festlegung („no fixed parlamentary term“). Bisher waren drei Wochen zwischen Verkündung des Termins und Wahltermin der kürzeste, sechs Wochen der längste Zeitraum. Sunak hat mit seinem auch für die Konservativen überraschenden Auftritt vor Downing Street 10 in strömendem Regen ohne Begleitperson mit Regenschirm die innerparteilichen Diskussionen auf die Herausforderungen des Wahlkampfes fokussiert und offensichtlich möchte er das zarte Pflänzchen der wirtschaftlichen Erholung (keine Rezension mehr, BIP-Wachstum von 0,6 %, Rückgang der Inflation auf 2,3 %) so nutzen, dass man denen Vertrauen schenken solle, die diese Erfolge erarbeitet hätten, und nicht der Labourpartei. Bei Sunak klingt das so: „Wir haben einen Plan, der funktioniert. Labour hat keinen Plan.“ Derweil sieht der Alltag deutlich trüber aus: „Eine Rekordzahl von 7,6 Millionen Menschen warten auf eine Behandlung im staatlichen Gesundheitssystem. Wasserwerke leiten ungestraft ungeklärte Abwässer und Fäkalien in die Flüsse ein. Die Polizei wurde angewiesen, weniger Verhaftungen zu machen, weil die Gefängnisse überfüllt sind. Hypothekenbelastungen und Lebensmittelpreise schnellen in die Höhe. Eine Pleitewelle kommt auf die Kommunen zu.“ (BNN vom 24.5.24)

Im nationalen Wahlkampf wird die innenpolitische Problemlage mit der sogenannten illegalen Immigration, den Folgen der Zwei-Kind-Politik (wer mehr Kinder bekommt, wird finanziell abgestraft) und den eben genannten Alltagswidrigkeiten den Wunsch nach Wechsel befeuern. Aber auch außenpolitische Themen wie Ukraine, Gaza, die internationalen Handelsbeziehungen und speziell die Beziehungen zur EU werden eine größere Rolle spielen. In diesem letztgenannten Kontext ist auch die Entscheidung des Obersten Gerichts von Nordirland zu sehen, der den Ruanda-Deal als Verstoß gegen das Good-Friday-Abkommen sowie gegen den Brexit-Vertrag sieht. Trotz Brexit ist die Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK nämlich nach wie vor auch für UK bindend, und falls das Vereinigte Königreich einen Austritt aus der EMRK erwägen sollte, wäre es nach der Russischen Föderation der zweite Staat Europas, der diesen Schritt vollzöge.

Sunak hat den Weckruf der Kommunalwahlen gehört, und Labour ist in gewisser Weise überrumpelt. Keir Starmer, der Labour-Chef, glänzt nicht durch programmatische Kühnheit, eher durch Ankündigung von „Mehr“ im Falle seiner Wahl: mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr klimagerechte Energiepolitik. Umfragen sagen Labour 45 % der Stimmen, den Tories 25 % voraus. Dieser Vorsprung wird wohl reichen, um mit der Parole „Zeit für den Wechsel“ von den britischen Wählern eine Mehrheit der Sitze im Unterhaus zuerkannt zu bekommen.

Quelle: Guardian, GovUK, FAZ, BNN

Regionalwahlen Katalonien Triumph der Sozialisten – Wähler besiegeln das Ende des katalanischen „procés“

Claus Seitz, San Sebastian

Bei den Wahlen zum katalanischen Parlament verloren die katalanischen Unabhängigkeitsparteien zum ersten Mal seit 40 Jahren die Mehrheit im Parlament: 2021 74 Sitze (50,5 % der Stimmen), 2024 61 Sitze (43,2%). Trotz einer um 6,65 % gestiegenen Wahlbeteiligung verloren sie 81 000 Stimmen. Im Vergleich mit dem Höhepunkt des „procés“ in 2017 ein Absturz um über 700 000 Stimmen.

Schon vor den Wahlen hatten sich in Meinungsumfragen nur noch 41% pro Unabhängigkeit ausgesprochen, 51 % dagegen. (2017: 49 % pro und 44 % contra).

Die Parteien „gegen die Abspaltung Kataloniens“ legten gegenüber 2021 um 332 000 Stimmen zu, davon die Sozialisten 218 000 (+ 5,3 %) mit einem Zuwachs von 33 auf 42 Sitzen. Mit 873 000 Stimmen überflügelten die Sozialisten die zweitplatzierten Junts per Catalunya um fast 200 000 Stimmen.

Die Kommentatoren bewerten die Ergebnisse mehrheitlich als Abschluss einer politischen Etappe in Katalonien, als Endpunkt des procés, der zu einem Szenario sozialer Desillusionierung, politischer Apathie und Zersplitterung führte, aber auch als klaren Sieg für die katalanischen Sozialisten und für Pedro Sánchez.

Feijoo (PP) sieht das anders: „Der procés ist nicht tot, weil Sanchez ihn lebend braucht, um weiter regieren zu können“. Feijoo sagt voraus, dass die Sozialisten Puigdemont die katalanische Regierung überlassen werden. Das Ende des procés vor den Europawahlen einzugestehen, wäre tödlich für die PP-Propaganda von der Verfassungsfeindlichkeit des Amnestiegesetzes und der illegitimen Sanchez-Regierung.

Ungewisse Regierungsbildung

Das Wahlergebnis eröffnet den Sozialisten verschiedene Optionen auf eine Regierungsbildung, vorausgesetzt die separatistischen Parteien verzichten auf eine Blockadepolitik. Ansonsten würden Neuwahlen (Anfang Oktober) unvermeidlich.

Wahlergebnisse Regionalwahl in Katalonien

	2024	2021	Diff.	2024	2021	Diff.	2024	2021	Diff.
Partei	Stimmen absolut			Stimmen in %			Sitze		
PSC	872.959	654.766	218.193	28,0	22,7	5,3	42	33	9
Junts	674.896	570.539	104.357	21,6	19,8	1,8	35	32	3
ERC	427.135	605.581	-178.446	13,7	21,0	-7,3	20	33	-13
PP	342.584	109.453	233.131	11,0	3,8	7,2	15	3	12
Vox	248.554	218.121	30.433	8,0	7,6	0,4	11	11	0
Comuns Sumar	181.795	195.345	-13.550	5,8	6,8	-0,9	6	8	-2
CUP	127.850	189.924	-62.074	4,1	6,6	-2,5	4	9	-5
Aliança Catalunya	118.302		118.302	3,8		3,8	2		2
Ciudadanos	22.481	158.606	-136.125	0,7	5,5	-4,8	0	6	-6
Alhora	13.759		13.759		0,4	-0,4	0		0
PdeCat		77.229	-77.229		2,7	-2,7		0	0
Wahlbeteiligung	57,9%	51,3%	6,7%						

Während die Linksnationalisten desaströse Verluste einfuhren, davon Esquerra Republicana (ERC) 13 von 33 Sitzen und die antikapitalistische CUP 5 von 9 Sitzen, konnte Junts per Catalunya (+ 3 Sitze) wieder die Führungsrolle im Lager der separatistischen Parteien erobern, allerdings mit 21,6 % der Stimmen weit davon entfernt, eine parlamentarische Mehrheit formieren zu können. Angesichts der von Junts verbreiteten epischen Geschichte vom Präsidenten Puigdemont, der pompös aus dem Exil zurückkehrt, um wieder inthronisiert zu werden, ein enttäuschendes Ergebnis. Unter der Parole „Wir retten Katalonien“ zog mit Aliança Catalana erstmals eine offen rassistische, katalanisch-nationalistische Partei ins Parlament ein. Insgesamt eine deutliche Rechtsverschiebung im Lager der katalanischen Separatisten. Die Sozialisten (PSC) konnten ihre Wählerschaft im hohen Maß mobilisieren. Comuns Sumar musste Verluste in Richtung PSC hinnehmen. Ciudadanos ist in kaum sieben Jahren von der Position der stärksten Partei in die völlige Versenkung verschwunden. Ein Wählerspektrum, das sich die Partido Popular einverleiben konnte. Dennoch blieb die PP mit 11 % unter ihrem Ergebnis bei den Parlamentswahlen im Juli (13,3 %). Die PP benutzte wie nie zuvor populistische, ausländerfeindliche Parolen der extremen Rechten und einen scharfen Diskurs gegen die illegale Einwanderung. Das Ziel, Vox deutlich zu schwächen, erreichte sie dennoch nicht. Vox konnte ihre 11 Sitze halten.

In erster Linie gefragt wäre Esquerra Republicana, entweder um eine Linkskoalition mit PSC und Comuns einzugehen oder um mit ihrer Zustimmung bzw. Enthaltung eine PSC-Minderheitsregierung zu ermöglichen. Der bisherige katalanische Regierungspräsident Aragones und die ERC-Generalsekretärin Rovera sind von ihren Ämtern zurückgetreten und fordern einen Neuanfang und den Rücktritt der gesamten ERC-Führung inklusive des ERC-Präsidenten Junqueras, der sich dem widersetzt. Welche Schlüsse die Partei aus der Niederlage ziehen wird, ist offen. Die Unterstützung einer PSC-Regierung stößt auf starke Ablehnung in der Basis. Andererseits fürchtet man Neuwahlen, welche dem in ERC verhassten Puigdemont eine zweite Chance eröffnen würden und das Wahldebakel von ERC noch vertiefen würden.

Puigdemont übt Druck auf ERC und PSC aus mit der Forderung nach einer separatistischen Einheitsregierung bei Enthaltung der Sozialisten, was von den Sozialisten kategorisch abgelehnt wird. Die Androhung eines Bruchs des Abkommens mit der Sanchez-Regierung beeindruckt diese nicht, Junts und Puigdemont sind umgekehrt von der Umsetzung des Amnestiegesetzes abhängig. Eigentliches Ziel der Manöver Puigdemonts ist das Scheitern der Regierungsbildung und Neuwahlen als letzte Hoffnung für das persönliche politische Überleben.

DOK El País, Editorial 13.5.24

Ein Zeitenwechsel in Katalonien: Die Bürger haben beschlossen, den procés zu begraben, d.h. den Weg des einseitigen Bruchs, den die Unabhängigkeitsparteien eingeschlagen hatten und dessen Höhepunkt mit der illegalen Unabhängigkeitserklärung von 2017 erreicht wurde. Die Ergebnisse bedeuten, dass die Wahlurnen die Politik der Versöhnung und des Dialogs unterstützen, die Pedro Sánchez in der vorangegangenen Legislaturperiode eingeleitet und in dieser mit hohen Kosten im übrigen Spanien fortgesetzt hat. (...) Das Wahlergebnis kann nur interpretiert werden, als Votum einer Gesellschaft, die eines Jahrzehnts der Polarisierung und institutionellen Lähmung überdrüssig ist, in dem vier Wahlen und vier Präsidenten aufeinander folgten, ein Versuch, die Verfassung zu brechen und die Selbstverwaltung aufzuheben und eine Geringschätzung der öffentlichen Politik, die den Alltag der Bürger betrifft. Die Katalanen haben mit ihren Stimmen gefordert, diese Etappe zu begraben.

Ukrainische Verteidigung in Bedrängnis

Martin Fochler, München. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die Ukraine die Herrschaft der Russischen Föderation über die besetzten Gebiete nicht gefährden. Sie muss den Luftraum im ganzen Land verteidigen und die über tausend Kilometer lange Frontlinie halten.

Luftverteidigung: Nach übereinstimmenden Nachrichten haben die Drohnen-, Raketen- und Lenkbombenangriffe ein Ausmaß angenommen, das die Luftabwehr immer wieder überfordert. Geht das über Monate so weiter, könnte das technische-wirtschaftliche Gerüst der Landesverteidigung und der Daseinsvorsorge ruiniert werden. Das zielt auf den moralisch-politischen Zusammenbruch des Staates. Dazu passen jüngste Äußerungen Putins, der die Legitimität der Regierung der Ukraine mit dem Argument bestreitet, dass Selenskyj über die reguläre Amtszeit von fünf Jahren hinaus regiere.[1] Die Rechtsordnung der Ukraine sieht Wahlen im Kriegszustand nicht vor und so verfängt das Argument in der Ukraine nicht. Würden die Luftangriffe der RF aber bewirken, dass der Staat die Grundversorgung der Bevölkerung – Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung – nicht mehr gewährleisten könnte, wäre der Stoff für eine Legitimationskrise da.

Kann die Ukraine die Verteidigung ihres Luftraums so optimieren, dass es dazu nicht kommt? Die RF nutzt bei der Luftkriegsführung eine asymmetrische politische Lage aus. Insbesondere die USA und die BRD, haben ihre Waffenlieferungen an die Ukraine an die Bedingung gebunden, dass diese Waffen nicht für Angriffe auf das Gebiet der RF genutzt werden dürften. Es wurde wohl davon davon ausgegangen, dass die Ukraine Luftangriffe weitestgehend abfangen könnte. Für Gleitbomben und weitreichende Artillerie trifft dies aber nicht zu. Gleitbomben werden von Flugzeugen aus gestartet und können ihre Ziele unterhalb des Radars ansteuern. Die Reichweite soll bis zu 90 Kilometer betragen. Charkiw liegt nur 40 Kilometer Luftlinie von der Grenze der RF entfernt. Die Luftwaffe der RF kann über eigenem Staatsgebiet verbleiben und von dort aus ungefährdet diese schwer abzuwehrenden Bomben abfeuern. Ferner liegt die Stadt auch in der Reichweite von Artilleriefeuerstellungen[2] auf russischem Gebiet, die von der Ukraine nach politischen Vorgaben nicht angegriffen werden dürfen.

Dass die großen Städte Kiew und eben Charkiw der Invasionsarmee der RF Einhalt gebieten konnten und diese sogar zum Rückzug zwangen, war das entscheidende Moment der Verteidigung der Ukraine. Sollte es der RF gelingen, Charkiw so unter Feuer zu halten, dass ziviles Leben unmöglich und Evakuierung und Flucht unumgänglich würde, änderte sich das ganze Kriegsbild.

An der langen Landfront: Bekannt sind die Klagen über Mangel an Waffen und Munition. Das Halten der Linie unter Dauerbeschuss strapaziert die Soldatinnen und Soldaten, die frontnahen Einsatzkräfte und die im Kampfgebiet lebenden Menschen aufs Äußerste, die menschliche Nervenkraft hält eine Existenz in ununterbrochener Lebensgefahr nicht monate- und jahrelang aus. Fronturlaub Einzelner aber auch die Ablösung ganzer Truppenteile werden nötig. Erstaunlich lange hat die Ukraine auf die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht verzichten können. Nun musste ein Mobilisierungsgesetz beschlossen werden, das den politischen Rückhalt der Regierung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erschüttern kann.

Verhandlungen? Nach der Logik des Kriegsbildes ist die RF nicht zu Verhandlungen gezwungen, sie kann stattdessen hoffen, ihre Position durch Fortsetzung und Steigerung der Angriffe zu verbessern. Politisch ist das Land fest im Griff der Regierung Putin, der persönlich durch das – wie auch immer beeinflusste – Wahlergebnis gestärkt ist, dies jedenfalls in den Augen der herrschenden Personengruppe. Der Verteidigungsminister wurde durch einen landesweit bekannten Verwaltungs- und Wirtschaftsfachmann ersetzt. Die Ernennung Beloussows als Zeichen interpretiert, von der Methode der verlustreichen Sturmangriffe – sie hatte die Meuterei Prigoschin im Gefolge – auf das Verfahren der Materialschlacht überzugehen. Unter der Bedingung der verzögerten Lieferung von Abwehrwaffen und Munition erlangte die RF ein Übergewicht an Waffen und Munition.

Die Anwendung dieser Strategie auf die Zivilbevölkerung der Großstadt Charkiw fußt auf der komfortablen politischen Absicherung von Feuerstellungen zu Lande und in der Luft. Die Angriffe wollen zivile Opfer, Tote, Verletzte, Unterversorgte. Es liegt eine terroristische Kriegführung vor, die nach keiner internationalen Regel zu rechtfertigen sein dürfte. Für die Ukraine steht die Frage nach Perfektionierung der Verteidigung, für die internationale Öffentlichkeit die Ächtung terroristischer Kriegführung.

1 Siehe neben vielen anderen: www.fr.de/politik/charkiw-ukraine-krieg-putin-selenskyj-frieden-nato-usa-93091104.html (26.5.) **2** de.wikipedia.org/wiki/Artillerie **3** www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russlands-neuer-verteidigungsminister-wer-ist-andrej-beloussow,UCd5LRh

Schweiz organisiert „hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine“

Christoph Cornides, Mannheim. Vor dem Wirtschaftsforum in Davos im Januar 2024 fand in der Schweiz auch die vierte internationale Konferenz der Berater für Nationale Sicherheit (NSA) über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine statt. (S. Politischen Berichte Nr. 1/2024, S. 25). Thema der Konferenz war der „10-Punkte Plan“, auch „Friedensplan“, Selenskys“ (Neue Züricher Zeitung v. 14.1.2024, zusammenfassend in Politische Berichte 1/2024, S. 25.)

Im April hat die Schweiz einen weiteren Konferenz- und Verhandlungsprozess angestoßen. Dabei handelt es sich – ähnlich wie bei den Konferenzen der nationalen Sicherheitsberater – noch nicht um eine Friedenskonferenz von internationalen Regierungsvertretungen unter Teilnahme der Russischen Föderation. Russland, das erklärt hat, an solchen Verhandlungen nur teilzunehmen, wenn die westlichen Staaten ihre Unterstützung der Ukraine einstellen, wird also nicht unter den erwarteten 80 Delegationen vertreten sein. Die Konferenz soll voraussichtlich am 15. und 16. Juni 2024 in der Nähe von Luzern stattfinden. (Der Spiegel online, 26.5.2024) Dazu hatte das Schweizer Außenministerium am 10.4.2024 bekannt gegeben:

„Schweiz organisiert im Juni 2024 auf dem Bürgenstock eine hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine.

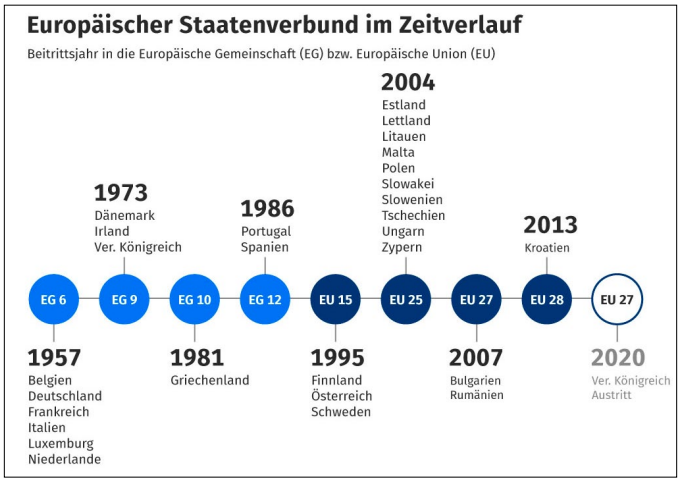
An seiner Sitzung vom 10. April 2024 hat der Bundesrat die Ergebnisse der exploratorischen Phase zur hochrangigen Konferenz zum Frieden in der Ukraine zur Kenntnis genommen. Die Voraussetzungen, damit die Konferenz einen Friedenprozess anstoßen kann, sind in genügendem Masse gegeben. In einem ersten Schritt soll ein gemeinsames Verständnis der teilnehmenden Staaten entwickelt werden, im Hinblick auf einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine. Die Konferenz wird voraussichtlich im Juni 2024 auf dem Bürgenstock durchgeführt.

Die Konferenz soll eine Plattform für einen hochrangigen Dialog über Wege zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta bieten. Sie soll ein gemeinsames Verständnis des Rahmens schaffen, der diesem Ziel förderlich ist, sowie einen konkreten Fahrplan für den Friedensprozess.“ (Eidgenössisches Department für Auswärtige Angelegenheiten EDA.

www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2022/02/ukraine.html)

Zwanzig Jahre EU-Erweiterung um zehn neue Staaten

Eva Detscher, Karlsruhe. Von sieben Gründungsstaaten 1957 ist der Europäische Staatenverbund auf mittlerweile 27 (vor Brexit 28) Mitgliedsstaaten angewachsen. Obgleich jede Erweiterung um neue Staaten neue Qualitäten in den Abläufen zwischen (a) den Mitgliedsstaaten, (b) den institutionalisierten Strukturen der EU als handlungsfähiges Gebilde und (c) in den Beziehungen zum Rest der Welt mit sich bringen, war die Erweiterung 2004 um zehn Staaten, davon acht im Osten etwas Besonderes. „Eine Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern", titelt der Wirtschaftsteil der FAZ zur EU-Osterweiterung vom 30. April 2024 und zeigt dies anhand von Grafiken zur Wohlstandsentwicklung" (überall ein Plus zwischen 10 und 45 Prozent, außer in Zypern), „Entspannung auf dem Arbeitsmarkt" (überall), „Geldsegen aus EU-Fonds" (überall Nettoempfänger). Die Staatsschulden steigen überall, und die Währungen, die nicht an den Euro-Raum angeschlossen sind, sind auf Talfahrt, außer in der Tschechischen Republik. Auch wenn der Weg noch lang ist, so scheinen die Bemühungen um die Angleichung der Lebensverhältnisse als Ergebnis eigener Wirtschaftskraft Grund zum Optimismus zu geben. Viele mobilisierten gesellschaftlichen Kräfte in der EU aus unterschiedlichen Ausgangspositionen und mit ganz verschiedenen Zielsetzungen kämpfen dafür. – Ein Blick von innen auf die letzten 20 Jahre Polens im folgenden Artikel lassen erahnen, wie unterschiedlich das Zusammenkommen der 27 Staaten ist und wie es wahrgenommen wird. Das Erweiterungsprozedere an sich wird ebenfalls überprüft, dazu der Bericht aus Brüssel. Die Wahlen am 9. Juni werden neben der Neuzusammensetzung des Europäischen Parlaments auch Hinweise darauf geben, wie die Zustimmung zur überstaatlichen Zusammenarbeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten aussieht.



https://www.destatis.de/Europa/DE/Staat/EU-Staaten/_EU_EZ_Zeitverlauf.html und FAZ vom 30.4.2024, Seite 18

Polen nach zwanzig Jahren in der EU

Jakub Kus, Warschau

Zweifellos war die EU-Erweiterung im Jahr 2004 ein Schlüsselereignis für Polen. Es war ein Akt, der den Prozess der Integration in das System der europäischen Demokratien und das auf dem Gemeinsamen Markt basierende europäische Wirtschaftssystem formell abschloss. Nach der Nato-Mitgliedschaft im Jahr 1999 war es das zweite und ebenso wichtige Ereignis, das Polens Platz auf der politischen und wirtschaftlichen Landkarte Europas, aber auch in der globalen Dimension neu definierte. Die polnische Bevölkerung hat den EU-Beitritt mit Begeisterung und überwältigender Mehrheit unterstützt. Und sie ist sich bewusst, dass sie 2004 ein besonderes politisches Fenster genutzt hat, eine Gelegenheit, die sich in den folgenden Jahren nicht hätte wiederholen lassen. Nicht alle alten EU-Mitglieder waren gleichermaßen begeistert von der Erweiterung um ein relativ großes Land, das zudem an die russische Einflusssphäre grenzt. Heute, zwanzig Jahre später, missfällt vielen Polen der Begriff neues Land der EU, weil damit immer noch die Unterschiede zwischen den neuen und den alten Mitgliedern betont werden. Aber sie schätzen die Tatsache, dass diese alten Mitglieder und die EU selbst den Aufbau demokratischer Strukturen in Polen stark unterstützt haben, denen sie sich sehr verbunden fühlen.

Heute genießt die EU-Mitgliedschaft immer noch eine hohe öffentliche Unterstützung, eine der höchsten in der Gemeinschaft, auch wenn sich das öffentliche Bewusstsein für die Folgen dieser Mitgliedschaft ändert. Im Jahr 2004 und heute bedeutet die EU-Mitgliedschaft Sicherheit, aber langsam (zu langsam) wächst das Bewusstsein, dass die Teilnahme am gemeinsamen Markt nicht nur eine Chance, sondern auch eine Herausforderung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt darstellt. Dasselbe gilt für die Wahrnehmung gemeinsamer EU-Vorschriften. Die polnischen Wähler, aber auch die polnischen politischen Kräfte, lernen die Kunst des Kompromisses nur sehr langsam, was die Grundlage für ein reibungsloses Funktionieren und die Beziehungen in der Gemeinschaft ist. Polen hat die EU-Entwicklungsgelder in den letzten 20 Jahren sehr effektiv eingesetzt, wenn auch nicht immer dort, wo sie am dringendsten benötigt würden (z.B. bei der Umstrukturierung des Energiesektors). Die Kräfte und Kreise, die sich gegen eine EU-Mitgliedschaft Polens aussprechen, befinden sich weiterhin am rechten Rand der politischen Bühne. Aber gleichzeitig gibt es große Unterschiede in der Vision von der Zukunft der Gemeinschaft. Interessanterweise sind die Trennlinien nicht dieselben, die die politischen Gruppierungen trennen. Während die konservative und populistische Rechte stark antiföderalistisch eingestellt und gegen eine weitere politische und rechtliche Integration der EU ist (wenn auch nicht unbedingt gegen eine weitere wirtschaftliche Integration), verlaufen die Spaltungen in den Parteien der Mitte und der Linken innerhalb dieser Gruppierungen. Soziologische Umfragen zeigen hingegen, dass eine Mehrheit der Polen gegen die Föderalisierung der Union ist. Dies hängt mit der weit verbreiteten Überzeugung zusammen, dass die Föderalisierung politisch und wirtschaftlich vor allem für die stärksten und größten Länder der Gemeinschaft von Vorteil sei. Nicht für die mittelgroßen Länder, die danach streben, wichtigere Akteure zu sein. Eine Herausforderung für Polen wird die zu erwartende Entwicklung sein, die Polen zu einem „Nettozahler" in der EU machen wird. Das Bewusstsein, dass die Vorteile der Teilnahme am gemeinsamen Markt und am gemeinschaftlichen Rechtssystem nicht nur im Zugang zu EU-Geldern bestehen, ist insbesondere in weniger privilegierten sozialen Gruppen nicht weit verbreitet. Gemeint sind diejenigen, die am wenigsten von Polens Mitgliedschaft in der EU profitieren, oder denken, dass sie wenig davon profitieren. Dies kann die künftige positive Einstellung zur Mitgliedschaft beeinflussen.

Was ist sonst noch charakteristisch für das „polnische" Denken über die Union?

Die Tatsache, dass die Union die Industrie nicht abschaffen und in Regionen mit niedrigeren Produktionskosten ex-

portieren sollte. Dass die Union zu ihrer eigenen Sicherheit weiterhin ihre eigene Landwirtschaft unterstützen sollte, auch wenn diese nicht ganz wettbewerbsfähig ist. Dass die Brüsseler Bürokratie dazu neigt, Entscheidungen zu zentralisieren und regionale Besonderheiten und Interessen zu ignorieren. Die Tatsache, dass die eigenen Interessen in der Union nur durch Lobbyarbeit wirksam verteidigt werden können und dass der Dialog oft nur eine Fassade ist. Dass die Union „uns nicht verteidigen wird". Letzteres hängt damit zusammen, dass es der EU seit langem an echtem Engagement für den Aufbau eines Sicherheits- und Verteidigungssystems mangelt. Daher die zwei Seiten im kollektiven Bewusstsein Polens: Wir machen Geschäfte in der EU, aber es ist besser, mit den Amerikanern über Verteidigung zu sprechen. Hinzu kommt die Überzeugung der Mehrheit der Bürger, dass es gut ist, den Euro zu haben, aber zu Hause ist es besser, unsere eigene Währung zu haben.

Trotz alledem sind die Polen mehrheitlich für eine EU-Mitgliedschaft. All dies hat den Hintergrund, dass Polen ein Land an der Ostgrenze der EU ist, das die aggressive Politik Russlands zu spüren bekommt – nicht nur indirekte Folgen seiner Aggression in der Ukraine, sondern auch direkte durch hybride Aktionen, einschließlich einer organisierten Aktion des Migrationsdrucks an der weißrussischen Grenze. Das bringt Polen noch näher an die EU heran, aber das ist wahrscheinlich nicht der einzige Grund. Wollen die Polen eine weitere Erweiterung der EU? Ja, sogar sehr, aber die Probleme beginnen, wenn es um die Details geht, einschließlich des Wettbewerbs auf dem Agrarmarkt und in bestimmten Industriesektoren.

Polens zwanzigjährige Mitgliedschaft in der EU ist trotz einiger verpasster Chancen eine Zeit des wirtschaftlichen und – wenn auch etwas weniger – sozialen Erfolgs. Dieser Zustand muss jedoch geschickt erhalten und gepflegt werden, denn nichts ist für immer gegeben.

(Originaltext in Polnisch, übersetzt mit deepl.com professionell und redigiert in Absprache mit dem Autor)

Perspektive Reform und Erweiterung der EU

Rolf Gehring, Brüssel

Mit zwei Entschließungen hat das Europäische Parlament erneut in die Diskussion um die institutionelle Weiterentwicklung der EU eingegriffen. Zum einen die Entschließung „Vorschläge des Parlaments zur Änderung der Verträge" (22. November 2023) 1) und zum zweiten die Entschließung „Vertiefung der EU-Integration mit Blick auf eine künftige Erweiterung" (29. Februar 2024) 2) Die Vorschläge greifen punktuell tief in das institutionelle Gefüge des Mehrebenensystems der EU ein. Neben einer weiteren, recht klar formulierten Stärkung des EU-Parlaments und der Struktur der Europäischen Kommission bleiben Proklamationen zur Stärkung der Beteiligungsrechte der Bürger oder von Gewerkschaften und Arbeitgebern, also der Sozialdialoge, eher vage. Brisanter allerdings sind die Vorschläge zum Ausbau der Zuständigkeiten der EU, bisher unterschieden nach ungeteilter Zuständigkeit und geteilter Zuständigkeit sowie Nichtzuständigkeit der EU. Das Parlament fordert unter anderem für die Bereiche Gesundheit und Bildung eine geteilte Zuständigkeit, bisher gilt hier Nichtzuständigkeit. Für beide Bereiche werden – wohl wissend um die Sprengkraft der gemachten Vorschläge – Konkretisierungen vorgenommen, die auch Einschränkungen des europäischen Eingriffs beinhalteten. Wie umstritten die Vorschläge sind und bleiben werden, zeigt schon das Abstimmungsergebnis der „Entschließung zur Änderung der Verträge": Angenommen mit 305 Stimmen bei 276 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen.

Die Vorschläge des Parlaments zur Änderung der Verträge betreffen diverse Politikbereiche: Von einer gemeinsamen Außenpolitik mit „Schnelleingreifkapazität"(en) bis zum Schutz von regionalen und Minderheitensprachen. Die Vorschläge reichen von konkreten Formulierungen: „Gleichstellung der Geschlechter" statt „Gleichstellung von Frauen und Männern" bis zu vagen Entwürfen wie: „gemeinsame Indikatoren für die Gesundheitssysteme".

Das Europäische Parlament soll gestärkt werden mit einem umfassenden Initiativrecht hin zu einem Zweikammersystem. Es soll unter anderem Mitgesetzgeber beim Haushalt werden und statt des Rats die führende Rolle bei der Benennung und Bestätigung des Kommissionspräsidenten erhalten. Die Kommission soll in „Europäische Exekutive" umbenannt und auf 15 Mitglieder beschränkt werden.

Insbesondere die Vorschläge bezüglich der Zuständigkeit der EU sind weitreichend und absehbar äußerst umstritten. Ausschließliche EU-Zuständigkeit soll auf die Felder Umwelt, Biodiversität und Klimawandel insgesamt ausgedehnt werden. Gemeinsame Zuständigkeit soll auf öffentliche Gesundheit, Bildung, Katastrophenschutz und Industrie ausgedehnt werden. Die schon bestehende gemeinsame Zuständigkeit soll in den Bereichen Energie, auswärtige Angelegenheiten, äußere Sicherheit und grenzüberschreitende Infrastruktur ausgebaut werden.

Zur Entschließung „Integration und Erweiterung": Zuletzt bekräftigt ein Ratsbeschluss von Dezember 2023 die Aufnahmeperspektiven der Länder des Westbalkan, Montenegros, der Türkei, Albaniens und der Staaten Ukraine, Georgien und Moldau, Die letztgenannten insbesondere auch diskutiert unter strategischen und geopolitischen Aspekten. Mit der mittelfristig nun möglichen Erweiterung der EU um zehn Mitgliedsstaaten sieht das Europäische Parlament Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen.

In den Erwägungsgründen werden sowohl rechtsstaatliche und individualrechtliche Kriterien für eine Erweiterung als auch allgemein- und geopolitische Kriterien (russische Ukraine-Invasion) und Gründe angeführt.

Vorgeschlagen wird etwa, dass Beitrittskandidaten in die jährliche Berichterstattung zum Rechtsstaatlichkeitsmechanismus einbezogen werden; möglichen verkürzten Verfahren in Sachen Rechtsstaatlichkeit oder Bürgerrechten wird eine Absage erteilt. Rückschritte bei Grundwerten sollen zum Einfrieren der Verhandlungen führen können. Weitreichend auch der Vorschlag, Bewerberländer im Beitrittsprozess nach Abschluss einzelner Kapitel in diesen Bereichen in die EU-Politik einzubinden, einschließlich des Zugangs zu Finanzmitteln. Bewerberländer sollen Beobachterstatus in den „Gremien und Institutionen der EU" erhalten.

Das Parlament geht dann auf die nötigen institutionellen Reformnotwendigkeiten ein. Insbesondere wird eine direkte Einbeziehung des Parlaments in alle Schritte und Entscheidungen des Beitrittsprozesses gefordert. Für diverse Politikfelder wird vorgeschlagen, die Einstimmigkeit bei Beschlussverfahren durch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu ersetzen: unter anderem Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Sanktionen und außenpolitische Beschlüsse sowie Fragen der Erweiterung. Der Erweiterungsprozess mache auch einen Ausbaus der Finanzmittel nötig, einschließlich Eigenmittel, sowie eine mögliche Vergrößerung des Europäischen Parlaments.

1) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0427_DE.pdf

2) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0120_DE.pdf

DOK Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen

Die Generalversammlung, (…)

1. stellt fest, dass der Staat Palästina die Voraussetzungen für die Aufnahme als Mitglied in die Vereinten Nationen gemäß Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen erfüllt und deshalb als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen werden sollte;

2. empfiehlt dem Sicherheitsrat infolgedessen, die Angelegenheit im Lichte dieser Feststellung und des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 28. Mai 1948 sowie unter strikter Einhaltung des Artikels 4 der Charta erneut wohlwollend zu prüfen;

3. beschließt, ausnahmsweise und ohne einen Präzedenzfall zu schaffen die in der Anlage zu dieser Resolution enthaltenen Modalitäten für die Teilnahme des Staates Palästina an den Tagungen und der Arbeit der Generalversammlung und an den unter der Schirmherrschaft der Versammlung oder anderer Organe der Vereinten Nationen einberufenen internationalen Konferenzen sowie an den Konferenzen der Vereinten Nationen anzunehmen;

4. ersucht den Wirtschafts- und Sozialrat, soweit die betreffenden Rechte von einem Nichtmitglied des Rates ausgeübt werden könnten, und die anderen zuständigen Organe, Sonderorganisationen, Organisationen und Institutionen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, die genannten Modalitäten anzuwenden;

5. bekräftigt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina;

6. betont, dass die Einhaltung und Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts ein Eckpfeiler des Friedens und der Sicherheit in der Region sind;

7. fordert die internationale Gemeinschaft auf, neuerliche und abgestimmte Anstrengungen zu unternehmen, um unverzüglich ein Ende der israelischen Besetzung, die 1967 begann, und eine gerechte, dauerhafte und friedliche Regelung der Palästina-Frage und des israelisch-palästinensischen Konflikts herbeizuführen, im Einklang mit dem Völkerrecht, den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Resolution 2334 (2016) des Sicherheitsrats, dem Rahmen von Madrid, einschließlich des Grundsatzes „Land gegen Frieden", und der Arabischen Friedensinitiative, und bekräftigt in dieser Hinsicht ihre unerschütterliche Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina, die vorsieht, dass sie innerhalb anerkannter Grenzen, unter Zugrundelegung des Grenzverlaufs von vor 1967, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben; (…)

www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ar-es10-23.pdf

Die Entwicklung in Gaza stärkt die Kritik an Israels Vorgehen und die Bewegung für eine Zwei-Staaten-Lösung

Ulli Jäckel, Hamburg

Am 24. Mai wird der Internationale Gerichtshof über von Südafrika beantragte weitere vorläufige Anordnungen zur Verhinderung eines Völkermords in Gaza entscheiden. Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs wird beim Gericht Haftbefehle sowohl gegen drei Hamas-Führer als auch gegen Israels Premierminister Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant wegen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg beantragen.

Am 18. April war eine von Algerien in den UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution, die auf die Vollmitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen abzielte, bei zwölf Fürstimmen und zwei Enthaltungen (Großbritannien und die Schweiz) am Veto der USA gescheitert. Während ihrer zehnten Notstands-Sondersitzung vom 10. bis zum 13. Mai nahm die Generalversammlung eine Resolution an, die die Rechte Palästinas bei den Vereinten Nationen als Beobachterstaat stärkt und den Sicherheitsrat auffordert, seine Vollmitgliedschaft erneut wohlwollend zu prüfen, mit 143 Fürstimmen gegen 9 (Argentinien, Tschechische Republik, Ungarn, Israel, Föderierte Staaten von Mikronesien, Palau, Papua-Neu-Guinea, USA) bei 25 Enthaltungen (darunter die BRD) (s. Dokumentation).

Die Resolution wurde von den 121 Staaten der Nicht-Paktgebundenen-Bewegung (NAM) einhellig unterstützt: „NAM bedauert die von Israel verhängte strafende und unmenschliche Belagerung des Gazastreifens, die der palästinensischen Zivilbevölkerung die Grundbedürfnisse entzieht… NAM warnt vor den katastrophalen Folgen einer israelischen Invasion der Stadt Rafah, dem Zufluchtsort von über 1,4 Millionen Palästinensern, die zu einem weiteren Massaker an 2,3 Millionen Palästinensern führen wird, die aufgrund der israelischen Belagerung im Gazastreifen hungern. (…) Deshalb fordert NAM die Aufnahme des Staates Palästina auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967 als gerechten und gangbaren Weg zum Frieden."

Der Vertreter von Malaysia sagte: „Für diejenigen unter uns, die sich noch an das Elend des Lebens unter Besatzung oder Kolonialisierung und an den erbitterten Kampf unserer Vorfahren um Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit erinnern: Es liegt in unserer Verantwortung, die palästinensische Eigenstaatlichkeit zu unterstützen. (…) Die Handlungen Israels wecken jeden Tag unweigerlich unsere Zweifel, ob es tatsächlich an das UN-System glaubt und seine Mitgliedschaft in dieser Organisation wertschätzt. Der beleidigende Trick, die UN-Charta zu vernichten, den

Standing Together ruft „Humanitäre Garde" ins Leben

Nachdem Hilfskonvois für Gaza zunehmend von rechten Siedlern überfallen, die Ladung geplündert, auf die Straße geworfen und sogar LKWs in Brand gesetzt wurden, hat die Organisation „Standing Together" am 15. Mai die „Humanitäre Garde" ins Leben gerufen: „Wir werden die Hilfslastwagen begleiten, sie so gut wir können schützen und die rechten Aktivisten und Siedler dokumentieren, die versuchen, sie zu plündern, zu zerstören und in Brand zu stecken. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie sich dieser Terror entfaltet! Hunderte jüdische und palästinensische Aktivisten haben sich bereits der Garde angeschlossen. Am 19. Mai berichtet die Organisation: „Heute gingen wir gleich am Morgen zum Kontrollpunkt Tarqumiyah, um Siedler daran zu hindern, die für Gaza bestimmten Lastwagen mit humanitärer Hilfe anzugreifen. Als wir ankamen, traf auch die Polizei ein, und es gelang uns, sie

dazu zu bringen, die Siedler davon abzuhalten, die Hilfsgüter anzugreifen. Die Siedler zogen dann weiter zur nächsten Kreuzung, wo es ihnen gelang, einen Teil der Hilfe zu beschädigen. Sobald wir ankamen, halfen wir dabei, die Lebensmittel, die sie an den Straßenrand geworfen hatten, zu organisieren und wieder auf einen LKW zu verladen, um sicherzustellen, dass sie ihr Ziel erreichen. Es gelang uns, 30 Hilfslastwagen zu sichern und sie machten sich auf den Weg nach Gaza. Heute war der erste Tag der vergangenen Woche, an dem alle Hilfslastwagen auf dem Weg nach Gaza sicher passieren konnten."

Siehe auch www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-siedler-hilfslieferungen-gaza-100.html (Mit Video von Standing-Together-Aktion). Foto: standing-together.org

Den Newsletter der Organisation kann man bestellen unter info@standing-together.org

wir letzten Freitag in diesem Plenarsaal erlebt haben, ist nur ein weiteres Beispiel für Israels völlige Respektlosigkeit gegenüber den Vereinten Nationen.“ Der Vertreter Israels hatte gesagt, während in dieser Woche der Holocaust-Gedenktag begangen werde, „hat dieser schamlose Körper hat sich entschieden, die modernen Nazis mit Rechten und Privilegien zu belohnen“. Die Palästinenser seien das genaue Gegenteil von friedliebend. Wenn es um das Leben von Israelis und Juden gehe, „bedeutet Ihnen die Charta nichts“, beklagte er. Bevor er das Podium verließ, zerfetzte er ein paar Seiten einer UN-Charta-Broschüre.

Der Vertreter der USA begründete seine Ablehnung damit, dass nachhaltiger Frieden in der Region nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung erreicht werden könne, die die Sicherheit Israels gewährleiste. „Einseitige Maßnahmen bei der UNO und vor Ort werden dieses Ziel nicht voranbringen“, Staatlichkeit werde nur durch einen Prozess entstehen, der direkte Verhandlungen zwischen den Parteien beinhalte. Er deutete an, dass die USA auch künftig an ihrem Veto im Sicherheitsrat festhalten würden. Dieser Argumentation schlossen sich auch Deutschland und Großbritannien an, die sich enthielten.

Die Position, die Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit damit faktisch von der Zustimmung Israels abhängig zu machen, gerät aber auch in Europa angesichts der intransigenten Haltung der Netanyahu-Regierung zunehmend ins Wanken: Norwegen, Spanien und Irland haben erklärt, einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen. Der norwegische Ministerpräsident erklärte, ohne einen palästinensischen Staat könne es keinen Frieden geben. Spaniens Ministerpräsident sagte, die Anerkennung sei richtig, weil „sie im geopolitischen Interesse Europas liegt und weil die internationale Gemeinschaft dem palästinensischen Staat nicht helfen kann, wenn sie ihn nicht anerkennt“.

In Israel stießen diese Ankündigungen auf wütende Reaktionen. Israels Regierung will keine Steuereinnahmen aus dem Westjordanland mehr an die Palästinensische Autonomiebehörde weiterleiten.

Zuletzt hatte Norwegen als eine Art Treuhänder der Gelder gewirkt. Laut der Autonomiebehörde wurden von Israel seit Kriegsbeginn umgerechnet rund 1,4 Milliarden Euro an Steuergeldern einbehalten. Israels Finanzminister Bezalel Smotrich teilte mit: „Norwegen hat heute als erster einseitig den palästinensischen Staat anerkannt und kann kein Partner mehr sein in jeglicher Sache, die mit Judäa und Samaria zu tun hat.“ Außerdem sollen weitere Siedlungen im Westjordanland genehmigt werden und die Reisefreiheit der Palästinensischen Autonomiebehörde eingeschränkt werden.

Wachsende Kritik an der humanitären Situation im Gazastreifen und juristische Konsequenzen

Ulli Jäckel, Hamburg

Während die israelische Armee ihre Operationen im dicht besiedelten Rafah und in anderen Gebieten des Gazastreifens fortsetzt, verschärft sich die Lage der Zivilbevölkerung immer mehr. Nach der zeitweiligen Schließung des Übergangs Kerem Schalom infolge von Beschuss durch die Hamas hat Israel auch den Übergang von Rafah unter seine Kontrolle genommen. Über diesen gelangten seither keine Hilfsgüter mehr nach Gaza. Die UNRWA und das World Food Programme (WFP) haben daraufhin die Lebensmittelverteilung wegen mangelnder Vorräte und der Gefahrenlage ausgesetzt. Auch über den neuerrichteten provisorischen Pier seien bisher nur geringe Mengen von Hilfsgütern ins Land gekommen, zudem sei die Verteilung für die Hilfsorganisationen wegen der Kampfhandlungen und wegen Treibstoffmangel nur teilweise möglich. Das UN-Hilfskoordinierungsbüro OCHA berichtete, dass die laufende israelische Militäroperation und die Evakuierungsbefehle in den letzten zwei Wochen weit über 900 000 Menschen vertrieben haben, wobei Hunderttausende unter schrecklichen Lebensbedingungen leben. Bereits am 7. Mai hatte Human Rights Watch Israel vorgeworfen, die Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Januar zu missachten, und dafür zahlreich Beispiele, vor allem für die Verursachung von Hungersnot dokumentiert.

www.hrw.org/news/2024/05/07/gaza-israel-flouts-world-court-orders)

Südafrika beantragte am 10. Mai weitere Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs: In seinem neuen Antrag stellt Südafrika fest, dass die bisherigen Maßnahmen „nicht in der Lage sind, die veränderten Umstände und neuen Tatsachen (…) vollständig zu berücksichtigen“. Der Gerichtshof hat am 16. und 17. Mai dazu die Parteien gehört und wird am 24. Mai darüber entscheiden.

www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240510-pre-02-00-en.pdf)

Am 20. Mai erklärte der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), Khan, dass er beim Gericht Haftbefehle gegen drei führende Hamas-Vertreter Sinwar, Al Masri (Deif) und Haniyeh beantragen werde wegen der Verbrechen der Ausrottung, des Mordes, der Geiselnahme, der Vergewaltigung und anderer Straftaten. „Wir gehen davon aus, dass die angeklagten Verbrechen gegen die Menschlichkeit Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf die Zivilbevölkerung Israels gemäß den Richtlinien der Organisation waren. Einige dieser Verbrechen dauern unserer Einschätzung nach bis heute an.“

Zugleich erklärte er, auf der Grundlage der von seinem Büro gesammelten und geprüften Beweise Grund zu der Annahme zu haben, dass Benjamin Netanyahu, der Premierminister Israels, und Yoav Gallant, der Verteidigungsminister Israels, die strafrechtliche Verantwortung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf dem Territorium des Staates Palästina (im Gazastreifen) ab mindestens dem 8. Oktober 2023 tragen: Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung; vorsätzliches Verursachen großer Leiden oder schwerer Körper- oder Gesundheitsschäden oder grausame Behandlung; vorsätzliche Tötung oder Mord als Kriegsverbrechen, und andere.

www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-arrest-warrants-situation-state

Netanyahu sagte, „dieser Kerl will Israel dämonisieren. Er verübt einen Anschlag.“ Israel ist wie die USA nicht dem Römischen Statut beigetreten und erkennt die Autorität des Gerichtshofs nicht an. Da Palästina aber als Mitgliedsstaat vom Gerichtshof anerkannt wird, fallen Verbrechen auf dessen Gebiet unter seine Jurisdiktion. US-Präsident Biden bezeichnete Khans Initiative als „empörend“, und aus den Reihen der Republikaner wurden Sanktionen gegen die Mitglieder des Gerichts gefordert. Die Kritik – auch der deutschen Außenministerin – hebt vor allem auf die angebliche Gleichsetzung von Israel und der Hamas ab, ohne sich zu den konkreten Vorwürfen zu äußern. Frankreich und Belgien haben Unterstützung für die Unabhängigkeit des ICC bekundet. Das „European Center for Constitutional and Human Rights“ (ECCHR) schrieb: „Der Gerichtshof hat bereits vor etwa einem Jahr mit seinem Haftbefehl gegen Präsident Putin aufgrund seiner Verantwortung für Kriegsverbrechen in der Ukraine Furore gemacht. Wenn die Ankläger in Den Haag jetzt Haftbefehle gegen israelische Politiker und Militärs sowie führende Vertreter der Hamas beantragen, verdeutlichen sie, dass das Völkerstrafrecht ein universelles Maß des Handelns ist, vor dem sich gleichermaßen alle zu verantworten haben. Die richtige Antwort der Bundesregierung wäre jetzt, den IStGH gegen die beginnenden Anfeindungen, vor allem aus den USA und Israel, politisch zu stärken und das Gericht auch aktiv …in Deutschland zu unterstützen.“

www.ecchr.eu/pressemitteilung/eine-staerkung-des-internationalen-rechts/

Fidschi: Konflikte in der Haltung zu Israel und Palästina

Edda Lechner, Norderstedt. Wie sehr bei den gegenwärtigen konträren Positionen zum Konflikt zwischen Israel und Hamas/Palästina religiöse, staatliche und politische Voreingenommenheit eine Rolle spielen, wird an einem Beispiel aus dem Bereich des pazifischen Staates Fidschi deutlich. Dort kommt es seit den Angriffen der Hamas auf Israel und der israelischen Militäraktion im Gaza-Streifen zu besonders harten Auseinandersetzungen über entgegengesetzte Positionen und Stellungnahmen zu diesen Ereignissen.

Die Regierung Fidschis hatte sich nach dem Terrorargriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 sofort uneingeschränkt hinter Israel gestellt und sich bereits am 23. Oktober gegen eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) auf eine sofortige Waffenpause gestellt. Zu ihnen gehörten auch Mikronesien, die Marshall-Inseln, Nauru, Tonga und Papua-Neuguinea. Alle anderen Pazifikstaaten enthielten sich der Stimme, Samoa blieb der Abstimmung fern.

Begründet wird diese uneingeschränkt pro-israelische Haltung der Regierung Fidschis vor allem mit religiösen Voraussetzungen: Auf Fidschi sind etwa 50% der Bevölkerung protestantisch-methodistisch und 9% katholisch, die andere Hälfte der Bevölkerung ist hingegen zu 35% hinduistisch und zu 6% islamisch. Israel ist für die Christ*Innen – wie sie sich vor allem in der Regierung befinden – laut Bibel „das auserwählte Volk Gottes“ und sie halten es für ihre Pflicht, an der Seite des heutigen Staates Israel zu stehen. Das führte – anders als auf den benachbarten Inselstaaten – zu harten Auseinandersetzungen mit den sozialen Medien und den zivilrechtlichen Organisationen und es kam zu starken Protesten auf der Straße. Diese – vor allem auch jüngere und städtisch geprägte Menschen – forderten mehr Solidarität mit den Menschen in Gaza. Zur stärksten Kritikerin der regierungsöffentlichen Position zählt die bekannte Leiterin der „Fiji Womens Chrisis Center“, Shamima Ali, deren Name allein schon ihren religiösen islamischen Standort widerspiegelt.

Daraufhin nahm die Regierung Fidschis bei den folgenden Abstimmungen in der UN-Generalversammlung die Position für einen sofortigen Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien ein. Im Februar 2024 spitzte sich die politische Kontroverse jedoch erneut zu, als einer der Rechtsanwälte vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, Fidschi vorwarf, neben den USA das einzige Land zu sein, das Israel in einem laufenden Verfahren unterstütze. Es handelte sich dabei um ein Rechtsgutachten zur völkerrechtlichen Lage im Westjordanland, gegen dessen Erstellung sich Fidschi zu Wort gemeldet hatte. Dies rief sofort auch im eigenen Land eine erneute Welle des Protestes hervor – in diesem so fern von den Ereignissen im Nahen Osten gelegenen Inselstaat.

KritikerInnen der Regierung und ihrer pro-israelischen Position stellen häufig – von ihren religiösen Vorstellungen einmal abgesehen – eine Verbindung zwischen der Situation Palästinas und dem Einsatz Fidschis für Entkolonisierung her. Zumal Fidschi seit vielen Jahren viele UN-Blauhelme in Krisenregionen entsendet hat und diese lange auch in Israel auf den Golan-Höhen eingesetzt waren.

Zu ihren Stimmen zählt im Übrigen auch der frühere Premierminister Bainimarama, der zuvor in einem dauerhaften-Konflikt mit der damaligen Fidschi-Regierung stand und diese verließ. Er wirft nun öffentlich der jetzigen Regierung vor, sie habe dem Vermächtnis der fidschianischen PeacekeeperInnen einen schlechten Dienst erwiesen und den guten Ruf Fidschis als neutrale Friedensmacht zerstört. Er sagt: „Wir müssen uns fragen: „Mit welcher Glaubwürdigkeit werden wir die Unabhängigkeit von Gebieten wie Neukaledonien und Französisch-Polynesien unterstützen? Wir dürfen bei unserer Unterstützung für Staatlichkeit und Unabhängigkeit nicht wählerisch sein.“

Neukaledonien: Worum geht es?

Edda Lechner, Norderstedt. Seit mehreren Tagen berichten Zeitungen und Fernsehen von gewaltmäßigen Unruhen in Neukaledonien im Pazifik mit bisher fünf Toten und Hunderten von Verletzten, 200 Menschen wurden festgenommen.

Gut 16 500 Kilometer liegen zwischen der Hauptstadt Frankreichs, Paris, und dem französischen Überseegebiet Neukaledonien – viel weiter können zwei Punkte auf der Erde gar nicht voneinander entfernt sein. Die Inselgruppe im südwestlichen Teil des Pazifischen Ozeans wurde 1774 von James Cook als erstem Europäer entdeckt, in den folgenden Jahrzehnten von Seefahrern und christlichen Missionaren besiedelt und 1853 durch Kaiser Napoleon III. als französische Kolonie in Besitz genommen. Zunächst vor allem als Strafkolonie, zunehmend aber auch industriell genutzt als Lieferant von Mineralien, vor allem Nickel. Deren Ausbeute lag 2021 mit 190 000 Tonnen an vierter Stelle der Weltproduktion. Vor allem aber unterhält Frankreich dort gegenwärtig militärische Luft- und Marinestützpunkte, die für diese alte Kolonialmacht von geopolitischer Bedeutung sind.

Ab 1887 unterlagen die indigenen Bewohner von Neukaledonien, die Kanaken – im Deutschen seit dem 20. Jahrhundert ein abfälliges Schimpfwort für Seeleute und ausländische Personen –, strengen Sonderregeln im Eingeborenenrecht (Code de l'indigenat), die ihnen keine Bürgerrechte zugestanden. Die Kanaken machen gut 40 Prozent der heute mehrheitlich französischen, insgesamt 270 000 Bewohner des Landes aus und versuchten wiederholt, diese Fremdherrschaft abzuschütteln. Bisher vergeblich, Neukaledonien blieb nach der Neuordnung von 1946 für Frankreich im Verbund mit seinen weiteren 13 Außen-, Autonomen- und Sonstigen Überseegebieten – ein französisches Staatsgebiet, wenn auch inzwischen allen ihren Bewohnern sämtliche Bürgerrechte zuerkannt wurden. Seit 2022 gehören sie dem französischen Innenministerium an, können z.B. auch an der Wahl zum Europa-Parlament teilnehmen und sind aber noch immer bis zu 20% von den finanziellen Zuwendungen aus Paris abhängig (2020 mit knapp 1,5 Mrd. Euro).

Dennoch fordert eine große Mehrheit der kanakischen Ureinwohner weiterhin ihre Unabhängigkeit, die seit 1986 auch offiziell von der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt wird. 2018 und 2020 votierten knapp nur 43,6 %, bzw. 46,7% der französischen und indigenen Teilnehmenden gegen eine Unabhängigkeit von Frankreich. Ein drittes Referendum 2021 wurde von den meisten Befürwortern einer Selbständigkeit boykottiert. Es fiel außerdem in die auf den verstreuten Inseln der bewegungsbeschränkten Corona-Zeit und verdienet kaum den Ruf einer echten Abstimmung (wir berichteten in PB 1/2022, S. 32).

Jetzt richten sich die Proteste der Aufständischen, vor allem einer „kanakischen und sozialistischen Front“, speziell gegen ein in Paris beschlossenes Gesetz. Danach dürfen zukünftig alle französischen BewohnerInnen von Neukaledonien an allen Wahlen zu den Provinzparlamenten teilnehmen, wenn sie dort seit nur zehn Jahren ihren Hauptwohnsitz haben. Bisher galt dies nur für solche, die mindestens seit 1998 dort ansässig waren. Eine deutliche Verbesserung für die „französische“ Einflussnahme, die bei vielen Kanaken Widersprüche und Wut hervorgerufen hat. Bisher ist dieses Gesetz noch nicht unterzeichnet. Für Macron ist Neukaledonien unverzichtbar und deshalb war er dort 2023 auch „propagandistisch“ zu Besuch. Jetzt schickt er erstmal 1000 zusätzliche Sicherheitskräfte ins Land und verordnet eine TikTok-Sperre. Er will die öffentliche Ordnung auf der Inselgruppe im Interesse Frankreichs unbedingt wiederherzustellen.

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. An den Plänen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus (Grüne) zur Kindergrundsicherung gibt es Kritik. Nicht an den Zielen, an der Umsetzung. Wir dokumentieren eine aktuelle Stellungnahme der Jobcenterpersonalräte an Bundeskanzler Olaf Scholz sowie weitere Stellungnahmen dazu. Auch die NRW-Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, Josefine Paul (Grüne) steht unter Druck, weil die NRW-Landesregierung nicht die Tarifsteigerungen der Beschäftigten in den Kitas in voller Höhe ausgleicht. Ein Kita-Bündnis unter Beteiligung der GEW hat 35 000 Unterschriften in einer Petition für eine auskömmliche Finanzierung der Kitas gesammelt, aus der wir dokumentieren.

Kindergrundsicherung – ein Scherbenhaufen mit Ansage?

Jobcenter Personalräte. Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, bereits im Mai 2022, Juni 2023 und November 2023 haben die Jobcenterpersonalräte ihre massiven Bedenken u.a. gegen die Administrierung der Kindergrundsicherung durch den neu zu schaffenden Familienservice der Bundesagentur für Arbeit vorgetragen. Selbstverständlich begrüßen wir die wesentlichen Ziele der Kindergrundsicherung:

- Wirksame Armutsprävention und Armutsbekämpfung.
- Weniger Bürokratie durch Bündelung von Leistungen.
- Hohe Inanspruchnahme durch vereinfachte Zugänge und digitale Ausgestaltung der Leistung.
- Kontinuierliche Begleitung und Förderung erwerbsfähiger junger Menschen durch Angebote und Förderleistungen zur Eingliederung in Arbeit und Ausbildung.

Für die bürgergeldberechtigten Familien konterkariert der vorliegende Gesetzentwurf all diese hehren Ziele jedoch auf absurdeste Weise. Der Gesetzentwurf sieht Ansprüche vor, die das grundgesetzlich festgeschriebene soziokulturelle Existenzminimum der Kinder und jungen Menschen nicht in Gänze abdecken. Obendrein müssen die bürgergeldberechtigten Eltern dieser Familien ihre Ansprüche und Bedarfe auch künftig in den Jobcentern geltend machen. Im Ergebnis müssen bürgergeldberechtigte Familien, die ihre Leistungen heute aus einer Hand im Jobcenter erhalten, diese künftig bei bis zu 5 verschiedenen Behörden realisieren (Familienservice, Wohngeldstelle, Agentur für Arbeit, Kommune und Jobcenter). Aus einer Holschuld eine Bringschuld machen, sieht definitiv anders aus!

Auch erstaunt und empört uns, dass die kontinuierliche Begleitung und Förderung junger bürgergeldberechtigter Menschen künftig verbessert werden sollen, indem sie keine Integrationsberatung mehr in den Jobcentern erhalten – hier denken wir insbesondere an Schulabgänger*innen und auch Schulabbrecher*innen. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass die Jobcenter mit ihrer fundierten Kenntnis der lokalen sozialen Milieus und ihren diesbezüglichen Netzwerken die maßgeblichen Akteure in den Jugendberufsagenturen sind.

Nach alldem muss festgehalten werden, für die bürgergeldberechtigten Familien bringt der Gesetzentwurf substanzielle und erhebliche Nachteile. Er wird aufgrund der extremen Komplexitätssteigerung sogar dazu führen, dass künftig weniger (grund-)gesetzliche Leistungsansprüche tatsächlich realisiert werden. Als letztes Argument für die Administrierung durch den Familienservice bleibt demnach, die Kinder und jungen Menschen müssten aus der Stigmatisierung der Beratung und Betreuung durch die Jobcenter befreit werden. Diesem Argument folgend, sollten die lebensunterhaltssichernden Sozialleistungen des Kinderzuschlags, des Wohngelds und des Bürgergelds zu einer Leistung integriert und nicht durch die Kindergrundsicherung weiter ausdifferenziert werden. Offenbar wird hier eine moralische und ethische Hierarchie der Bedürftigkeit unterstellt, die durch eine weitere Ausdifferenzierung in „verschiedenwertige" Bedürftigkeit sicherlich eher gesteigert wird. Werden die bürgergeldbedürftigen Eltern und deren „aufstockend" zur Kindergrundsicherung bürgergeldberechtigten Kinder demnach letztlich zu Recht stigmatisiert? Im Übrigen können Sie sich sicher sein, dass die Motivation und das nicht selten aufopferungsvolle Engagement der Beschäftigten der Jobcenter allmählich in Frustration übergeht, wenn die Bundesregierung offenkundig der Auffassung ist, sie schüfen mit ihrer Arbeit stigmatisierende Lebenswirklichkeiten und Bedingungen. Dies konterkariert nicht zuletzt auch die Intention der Bürgergeldreform der Bundesregierung. Schlichtweg entsetzt sind wir, wie Frau Bundesministerin Paus nunmehr pressewirksam über den Personalbedarf eines künftigen Familienservice spekuliert. Es entzieht sich unserer Kenntnis, welche Parameter und Annahmen den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde liegen. Wir sind jedoch überzeugt, dass 5 000 neue Stellen eher zu gering bemessen sind, um die Kindergrundsicherung künftig im Familienservice administrieren zu können. Anders als von Frau Paus kommuniziert, ergeben sich durch das Vorhaben in den ohnehin nicht ausreichend personalisierten Jobcentern definitiv keine personellen Synergie- und Einsparungspotenziale, die hier gegengerechnet werden könnten. Ein solch freihändiges und öffentlichkeitswirksames Jonglieren mit Personalbedarfen ist nicht verantwortbar. Der Fachkräftemangel ist der Bundesregierung bekannt und wir weisen darauf hin, dass wir in den Jobcentern schon seit Jahren selbst die zu wenigen bewilligten Stellen längst nicht mehr adäquat besetzt bekommen und die Personalfluktuation obendrein betriebswirtschaftlich halsbrecherisch ist.

DIE JOBCENTER PERSONALRÄTE!

Herrn
Bundeskanzler Olaf Scholz

(Nur per E-Mail)

Die Jobcenterpersonalräte – Geschäftsstelle im Jobcenter Region Hannover – Vahrenwalder Str. 245, 30179 Hannover

E-Mail: Jobcenter-Region-HannoVerdie-Jobcenter-Personalraete@jobcenter-ge.de

Wir brauchen 400 Millionen Euro zur Rettung der Kitas in NRW

kita-buendnis.nrw Im Kita-Bündnis NRW haben sich mehrere große Kita-Träger sowie die GEW NRW zusammengefunden und einen Appell an die politischen Verantwortlichen im Land formuliert.

35 000 Stimmen sprechen eine deutliche Sprache: Kitas, Fachkräfte und Eltern sind nicht einverstanden mit der Kita-Politik in NRW! Deshalb haben sie Familienministerin Josefine Paul heute (15.5.24) vor dem Landtag eine Petition mit ihren Forderungen übergeben und klargestellt: Für eine verlässliche Kinderbetreuung und frühe Bildung braucht es weit mehr Mittel als das Land bisher zur Verfügung gestellt hat. Zeitgleich brachten SPD und FDP Anträge zur Stärkung der Kitas in den Landtag ein. Aktuell geraten viele freie Kita-Betreiber in NRW in Existenznot, weil sie ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen wollen, dies aber nicht können. Denn das Land finanziert diese Steigerung bei ihnen nicht. Um dennoch auf dem angespannten Bewerbermarkt mithalten zu können, sind viele bereits in Vorleistung gegangen. Was das

bedeutet, sagte Vera Hopp, Geschäftsführerin vom Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet (VKJ): „Schon im Vorjahr konnten wir Stellen nicht wiederbesetzen und mussten Projektstellen streichen. Dadurch haben wir z. B. langjährige Honorarkräfte in der Frühförderung gestrichen. Das ist ein Teufelskreis. Kinder benötigen diese Förderung, um mit Chancengleichheit in der Schule zu starten. Gut ausgebildete Fachkräfte werden verheizt."

Damit die freien Träger weiter den gewünschten und geforderten Beitrag leisten können, fordern sie im Kern:

- eine vorgezogene Anpassung der Kita-Finanzierung und
- eine neue Regelung, dass tarifliche Lohnsteigerungen künftig direkt nach ihrem Abschluss – und nicht erst Monate später – berücksichtigt werden.

Der Koalitionsvertrag betone richtigerweise die Bedeutung von Tarifbindung, unterstrich Stephan Osterhage-Klingler von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) NRW. „Um eine Bezahlung nach Tarif in allen Einrichtungen zu ermöglichen, bedarf es aber auch einer angemessenen und zeitnahen Refinanzierung der entstehenden Personalkosten. Nur dadurch werden – insbesondere auch die freien Träger – in die Lage versetzt, ihre Beschäftigten fair nach Tarif zu bezahlen."

Landesregierung muss Kita-Überlastung entgegenwirken – Qualität in den Fokus

nrw.verdi.de Mehr als 4000 Beschäftigte aus NRW-Kitas haben sich bisher an einer kollektiven Gefährdungsanzeige von Verdi beteiligt. Mit der kollektiven Gefährdungsanzeige, einem offenen Brief an die Familienministerkonferenz der Länder, weisen die Beschäftigten darauf hin, dass unter anderem Personalmangel, Personalausfall, aber auch der zu geringe Personalschlüssel, einen Kollaps des Systems Kita zur Folge haben. Diese dramatische Entwicklung führe, laut Verdi, zu einer Gefährdung von Beschäftigten und Kindern. Diese Situation wolle man nicht länger hinnehmen: „Wir brauchen Raum und Zeit für die Kinder, für Bildung, Erziehung und kindgerechte Betreuung. Wir wollen professionell arbeiten und nicht verwahren. Und dies gesund – bis zur Rente!" heißt es in der kollektiven Gefährdungsanzeige.

Die frühkindliche Bildung befinde sich laut Verdi seit Jahren in einer Abwärtsspirale. „Die Arbeitsbedingungen führen zu Abwanderung aus dem Arbeitsfeld. Der Fachkräftemangel wird größer, das Arbeitsfeld wird unattraktiver, Standards werden abgesenkt. Auch die Ausbildung und die Ausbildungsbedingungen in der frühkindlichen Bildung werden unattraktiver, die Quote der Ausbildungsabbrüche steigt, Praxisanleitung belastet Fachkräfte, weil sie nebenbei und zusätzlich erledigt werden muss ... Um das System der frühkindlichen Bildung zu stabilisieren, sei eine bedarfsgerechte Finanzierung erforderlich.

„Dass aktuell in NRW viele Kindertagesstäten finanziell äußerst prekär dastehen ist ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist", betont Tjark Sauer, Branchenkoordinator Verdi NRW.

„Die Landesregierung muss bei der Kita-Finanzierung kurzfristig nachlegen. Das System der Kind-Pauschalen führt – auch nach den Ergebnissen der KiBiZ-Evaluation des Landes – nicht flächendeckend zu einer kostendeckenden Finanzierung der Kitas. Daher muss das System der Kita-Finanzierung in NRW im Rahmen der KiBiZ Reform dringend auf den Prüfstand."

nrw.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++02ecc02e-1292-11ef-aef1-ff39351c80e5

Kindergrundsicherung muss nachgebessert werden

www.dstgb.de Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, das geplante Gesetz zur Kindergrundsicherung nachzubessern und insbesondere die neuen bürokratischen Hürden für Familien zu beseitigen. „Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, die Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, die verschiedenen Leistungen des Staates zu bündeln und die Verfahren zu digitalisieren, der vorliegende Gesetzentwurf wird aber diesen Zielen nicht gerecht", betonte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport des DStGB, Landrat Christoph Gerwers. Der DStGB spricht sich seit längerem dafür aus, die Vielzahl von familienpolitischen Leistungen zu bündeln, wirksamer auszugestalten, zu vereinfachen und zu digitalisieren, um damit das Armutsrisiko von Kindern zu verringern. Stattdessen sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung den Aufbau einer neuen Behördenstruktur vor mit der Folge von parallele Behördenstrukturen für bedürftige Familien. Die Familienkasse sollen für die Kindergrundsicherung verantwortlich werden und müssen Tausende neuer Mitarbeiter einstellen, für den größten Teil des Bildungspakets sollen weiterhin die Kommunen zuständig bleiben und das Bürgergeld bekommen die Eltern vom Jobcenter.

Statt dreistellige Millionenbeträge in den Aufbau neuer Bürokratie zu stecken, sollte das Geld für eine Anpassung des Existenzminimums für Kinder genutzt werden. Weiter müsse die angedachte Kindergrundsicherung aus Sicht des Ausschussvorsitzenden Gerwers eingebettet sein in eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die den Anreiz zur Arbeitsaufnahme auch für arbeitslose Eltern fördert.

www.dstgb.de/themen/bildung-sport-und-kultur/kindergrundsicherung-muss-nachgebessert-werden/

Fokus Kindergrundsicherung: Es jetzt für Kinder und Familien leichter machen!

www.sovd.de Berlin, 2.4.24. Bündnis aus 20 Verbänden um den SoVD fordert, Bürokratie endlich aus Familiensicht zu denken. Familien und Kinder brauchen leicht verständliche Unterstützung statt Behördendschungel und Antragsberge. Verena Bentele, Sprecherin des Bündnis Kindergrundsicherung: „Der Bürokratie-Wahnsinn erschwert enorm den Kampf gegen Kinderarmut. Familien mit wenig Einkommen müssen bis zu vier Behörden ablaufen, um ihre Kinder finanziell abzusichern. Die Anträge müssen in unterschiedlichen Abständen wiederholt eingereicht werden, und die meisten Leistungen werden mit unterschiedlichen Logiken miteinander verrechnet. Wenn dann das Einkommen auch noch schwankt, können sich die zuständigen Behörden sogar regelmäßig verändern. Das ist für Familien nicht mehr verständlich und viele wissen deswegen nicht, ob und welche Ansprüche sie haben. Es ist kein Wunder, dass Familien teilweise bewusst auf die oft kleinteiligen Unterstützungsleistungen verzichten, um nicht von der Bürokratielast erdrückt zu werden. Als Bündnis fordern wir hier einen vollumfänglichen Systemwandel!"

https://www.sovd.de/presse/pressemitteilungen/meldung/fokus-kindergrundsicherung-es-jetzt-fuer-kinder-und-familien-leichter-machen

Asbestverursachte Krankheiten

Rolf Gehring, Brüssel. Mit dem legislativen Initiativbericht des Europaparlaments zu Asbest, hatte das EP 2021 nicht nur die diesbezügliche Arbeitsschutzrichtlinie aufgerufen, sondern auch Vorschläge für andere Rechtsbereiche gemacht. Unter anderem wurde vorgeschlagen, weitere asbestbedingten Erkrankungen in die europäische Liste der Berufskrankheiten aufzunehmen. Dieser Vorschlag wurde von Rat und Parlament in ihrem Kompromiss beibehalten.

Als Reaktion darauf hatte die Europäische Kommission im letzten Jahr vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe des Beratenden Ausschuss Arbeits- und Gesundheitsschutz (ACHS) in Luxemburg, der die Europäische Kommission in Angelegenheiten des Arbeitsschutzes berät, einzurichten und hierzu einen Vorschlag auszuarbeiten. In die Arbeitsgruppe wurden dann Delegierte der im ACHS vertretenen Gruppen, namentlich die staatliche Seite, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften entsandt. Die Arbeitsgruppe erhielt das Mandat zu prüfen, welche gesicherten arbeitsmedizinischen Erkenntnisse bezüglich einer Reihe von Erkrankungen und ihrer Auslösung von Asbestexpositionen vorliegen.

Namentlich wurden von Rat und Parlament in den Anhang der neuen Richtlinie folgende Krankheiten als Kandidaten genannt:

Krebse des Magendarmtrakts, Kehlkopfkrebs, Eierstockkrebs und nichtkrebsartige Pleuraerkrankungen. Die Diskussionen in der Working Party wurden von einer zusätzlich eingerichteten Expertengruppe mit Vertretern aus den Mitgliedsstaaten unterstützt. Am Ende wurde empfohlen Kehlkopfkrebs, Eierstockkrebs und nichtkrebsartige Pleuraerkrankungen in Anhang I der Liste aufzunehmen (gesicherte Erkenntnis der Kausalität) und Magen-, Darm- und Enddarmkrebs in Anhang II (vermutete Kausalität) aufzunehmen.

Die Kommission ist nicht verpflichtet, die Vorschläge zu übernehmen, tut dies aber in aller Regel, wenn es eine gemeinsame Position der drei Interessengruppen ist. Die Mitglieder des Beratenden Ausschusses werden von den Mitgliedsstaaten entsandt, womit auch eine Rückkoppelung mit diesen gewährleistet wird. Insgesamt gibt es über einhundert dieser Ausschüsse mit unterschiedlichen Formen der Zusammensetzung und Aufgabenbeschreibung. Wesentlich sollen sie fachlich unterstützen und Erfahrungen aus wirtschaftlicher, sozialer oder regionaler Sicht beisteuern.

„Unterm Strich weniger Geld für kommunale Investitionen – steigende Kosten fressen zusätzliche Einnahmen komplett auf“

www.staedtetag.de Zur Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ zu den Steuereinnahmen in diesem und den kommenden Jahren sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages:

„Die Städte werden unterm Strich weniger Geld für Investitionen zur Verfügung haben. Denn zum einen steigen die Steuereinnahmen deutlich weniger als erwartet, zum anderen fressen steigende Kosten die zusätzlichen Einnahmen komplett auf.“

Auch die mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen sei ernüchternd. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage drohe eine lange Durststrecke. Um gegenzusteuern, müssten die Städte investieren können, so Dedy: „Schwaches Wirtschaftswachstum führt zu schwachem Steuerwachstum. Wir haben nicht nur ein Konjunkturproblem, sondern auch ein Strukturproblem. Steuersenkungen lösen in dieser Lage keines der Probleme, sondern sorgen dafür, dass die öffentliche Hand weniger handlungsfähig ist. Gerade jetzt braucht es das Gegenteil: Wenn wir raus wollen aus der Wachstumsschwäche, müssen Infrastruktur und Rahmenbedingungen stimmen. Dafür müssen die Städte vor Ort investieren können. Die Kommunen brauchen dringend eine bessere Finanzausstattung. Nur dann können die Städte und Gemeinden ihren Teil dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder wächst und die Transformation gelingt.“

Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 5,5 Prozent erwartet, für die Länder von 3,1 Prozent.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Steuer der Städte. Ihr Gesamtaufkommen wird 2024 voraussichtlich bei 75,6 Milliarden Euro liegen, im Jahr 2025 voraussichtlich bei 78,0 Milliarden Euro. Das ist deutlich weniger als noch vor einem halben Jahr erwartet wurde. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2023 sinken die Erwartungen zum Gewerbesteueraufkommen für die Jahre 2024 bis 2028 um insgesamt 7,2 Milliarden Euro.

Zum Hintergrund

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hat seine Einnahmeerwartungen für die kommenden Jahre gegenüber seiner letzten Schätzung vom November 2023 steuerrechtsbereinigt weniger abgesenkt, als die verschlechterten Wachstumserwartungen für die Wirtschaft zunächst nahelegen würden. Ursache hierfür sind vor allem die sprunghaft ansteigenden Einnahmen aus der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen legte seiner Prognose die Projektion der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung vom April zugrunde. In dieser Prognose geht der Bund von einem BIP-Wachstum von 0,3 Prozent für das aktuelle Jahr aus. In der November-Schätzung wurde noch von einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent für das Jahr 2024 ausgegangen.

www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/steuerschaetzung-weniger-geld-fuer-kommunale-investitionen

Elbtower

Martin Fochler, München. Laut NDR (21.5.) sagte der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Hamburger Bürgerschaft Dirk Kienscherf, „in Zukunft könne es auch darum gehen, ob tatsächlich ein Abriss infrage käme. Es werde kein Steuergeld in den Wolkenkratzer fließen.“ Die Suche der Insolvenzverwaltung nach Investoren für die Vollendung des bei 100 Metern (geplant: 245 m) im Rohbau stecken gebliebenen Bauwerks ist bislang vergeblich. Das Nachrichtenportal NTV zitiert aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der Sprecherin der Linksfraktion für Stadtentwicklung, Heike Sudmann, von Januar dieses Jahres: „Im theoretischen Fall einer Nichtverwertung (des bestehenden Bauwerks) hätte die FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) die Kosten eines etwaigen Rückbaus zu tragen“, sowie mit der Aussage: „Es wurde bereits so viel Beton und Zement für den aktuell 100 Meter hohen Elbtower verbaut, dass auch aus ökologischer Sicht ein Abriss fragwürdig wäre.“ Im *Bürger*innenbrief*[1] von Ende April (S. 17–19) berichtet Markus Fiedler, Initiative Dessauer Ufer, AG OST, mit Fotos von Miguel Ferraz reich bebildert, von der Aktion „Wer geht, macht Platz! – Die performative Übernahme des Elbtowers durch die AG OST“[2] von Ideen zur Korrektur des städtebaulichen Fehlers.

1 www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/04/BB_Sudmann_Boeddinghaus_2024-04_web.pdf
2 info@ag-ost.org | sokönnenwirnichtarbeiten.de. | **Abbildung** (screen): www.instagram.com/ag_ost/

„Menschen vor Profit: GESUNDHEIT!“ – Ein Veranstaltungsbericht

AK Gesundheit der Linken Mannheim

„Die Stadt Mannheim hat die Aufgabe, die grundlegenden Lebensbedürfnisse aller Menschen zu sichern, die hier leben.“ So steht es im aktuellen Programm der Linken für die Kommunalwahl im Juni 2024. „Gute Gesundheitsversorgung und Pflege – für Alle in allen Stadtteilen“ muss grundsätzliches Bestreben einer solidarischen Stadtgesellschaft sein.

Zu diesem Anliegen gab es am 19. April eine gut besuchte Veranstaltung des Kreisvorstandes der Linken in Mannheim – vorbereitet durch den AK Gesundheit, der sich schon länger mit den verschiedenen Bereichen der medizinischen Versorgung beschäftigt und dazu Referent*innen eingeladen hat.

Die Lage in Mannheim

Dennis Ulas, Vorsitzender der LI.PAR.Tie-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat umriss zunächst die aktuelle Situation der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung in Mannheim. In vieler Hinsicht ist sie gekennzeichnet durch ungleiche Möglichkeiten für die hier lebenden Menschen – abhängig von Wohnort /sozialem Status. Wer arm ist, stirbt auch in Mannheim früher als Menschen mit besseren sozialen Lebensbedingungen. Durch etliche Anfragen und Anträge der LI.PAR.Tie konnte erreicht werden, dass seit 2022 beim Gesundheits- und Jugendamt ein Konzept zur Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligen Stadtteilen erarbeitet wird. Erstes Ergebnis: Am 15. Mai 2024 wurde – finanziert durch Haushaltsmittel der Stadt Mannheim und einem Finanzzuschuss des Landes Baden-Württemberg – ein „Gesundheitscafé“ im Stadtteil Schönau mit professioneller Koordinierung (70%-Stelle) verschiedener Beratungsangebote eingerichtet.

Vorbild für Mannheim? Bericht aus Bremen

Claudia Bernhard (Linke) ist seit August 2019 Bremer Senatorin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Frauen. In diesen vier Jahren der Regierungsbeteiligung konnte die Gesundheitsversorgung im Quartier deutlich gestärkt werden. Lisa Baumann und Dmitri Zeleni von der Linksfraktion in Bremen bzw. dem Stadtverband der Bremer Linken

berichteten ausführlich über diese Entwicklungen in der Stadt Bremen.

Ähnlich wie in Mannheim gibt es auch in Bremen das Problem der gesundheitlichen Unterversorgung von sozial benachteiligten Stadtteilen. Nach den Kriterien der kassenärztlichen Bedarfsplanung wird die Anzahl der Arztpraxen für die gesamte Kommune festgelegt – ohne Berücksichtigung des unterschiedlichen Bedarfs der jeweiligen Stadtteile. Ärzt*innen nutzen ihre verbürgte „Niederlassungsfreiheit“. Das führt oft zu einer Überversorgung von ärztlicher

DOK Mannheim für Alle! Solidarisch, sozial-ökologisch, demokratisch!

Zusammen mit der Europawahlen finden in Baden-Württemberg am 9. Juni auch Kommunalwahlen statt. Wir dokumentieren aus dem Kommunalwahlprogramm Die Linke Mannheim.

Mannheim ist die Stadt mit dem niedrigsten privaten Haushaltseinkommen im Landesdurchschnitt Baden-Württembergs. Kinderarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind in Mannheim viel höher als im Landesdurchschnitt. Viele Menschen müssen in mehreren Berufen arbeiten, um zu leben. (So der erste Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg.)

Die Stadt Mannheim hat die Aufgabe, die grundlegenden Lebensbedürfnisse aller Menschen zu sichern, die hier leben, und das zukunftssicher und für alle Lebensabschnitte: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und eine finanzielle Grundsicherung. Leben, Arbeit, Wirtschaft in einer naturnahen, gesunden Umwelt in der Stadt und in der Region.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns deshalb: der Zugang zu den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen für diese Grundbedürfnisse – wie z.B. Energie- und Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung – muss allen gleichermaßen ausreichend zur Verfügung stehen. Das sind für uns Grundbedingungen eines guten Lebens und der sozialen Sicherheit in dieser Stadt.

Dazu aber braucht die Stadt mehr finanzielle Verstärkung von Bund und Land für die Aufgaben, die sie übernimmt. Im Gemeinderat und in der Verwaltung braucht Mannheim eine Politik,

– die **solidarisch** den Menschen, das Miteinander und die Zusammenarbeit zur Richtschnur ihrer Politik macht und nicht den Weg der marktbeherrschten Konkurrenz ebnet. Die solidarisch und internationalistisch für die Verteidigung der Menschenrechte in Mannheim und in der Welt eintritt.

– die **sozial-ökologisch** bei allen Projekten und Verwaltungsmaßnahmen der Stadt die soziale Verbesserung der Situation der Menschen, der Stadtteile, der Quartiere, die das am meisten brauchen, zum Ziel hat. Dazu gehört ebenso, dass alle diese Maßnahmen nur erfolgreich und nachhaltig sein können, wenn sie sozial gerecht sind. Von der Klimakrise sind die ökonomisch Schwächsten am meisten betroffen.

– und die **demokratisch** ist, die

Selbstbestimmung, die Einflussnahme auf die städtischen Angelegenheiten und die Teilhabe und Teilnahme für alle in allen Lebensbereichen fördert und unterstützt. Eine Politik, die sich gemeinsam mit allen, die hier leben, rechter, diskriminierender, rassistischer, antidemokratischer, nationalistischer Politik entgegenstellt und die Organisierung von Widerständigkeit und Widerstand gegen Rechts in der Gesellschaft und in den Staatseinrichtungen unterstützt.

Versorgung in wohlhabenderen Stadtteilen – denn bessere Einnahmequellen über dort lebende Privatpatient*innen machen den Standort attraktiver. Im „Kommunalinfo Mannheim“ wurde schon mehrfach drüber berichtet.

Mittlerweile schießen überall – auch in Mannheim – „medizinische Versorgungszentren“ aus dem Boden. Hinter diesem wohlklingenden Namen stehen jedoch häufig Private-Equity-Anlagegesellschaften mit dem Ziel, Profit aus der gesundheitlichen Versorgung der Menschen zu generieren.

Der Bericht aus Bremen war überaus spannend und informativ. Lisa Baumann und Dmitri Zelini von der Linksfraktion zeigten Möglichkeiten (und Grenzen) auf, wie eine starke linke Stimme im Gemeinderat/Senat Einfluss auf die Entwicklung einer solidarischen Stadtgesellschaft nehmen kann.

Helfen, wo andere wegschauen: Die Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung (MMM)

Eine eindrückliche Schilderung von medizinischer Unterversorgung in Mannheim lieferte Jasmin Zart, Leiterin der MMM. Dort finden Menschen, die keine Krankenversicherung haben, ÄrztInnen und Ärzte, die Erstuntersuchungen, die Grundversorgung und die medizinische Beratung bei Erkrankung, Verletzung oder einer Schwangerschaft übernehmen. Es kommen vor allem Bürger aus den neuen EU-Mitgliedsländern, die in Deutschland nicht krankenversichert sind, aber auch Deutsche, z. B. Selbständige, die ihre private Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können. Der Anteil an Schwangeren und Kindern ist hoch. Präventionsmaßnahmen, wie Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen, sind ebenfalls wichtig. Das Angebot ist für die Patientinnen und Patienten kostenlos und wird aus Spenden finanziert, das medizinische Personal engagiert sich komplett ehrenamtlich.

Ein konkretes Beispiel von Frau Zart zeigt, dass diese Versorgung oft elementar ist für dir Teilnahme am öffentlichen Leben: Die MMM impft Kinder gegen Mumps, Masern und Röteln. Ohne diese Impfung werden die Kinder nicht in Kita oder Schule aufgenommen. Ihnen ist der Weg ins Bildungssystem somit sehr erschwert. Auch während der Covid-19-Pandemie kümmerte sich die MMM darum, dass Menschen die schützende Covid-19-Impfung auch ohne Krankenversicherung bekamen, d.h. „niederschwellig“.

Seit Beginn dieses Jahres gibt es bei den Maltesern eine Clearingstelle (50%-Stelle vom Land befristet für 1 Jahr gefördert). Hier wird mit Betroffenen nach eventuellen Wegen in die gesetzliche Krankenversicherung gesucht.

Die Linke in Mannheim setzt sich dafür ein, dass dieses Projekt langfristig von der Stadt getragen wird. Ebenso wie ein von der MMM geplantes neues Projekt, den ‚Anonymen Krankenschein‘, mit dessen Hilfe im Einzelfall ein Teil der entstandenen Kosten aus einem städtischen Etat finanziert würde. Diese finanziellen Hilfen sind dringend notwendig, da der Spendenfluss in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation deutlich nachlässt.

Ein langfristiges Ziel muss sein, dass alle Menschen einen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung bekommen, was nur durch den Umbau des gesamten Systems durch Schaffung einer Bürgerversicherung für alle möglich wird.

Uniklinik Mannheim: Wie geht es weiter?

Das Mannheimer Universitätsklinikum ist ein Krankenhaus der universitären Maximalversorgung und wird von der Stadt Mannheim betrieben. Seit 1969 ist in Mannheim die zur Universität Heidelberg gehörende Medizinische Fakultät Mannheim angesiedelt.

Dieses Modell ist bundesweit einzigartig und verursacht hohe Kosten für den Klinik- und Forschungsbetrieb. Normalerweise werden größere Anteile der anfallenden Kosten vom Land übernommen, nicht jedoch in Mannheim. Die Stadt Mannheim als Betreiberin des Klinikums muss die Verluste ausgleichen. Das erfordert jährlich hohe Kosten aus dem Stadthaushalt. Daraus entstanden Planungen zu einem Verbund mit der Heidelberger Uniklinik.

2023 hat nach langwierigen Entscheidungsprozessen die Landesregierung einen Verbund des Mannheimer Klinikums mit der Heidelberger Uniklinik beschlossen. Gegenwärtig prüft das Bundeskartellamt dieses Vorhaben. Es wird damit gerechnet, dass zum Ende dieses Jahres die Prüfung abgeschlossen ist.

Ralf Heller, Betriebsratsvorsitzender des Klinikums und Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes, schildert in seinem Beitrag den von aufoktroyierten Sparzwängen und eklatantem Personalmangel geprägten Alltag im Klinikum.

Die Krankenhausfinanzierung in Deutschland ist zweigeteilt. Die Bundesländer sind nicht nur für die bedarfsgerechte Krankenhausplanung zuständig, sondern auch für die notwendigen Investitionskosten. Dieser Verpflichtung kommen die Länder seit vielen Jahren nur sehr unzureichend nach. In Baden-Württemberg lediglich zu 50 bis 60%. Die Krankenhäuser kompensieren fehlende Investitionsmittel durch Einsparungen an den Personalkosten. Ralf Heller fordert in seinem Beitrag, dass das Land Baden-Württemberg endlich seinen Verpflichtungen zur 100%igen Übernahme der Kosten für Investitionen nachkommen soll. Aufgrund der alten Baulichkeiten und fälliger Neubauten des Klinikums stehen enorm hohe Investitionskosten an (mehr als 200 Mio. Euro).

Eine weitere Forderung von Ralf Heller: Abschaffung des DRG-Systems (Diagnostic Relations Groups)! Seit mehr als zehn Jahren schadet dieses Abrechnungssystem den Patient*innen und vielen Krankenhäusern. Allen Krankenhauspatient*innen wird je nach Diagnose eine DRG zugeordnet. Nach diesen Fallpauschalen werden die Krankenhäuser bezahlt. Je mehr Patient*innen also in kurzer Zeit versorgt werden, desto profitabler. Das führt dazu, dass viele Krankenhäuser, die nicht maximal gewinnorientiert arbeiten, rote Zahlen schreiben. Krankenhäuser, die viele lukrative Fälle behandeln und gleichzeitig geringe Kosten haben, können sich so einen finanziellen Vorteil verschaffen. Durch die aktuell diskutierte Krankenhausreform wird das DRG-System immer noch nicht abgeschafft, sondern lediglich eingeschränkt.

Wesentliche Forderungen des Betriebsrates: Bedarfsgerechte und gemeinwohlorientierte Finanzierung des Klinikums, allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag TVÖD/TV-L für alle Bereiche im Klinikum; Wiedereingliederung der „Servicebereiche“ ins Klinikum; gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen; keine Verschlechterung für das Personal durch einen Verbund mit der Heidelberger Uniklinik.

Hannah Hoffman-Böhm, Stadträtin der Linken im Gemeinderat und Mitglied im Aufsichtsrat der Mannheimer Uniklinik unterstützt die Forderungen des Betriebsrates und der Gewerkschaft Verdi. Für die Linke steht fest: Mit Gesundheit dürfen keine Profite erwirtschaftet werden!

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung, bezahlbarer Wohnraum, ausreichende Kitaplätze: All das sind Maßnahmen, um dringend erforderliches Personal zu halten und zu gewinnen.

***

Die sich anschließenden, angeregten Diskussionen zeigten, welch hoher Stellenwert einer guten gesundheitlichen Versorgung für ALLE in einer solidarischen Stadtgesellschaft beigemessen wird. Der AK Gesundheitspolitik wird weiter an diesen Themen arbeiten und mit ihren Ergebnissen die Linken im Gemeinderat auch in der kommenden Wahlperiode unterstützen.

Gesundheit mit Plan: Das bessere Versorgungssystem

Dmitri Zelenin, gesundheitspolitischer Sprecher, Die Linke Bremen und Bremerhaven

Es sei der Versuch der „Politik, in das System einzugreifen [...] Aus meiner Sicher ist das überholte Planwirtschaft“, tönte es aus dem bremischen Hausärzteverband, als Anfang 2023 unsere Genossin und Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard die „Gesamtstrategie zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in Bremer Quartieren“ vorgestellt hat. Gegenstand der Entrüstung der Ärzteschaft war die Ankündigung von kommunalen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die gezielt in unterversorgten Quartieren aufgebaut und in ein umfassenderes Versorgungskonzept gebettet werden sollen. MVZ, das sind Einrichtungen der ambulanten medizinischen Versorgung in denen Ärzt:innen angestellt tätig sind und nicht selbständig wie in klassischen Arztpraxen.

Die Lobbymacht der in den Kammern, kassenärztlichen Vereinigungen oder Verbänden organisierten Ärzt:innenschaft ist groß und ihr Interesse sich allem entgegenzustellen, was als Konkurrenz gesehen wird, auch. Bei jedem Versuch, Pflegekräften mehr Kompetenzen zu geben, neue Versorgungsformen wie Gesundheitskioske oder Gesundheitszentren einzurichten oder der öffentlichen Hand mehr Einfluss auf die ambulante medizinische Versorgung zu gewähren, muss man mit dem erbitterten Widerstand ebenjener rechnen. Es ist auch mit ihr Verdienst, dass das sogenannte Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) von jedem ansatzweise fortschrittlichen Gedanken befreit wurde und nur noch ein „Hausärztestärkungsgesetz“ übriggeblieben ist.

Doch die Nöte in der Gesundheitsversorgung auch außerhalb der Kliniken sind groß und das nicht erst seit Kurzem. Die niedergelassene Ärzt:innenschaft ist geprägt durch eine Generation, die in großen Mengen bald in die Rente gehen wird oder es bereits tut. Gleichzeitig haben junge Ärzt:innen zum Großteil keine Lust auf das Dasein als selbstständige Ärzt:innen und gehen lieber in die Kliniken mit ihren geregelten Arbeitsverhältnissen. Zum Nachwuchsproblem gesellt sich eine unfassbare Ungleichverteilung der bestehenden Arztpraxen. In reichen Stadtteilen geben sich Ärzt:innen die Klinke in die Hand, in armutsbetroffenen Quartieren aber auch auf dem Land sind sie häufig schwer zu finden. Die Ärzt:innenlobby erkennt teilweise diese Missstände an und insbesondere das Nachwuchsproblem skandalisiert sie auch, die Bereitschaft aber, substantiell und systematisch die Gesundheitsversorgung zu reformieren, zeigt sie nicht, ihre einzige Lösung besteht in den Forderungen nach mehr Geld und Entbürokratisierung für die Niedergelassenen. Wenn aber Kommunen oder Länder ein Wörtchen bei der Versorgungsplanung und -gestaltung mitreden wollen, mobilisiert die Lobby ihr Möglichstes, um solche Pläne zu blockieren.

Und schließlich ist das ambulante Gesundheitssystem in der Bundesrepublik keines, welches im Sinne einer langfristig gesundheitsförderlichen Versorgung besonders gut funktioniert. Es ist geprägt durch ihre Vielzahl an einzelnen selbstständigen niedergelassenen Ärzt:innen, getrennt in ihren Disziplinen und hauptsächlich für sich alleine arbeitend, und so ist es auch vorgesehen. Wenn ich mit gesundheitlichen Problemen zu meiner Ärztin gehe, die durch Schimmel in meiner Wohnung verursacht wurden, dann wird sie lediglich Symptombekämpfung leisten können. Es ist in dem Fall nicht ihre Aufgabe herauszufinden, woher diese Gesundheitsprobleme kommen könnten, geschweige denn Anstrengungen zu unternehmen, dass der Schimmel beseitigt wird. Dabei sind die Verhältnisse, in denen wir (gezwungen sind zu) leben, die Hauptfaktoren für unsere Gesundheitssituation. Gesundheitspolitik ist damit immer auch Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, ...politik. Aber das heißt auch, dass die Einrichtungen der Gesundheitsversorgung so gestaltet werden müssen, dass es Teil ihrer Aufgabe ist, gesunde Lebensumstände zu schaffen. Dafür braucht es ein System, in dem verschiedene Disziplinen und Professionen zusammenarbeiten, und welches einen möglichst niedrigschwelligen Zugang bietet.

Als Bremer Linke ist genau das unsere Vision für die Gesundheitsversorgung in Bremen und Bremerhaven. Teil der erwähnten Gesamtstrategie ist damit die Einrichtung von Gesundheitszentren in den Quartieren. Das sind nicht bloß kommunale MVZ, sondern Orte, die zum zentralen Anlaufpunkt für beinahe alle Gesundheitsfragen entwickelt werden sollen. Dabei haben verschiedenste ärztliche und therapeutische Disziplinen mit unterschiedlichen Beratungsangeboten und Hebammen an einem Ort auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten, angepasst an die lokalen Versorgungsbedarfe. Ergänzt um aktive Netzwerk- und Gemeinwesenarbeit werden solche stadtteilbezogenen Gesundheitszentren zu Orten, die über geballtes Wissen über die gesundheitlichen Verhältnisse sowie Bedarfe verfügen und diese auch angehen können. Sie werden auch zu Orten, an denen die Patient:innen mit den Verhältnissen nicht alleine gelassen werden.

Mit dem Aufbau des „Lokalen Integrierten Gesundheitszentrums für Alle“ (kurz LIGA) startete genau ein solches Vorhaben in Gröpelingen, ein Bremer Arbeiter:innenstadtteil, welcher seit der Werftenkrise der 80er durch hohe Arbeitslosigkeitszahlen und geringe Einkommensniveaus geprägt ist. In Gröpelingen zeigt sich, was in vergleichbaren Orten auch gilt, ein hoher Versorgungsbedarf trifft auf eine geringe Versorgung. 2022 eröffnete die Beratungsstelle und bis heute konnten offene Gesundheitsberatungen, Gesundheitsförderungsangebote, aufsuchende Arbeit und ein integriertes Hebammenzentrum aufgebaut werden. Das LIGA steckt damit zwar noch in den Kinderschuhen und ist ein gutes Stück entfernt von der eigenen Vision, schreitet aber auf einem guten Weg und hilft als Pionierprojekt enorm dabei, zukünftige Vorhaben von Gesundheitszentren schneller und effektiver umzusetzen. Die Ansprüche sind hoch und die Bedingungen aber denkbar schlecht.

Das LIGA in Bremen ist dabei nicht das einzige, erste oder fortgeschrittenste Vorhaben des Aufbaus eines solchen Gesundheitszentrums in der Bundesrepublik. Eines der interessantesten Netzwerke ist dabei das Poliklinik Syndikat. Namentlich beziehen sie sich zwar auf die Polikliniken der DDR, ambulante Einrichtungen in denen angestellte Ärzt:innen verschiedenster Disziplinen an einem Ort zusammenarbeiteten, welche in den 1990ern Schritt für Schritt aufgelöst wurden, entwickelten das Konzept aber vergleichbar mit den vorher genannten Gesundheitszentren bedeutend weiter. Anders aber als in Bremen ist es eine Bewegung, deren Mitgliedsgruppen bundesweit versuchen, solche Gesundheitszentren von unten aufzubauen. Am weitesten fortgeschritten sind deren Zentren im Berliner Neukölln oder in der Hamburger Veddel, welche auch für das Bremer Projekt Vorbildcharakter haben.

Die wichtigsten Lehren sind dabei bereits jetzt, politischer Wille, Kampfgeist und viel Ausdauer sind essenziell. Doch wirklich nachhaltig und flächendeckend lässt sich eine solche Vision der Gesundheitszentren nur erfüllen, wenn wir einen Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik erstreiten. Dabei muss alles von der Macht der Ärzteverbände, über Planung, Gesundheitsfinanzierung, Berufsbilder bis hin zum Gesundheitsverständnis an sich in Frage gestellt werden. Gesundheit mit Plan ist das Ziel.

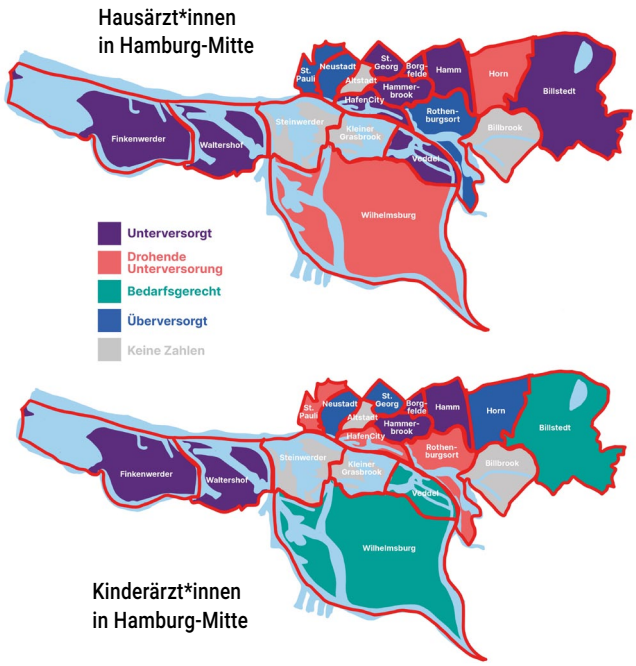
Hausärztliche und kinderärztliche Versorgung in den Bezirken: Hamburg. Reiche Stadtteile, arme Stadtteile, Wohnen im Zentrum oder am Stadtrand von Hamburg – bei der ärztlichen Versorgung macht das einen Unterschied. Und der muss weg! Aus unseren Anfragen als Linksfraktion wissen wir: Die Anzahl der Hausärzt*innen in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Heute gibt es 22 Hausärzt*innen weniger als noch 2021. Im gleichen Zeitraum wuchs Hamburgs Bevölkerung jedoch um etwa 40 000 Menschen. Aber auch die Anzahl der Kinder- und Frauenärzt*innen und der Psychotherapeut*innen hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Und trotzdem gilt Hamburg auf dem Papier als ärztlich überversorgt! Denn unsere ganze große Stadt gilt als ein Planungsgebiet.

Doch wer genauer hinschaut, stellt schnell fest, dass sich die Arztpraxen sehr unterschiedlich über das Stadtgebiet verteilen. So sind es meist die ärmeren Stadtteile wie Lurup, Steilshoop und Jenfeld, die unterversorgt sind. Und das sind ausgerechnet die Stadtteile mit einer höheren Krankheitsdichte. Entsprechend sind reichere Stadtteile wie Blankenese oder Rotherbaum häufig überversorgt. Mehr noch: Es gibt auch einen krassen Unterschied in der ärztlichen Versorgung zwischen Stadtteilen in zentraler Lage, wie beispielsweise der Neustadt, Altona-Altstadt oder Harburg und denen, die am Rand der Stadt liegen, etwa Neugraben-Fischbek und Finkenwerder.

Als Linksfraktion fordern wir mehr Ärzt*innen – und zwar dort, wo sie fehlen und gebraucht werden. Als erste Hamburger Fraktion haben wir die Einrichtung von Stadtteilgesundheitszentren vorgeschlagen. Heute fördert der Senat zwar fünf solcher Zentren, allerdings nach aktuellem Stand nur temporär und stark unterfinanziert. Auch hat sich dadurch die Versorgung der betroffenen Stadtteile nicht verbessert, denn es ist hierbei kein zusätzlicher Kassensitz geschaffen worden. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren ein: mit Haus- und Kinderärzt*innen, mit psychologischer und mit Sozialberatung.

Hausärzt*innen in Hamburg-Mitte Auch in Hamburg-Mitte ist die hausärztliche Versorgung über den Bezirk ungleich verteilt. Während es in der Neustadt einen Hausarzt oder eine Hausärztin für 722 Einwohner*innen gibt, kommen in Borgfelde 4284 und in Hamm sogar 7744 Einwohner*innen auf einen Arzt oder eine Ärztin. Auf Finkenwerder gab es vor zwei Jahren noch fünf Hausärzt*innen – heute sind es nur noch zwei. Damit ist nun auch Finkenwerder hausärztlich unterversorgt. **Bei den Kinderärzt *innen sieht das ganz ähnlich aus.** Die Neustadt und St. Pauli sind sehr gut kinderärztlich versorgt. Dafür fehlt es in Billstedt, Wilhelmsburg und Hamm an allen Ecken. Und die Veddel, Finkenwerder, Borgfelde und die HafenCity haben überhaupt keine Praxis.

www.linksfraktion-hamburg.de



Menschenwürdige Pflege darf nicht auf Profit ausgerichtet sein: Hannover. Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai erklärt Franziska Junker, Landesvorsitzende der Linken Niedersachsen: „

Der Internationale Tag der Pflege soll die Arbeit der Pflegekräfte würdigen, die weltweit kranke und alte Menschen versorgen. Doch weder solche Tage noch Applaus reichen aus, um die verantwortungsvolle und unersetzliche Arbeit der Pflegekräfte angemessen zu würdigen. Die Privatisierung des Gesundheitswesens hat die Arbeitsbedingungen seit Jahrzehnten massiv verschlechtert. Pflegekräfte werden vor allem als Kostenfaktor gesehen, an dem gespart wird, wo immer es geht, damit die Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen möglichst viel Gewinn bringt. Personalmangel wurde zum Normalzustand. Dabei blieb vieles auf der Strecke, was gute Pflege auszeichnet.“

Die Linke fordert 100 000 mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern und 100 000 Altenpflegekräfte mehr, dazu 500 Euro mehr Grundgehalt. Die vielen schon ausgebildeten Pflegekräfte sollen mit attraktiven Arbeitsbedingungen für den Beruf zurückgewonnen werden. Zur Finanzierung hält Junker die von der Linken geforderte Bürgerversicherung für geeignet: „Es ist nicht hinzunehmen, dass Beamte, Selbstständige und vor allem auch PolitikerInnen sich nicht an einer solidarischen Bürgerversicherung beteiligen. Das wäre der erste Schritt, um eine Notsituation vorzubeugen.

www.dielinke-nds.de

Einwohnerantrag erfolgreich – 1400 Unterschriften für Ärzte und Nahversorgung: Berlin-Treptow. 1400 Unterschriften sind gesammelt – für ein Mobilitäts- und Infrastrukturkonzept für ein lebenswertes Plänterwald unter Beteiligung der Anwohner:innen! Als direkt gewählte Abgeordnete gratuliere ich den Anwohner:innen und der Bürgerinitiative stellvertretend für meine Partei Die Linke zu diesem Erfolg. Wir werden uns auch weiterhin im Abgeordnetenhaus und im Bezirksamt für die Umsetzung der Forderungen stark machen.

Im Juli 2023 waren wir als Linke Aktivgruppe Treptow vor Ort in Plänterwald im Gespräch mit den Anwohner:innen – und schnell war klar: So kann es nicht weitergehen. Der Kiez verliert seit 30 Jahren wichtige Versorgungsstrukturen und es fehlt mittlerweile an einer grundlegenden Nahversorgung: die Apotheke hat geschlossen, die Post und die Bank sind weg. Täglich rollen hingegen mehr und mehr Autos durch die eh schon überlasteten Straßen, während die Versorgung mit Hausärztinnen immer weiter abnimmt und die grünen Lungen in Plänterwald zubetoniert werden.

Während die Menschen im Kiez kaum noch Orte der Zusammenkunft finden, wird fleißig nachverdichtet, am Treptower Park die teuerste Autobahn Deutschlands gebaut und mindestens 70 Millionen Euro in den Spreepark gesteckt – um den Wirtschaftsfaktor Tourismus in der Hauptstadt weiter auszubauen.

ewa2023@mobilitaetskonzept-pw.de
https://www.dielinke-treptow-koepenick.de

Gesundheitskioske retten – Die Linke macht sich stark für zusätzliche Gesundheitsversorgung: München. Nach aktuellem Stand kommt das Konzept der Gesundheitskioske doch nicht im neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Eigentlich war geplant, dass Krankenkassen die Gesundheitskioske mitfinanzieren. Die Stadt München hätte demnach nur noch 20 Prozent der Finanzierung der Gesundheitstreffs übernehmen müssen. Aktuell tragen die Kommunen die kompletten Kosten. Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat Stefan Jagel, Die Linke, erklärt dazu: „Es wäre nur fair gewesen, wenn die Gesundheitskioske in die Regelversorgung überführt würden. Das hätte das Konzept an sich deutlich gestärkt und die Kommunen finanziell entlastet." Die Gesundheitstreffs in München sind ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt. Gerade in schlecht versorgten Stadtteilen bieten sie eine niedrigschwellige und vor allem nahe erste Anlaufstelle zu medizinischer Versorgung. Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat Stefan Jagel, Die Linke, fügt hinzu: „Natürlich ersetzen die Gesundheitstreffs keine Mediziner*innen. Aber vor allem in Vierteln, wo es wenige Arztpraxen gibt, könnten sie Menschen eine unkomplizierte erste Beratung liefern." Die Stadtratsfraktion Die Linke / Die PARTEI fordert deshalb von der Stadt München, sich bundesweit dafür einzusetzen, dass die Gesundheitstreffs als sogenannte Kioske wieder in den Gesetzesentwurf aufgenommen werden.
www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Thüringer Gesundheitskiosken bleibt Hängepartie erspart: Erfurt. Nach Medienberichten sieht der aktuelle Entwurf des „Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz" der Bundesregierung für Gesundheitskioske entgegen der Planung keine Überführung in die Regelversorgung vor. Die Landesvorsitzende der Partei Die Linke Thüringen, Ulrike Grosse-Röthig, und der pflege- und gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Ralf Plötner, zeigen sich verärgert über die Blockadehaltung der Bundesregierung. Dazu sagt Ulrike Grosse-Röthig: „Einmal mehr hat sich die FDP mit ihrem ideologisch getriebenen Spardiktat durchgesetzt und der sinnvollen Idee einer Ergänzung der ambulanten Versorgung besonders im ländlichen Raum eine Absage versetzt. Damit bleiben Gesundheitskioske aller Voraussicht nach nur ein Pilotprojekt und finden keinen festen Einzug in die Versorgungs-Infrastruktur des Landes. Glücklicherweise hat unser Freistaat Thüringen schon frühzeitig die Möglichkeit einer landesseitigen Finanzierung über das Förderprogramm AGATHE in Thüringen geschaffen. Denn besonders in ländlich geprägten Regionen wie Thüringen stellen die Gesundheitskioske ein sinnvolles, ergänzendes Angebot neben der grundständigen ambulanten Versorgung da. Die Kioske ersetzen keine Medizinerinnen und Mediziner, aber sie bieten einen niedrigschwelligen und vor allem einen wohnortnahen Zugang zur Gesundheitsversorgung."
www.die-linke-thueringen.de

Verheerende Kritik der Saar-Kliniken an Landesregierung ernst nehmen – weiteres Krankenhaussterben an der Saar verhindern: Saarbrücken. Nach der verheerenden Kritik der Saarländischen Krankenhausgesellschaft SKG fordert die Landesvorsitzende der Linken, Barbara Spaniol, erneut, ein weiteres Krankenhaussterben und einen Abbau der medizinischen Versorgung im Land zu verhindern. „Die SKG hat schon im letzten Jahr davor gewarnt, dass durch die geplante Krankenhausreform ein Aus für mindestens 20 Prozent der Krankenhäuser an der Saar droht. Das muss doch ernst genommen werden. Deshalb muss neben dem Bund auch das Land seiner Verpflichtung zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen endlich vollständig nachkommen – Soforthilfen sind hier unumgänglich. Der Weiterbetrieb unserer Kliniken muss öffentlich abgesichert werden." Eine leistungsfähige und wohnortnahe Versorgung und gute Arbeitsbedingungen der Krankenhausbeschäftigten gehören sichergestellt. „Die Engpässe in den Kliniken sind unhaltbar. Und weil notwendige Investitionen nicht finanziert werden, wird Geld letztlich zweckentfremdet, zu Lasten der Patientenversorgung und des Personals. dielinkesaar.de

Krankenhausreform ist eine Black Box: Berlin. Der Deutsche Landkreistag lehnt die Krankenhausstrukturreform in der derzeitigen Form ab. Das Präsidium befürchtet nach seiner Sitzung im Landkreis Oberspreewald-Lausitz einen Kahlschlag bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf beschlossen werden sollte. Präsident Reinhard Sager sagte: „Die Krankenhäuser müssen zunächst in ihrem Bestand gesichert werden, das muss die oberste Priorität sein: Hierzu bedarf es einer zusätzlichen, umfassenden Liquiditätssicherung und einer massiven Erhöhung des Landesbasisfallwerts. Erst dann kann es um eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur gehen, für die die Bundesregierung zügig eine Auswirkungsanalyse vorlegen muss." Sager benannte das grundsätzliche Problem der Krankenhausreform: „Sie ist im Moment eine Black Box. Liest man den vorliegenden Entwurf, ist man danach kaum schlauer. Die entscheidende Frage für uns ist, was die vorgeschlagenen Maßnahmen ganz konkret für die Städte, Landkreise und ihre Krankenhäuser bedeuten. Diese Antwort ist der Bund noch schuldig. Es gibt im Moment keine Analyse, was aber für ein so in die Lebenswirklichkeit der Menschen einschneidendes Gesetz selbstverständlich sein sollte." Die Versorgung in der Fläche müsse nach wie vor aufrechterhalten werden. „Es darf unter keinen Umständen zum Regelfall werden, dass das nächste voll ausgestattete Krankenhaus 80 Kilometer weit weg ist. Im Moment ist dieses Szenario nicht ausgeschlossen. Gerade in dünn besiedelten Landkreisen braucht es Krankenhäuser, in denen man auch mit kleineren Beschwerden ambulant versorgt wird." Es gebe in den ländlichen Räumen sehr leistungsfähige Krankenhäuser, die fachlich ebenso wie Häuser in Ballungsräumen in der Lage seien, zusätzliche medizinische Leistungen zu übernehmen.
www.landkreistag.de

„Sorge, dass vielen Krankenhäusern die Puste ausgeht": Berlin. Nach den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses zum Krankenhaustransparenzgesetz erklärte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zu den an das Gesetz gekoppelten Liquiditätshilfen für Krankenhäuser: „Die jetzt zugesagten Liquiditätshilfen helfen den Krankenhäusern zwar kurzfristig, aber es ist Geld, das den Häusern sowieso zusteht. Das reicht nicht aus, um die erheblichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser besonders für das Personal und durch die Inflation zu stemmen. Wir haben die große Sorge, dass vielen Krankenhäusern in den nächsten Monaten die Puste ausgeht, wenn der Bund nicht schnell Geld nachschiebt. Immerhin hat der Vermittlungsausschuss eine Perspektive für die nötige Krankenhausreform eröffnet. Die muss dringend kommen, damit die strukturelle Unterfinanzierung der Häuser beseitigt wird. Wir hoffen, dass sich Bund und Länder jetzt aufeinander zu bewegen und die Krankenhausreform zügig in ein Gesetz mündet." Dedy weiter: „Der angekündigte Transformationsfonds ist notwendig, damit der Umbau der Krankenhäuser und deren Finanzierung gelingen kann. Das muss noch vor dem Sommer konkret werden, damit ein unstrukturiertes Krankenhaussterben vermieden wird."
www.staedtetag.de

ETUI-Papier zu ersten Effekten der europäischen Mindestlohnrichtlinie – Wirkungen und mögliche Wirkungen

Rolf Gehring, Brüssel

In einem im März veröffentlichten „Policy Brief" zieht das europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) eine erste Bilanz bezüglich der Wirkungen der Europäischen Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen, die im Oktober 2022 verabschiedet wurde. Die elfseitige Publikation schaut wesentlich auf die seither erfolgten Entwicklungen der Mindestlöhne in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, beurteilt diese und beschreibt dann vier Momente, über die die neue EU-Richtlinie wirkt.

Im Januar 2024 haben die meisten EU-Mitgliedstaaten ihre gesetzlichen Mindestlöhne deutlich erhöht. In den meisten Fällen führten diese (erheblichen) nominalen Erhöhungen auch zu realen Erhöhungen. Das ETUI mach zwei Faktoren für die Entwicklung verantwortlich: weiterhin hohe Inflationsraten, die hohe Lohnforderungen nach sich zog, und die Mindestlohnrichtlinie. Obwohl die EU-Mitgliedstaaten noch bis zum 15. November 2024 Zeit haben, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, haben die politischen Entscheidungsträger in einer Reihe von EU-Ländern die Referenzwerte der Richtlinie für angemessene Mindestlöhne bereits als Richtschnur für die Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns verwendet. Damit wird Richtschnur für die anzustrebende Höhe des Mindestlohns auch der zwar nicht rechtsverbindliche, aber doch als Bezugsprunkt für die jeweiligen Diskussionen zum Mindestlohn durch die Richtlinie gesetzte Grundsatz, der doppelte(n) Anstandsschwelle, „definiert durch die indikativen Referenzwerte von 60 % des Medianlohns und 50 % des Durchschnittslohns".

Unterschiedliche Umsetzung, Verringerung der Kluft

Die Publikation zeigt dann, dass bei der Berechnung der gesetzlichen Mindestlöhne in Kaufkraftstandards (KKS) sich die Kluft zwischen den EU-Mitgliedstaaten – und insbesondere zwischen den westeuropäischen Ländern, die die obere Gruppe der Tabelle bilden, und den mittel- und osteuropäischen Ländern, die überwiegend in der unteren Gruppe vertreten sind – erheblich verringert hat. „Während das Verhältnis zwischen dem höchsten nominalen Mindestlohn in Luxemburg und dem niedrigsten nominalen Mindestlohn in Bulgarien bei 1:5,2 liegt, halbiert sich das Verhältnis zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Mindestlohn mehr als das, nämlich auf 1:2,4, wenn die Mindestlöhne in KKS gemessen werden." Mit Stand Januar 2014 wurden die folgenden Verhältnisse von der Friedrich-Ebert-Stiftung (https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10529.pdf) ausgewiesen: Verhältnis der nominalen Mindestlöhne 1:11 und gemessen in KKS 1:4,5.

Einfluss der doppelten Anstandsschwelle

Im Weiteren fragt die Publikation, über welche Mechanismen die „doppelte Anstandsschwelle" die Festlegung nationaler Mindestlöhne beeinflusst. In Bulgarien wurde dieses Element direkt in das nationale Recht aufgenommen, wodurch ein Quasi-Indexierungsverfahren entstanden ist. Ein zweiter Wirkmechanismus ist indirekter Natur. Die zwei Zielkriterien werden in der politischen Debatte aufgenommen und von den Entscheidungsträgern übernommen. „Ein Beispiel dafür ist Kroatien, wo das Regierungsdekret, mit dem der gesetzliche Mindestlohn für 2024 festgelegt wurde, ausdrücklich auf die doppelte Anstandsschwelle der Richtlinie Bezug nimmt. Weitere Beispiele sind Irland und Estland, wo die doppelte Anstandsschwelle als Referenz für Regierungspläne zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns … verwendet wird."

„In anderen Ländern ist die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten, dass die doppelte Anstandsschwelle (…) in das Gesetz aufgenommen oder als politische Leitlinie für die Festlegung von Mindestlöhnen verwendet wird. In einigen Ländern hat die Richtlinie jedoch eine Debatte über die Angemessenheit von Mindestlöhnen und die Frage ausgelöst, ob die doppelte Anstandsschwelle die offizielle Referenz sein sollte." Deutschland, Lettland und Spanien werden hier als Beispiele genannt.

Strategischer Nutzen für die Gewerkschaften

Einen weiteren Mechanismus, durch den die beiden Referenzkriterien indirekt die Mindestlohnpolitik beeinflussen, besteht in ihrer schlichten Nutzung als Argument in den Strategien der Gewerkschaften zur Durchsetzung angemessener Mindestlöhne. So beispielsweise in Ungarn und Rumänien. In den Niederlanden nutzt der Gewerkschaftsbund (FNV) den Slogan „Voor een better bestaan – 60% Mediaan" (Für ein besseres Leben – 60 % des Medianlohns) und bezieht sich so ausdrücklich auf das in der Richtlinie genannte Kriterium. So wirkt die Richtlinie auch auf Länder ohne Mindestlohngesetz. Zypern mit einem sehr niedrigen tariflichen Deckungsrad bewegt sich in Richtung eines gesetzlichen Mindestlohnes, und in Italien, das in einigen Branchen sehr niedrige tarifliche Mindestlöhne hat, bewegt sich die gewerkschaftliche Debatte in Richtung gesetzlicher Mindestlöhne.

Zitiert nach: Müller T. (2023) Dawn of a new era? Die Auswirkungen der europäischen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne im Jahr 2024, Policy Brief 2024, ETUI.

DOK Entlastung für ÖPNV-Beschäftigte in NRW vereinbart

Nachdem die stockende Tarifauseinandersetzung zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi NRW) und dem KAV NW im kommunalen Nahverkehr in einer Schlichtungsempfehlung mündete, hat die Verdi-Tarifkommission am 6. Mai 2024 dem Vorschlag der Schlichtung zugestimmt. Damit gibt es ein Tarifergebnis, das vier Entlastungstage für breite Teile der Beschäftigten vorsieht. Darüber hinaus konnten Arbeitszeitverlängerungen, die die Arbeitgeber im Laufe der Verhandlungen ins Spiel gebracht hatten, abgewendet werden …

Eckdaten der Schlichtungsvereinbarung:

- Insgesamt vier Entlastungstage gestaffelt bis Ende 2026, im Einzelnen:
- zwei zusätzliche freie Tage ab 2024 für alle;
- 2025 und 2026 je ein weiterer freier Tag für einen Großteil der Beschäftigten;
- Zeitzuschläge in der individuellen Stufe, mindestens Stufe 4;
- stufenweise Anhebung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent;
- gültig ab dem 1. Juni 2024.

nrw.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++e023f348-0bbe-11ef-9eec-fb0a6a4a5a84

Tarifbindung geht zurück – massiv

Bruno Rocker, Berlin

Bereits seit den 1990er Jahren geht die Tarifbindung in der Bundesrepublik kontinuierlich zurück. Nach einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung waren im Jahr 2000 noch 68 %, im Jahr 2023 nur noch 49 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt. In der gleichen Zeit sank der Anteil der tarifgebundenen Betriebe von 44 auf 24 Prozent. Die europäische Richtlinie zu Mindestlöhnen und Tarifbindung verpflichtet nunmehr alle EU-Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt sind, ab November 2024 konkrete Aktionspläne zur Erhöhung der Tarifbindung vorzulegen. Belgien, Österreich und Frankreich sind nicht betroffen. Dort werden schon jetzt deutlich über 90 Prozent der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag bezahlt. Andere Länder, darunter die Bundesrepublik, müssen einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen aufstellen. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Tariftreuegesetz, wonach öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden dürfen, ist zwar wiederholt angekündigt worden, jedoch bislang ausgeblieben. Das angekündigte Gesetz wird von den Gewerkschaften als richtiger Schritt, aber allein als nicht ausreichend bewertet. Aus dem Bereich der Arbeitspolitik und dem Wirtschaftsrecht gibt es inzwischen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Tarifbindung detaillierte Vorschläge für Änderungen des Tarifvertragsgesetzes:

• Nachwirkung von Tarifverträgen: Tarifvertragliche Regelungen dürfen nicht durch individuelle Vereinbarungen ersetzt werden. Nach Ablauf eines Tarifvertrages sollten seine Rechtsnormen weiter gelten, bis sie durch einen anderen Tarifvertrag abgelöst werden.

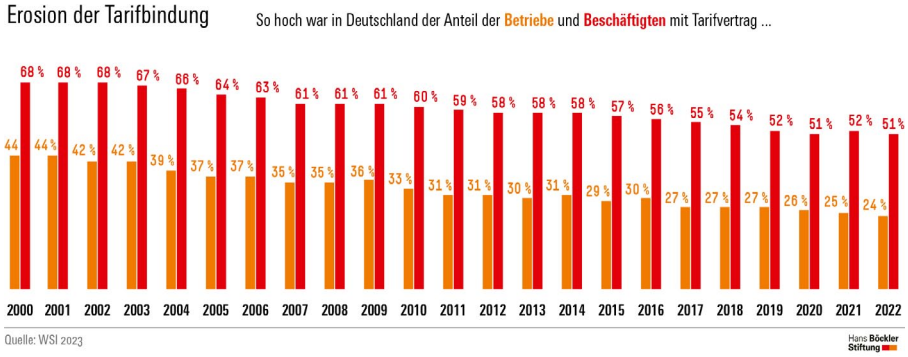
• OT-Mitgliedschaften abschaffen: Einige Arbeitsgeberverbände ermöglichen Unternehmen, Mitglied zu werden, ohne sich an die vereinbarten Tarifverträge zu halten. Bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall sind mehr als die Hälfte inzwischen „OT"-Mitglieder. Eine Mitgliedschaft „ohne Tarifbindung" sollte abgeschafft werden.

• Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder erlauben: Sogenannte „Trittbrettfahrer" erhalten die gleichen Vorteile wie Gewerkschaftsmitglieder, ohne einer Gewerkschaft beizutreten. Das könnte geändert werden, wenn Tarifverträge spezifische Vorteile für Mitglieder enthalten.

• Allgemeinverbindlichkeit erleichtern: Sie ist gegenwärtig nicht durchsetzbar, wenn die Arbeitgeberseite ihre Zustimmung verweigert. Das könnte geändert werden. Künftig sollte auf Antrag einer Tarifvertragspartei ein Tarifvertrag durch Verwaltungsakt für allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn das öffentliche Interesse gegeben ist.

Der deutliche Rückgang der Tarifbindung bringt negative Konsequenzen für die Beschäftigten und die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten mit sich. Das wirkt sich auch auf die Einnahmen von Sozialversicherungen und öffentlicher Hand aus. Hoffnung für eine Umkehr des Trends vermittelt allenfalls die Dynamik in den letzten Tarifauseinandersetzungen, sowie Mitgliederzuwächse in den Gewerkschaften. So verzeichneten 2023 die DGB-Gewerkschaften gegenüber dem Vorjahr immerhin fast 22 000 Mitglieder mehr.

Quelle: Hans Böckler News 09/2024



Streiks im Bauhauptgewerbe

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. An den ersten Streiks im Bauhauptgewerbe seit 2007 haben sich in der dritten Maiwoche rund 12 500 Beschäftigte beteiligt. Jetzt sollen die Streiks auf die Verkehrsinfrastruktur ausgedehnt werden: Straßen-, Autobahn-, Schienen-, Brücken- und ähnliche Baustellen sollen stillgelegt werden. Im Gegensatz zum privaten Häuserbau findet dort große Bautätigkeiten statt. Ende April wurde zwar nach drei erfolglosen Verhandlungsrunden ein Schlichterspruch gefällt. Er sieht 250 Euro mehr im Monat vor, elf Monate später noch einmal 4,15 % im Westen und knapp 5 Prozent im Osten, bei einer Laufzeit von insgesamt zwei Jahren. Die Ausbildungsvergütung sollen im ersten Lehrjahr in Ost wie West 1080 Euro betragen, die anderen Lehrjahre sollen ähnlich angehoben werden. Im Gegensatz zur IG-BAU, die sich mit ihrer Zustimmung sehr schwergetan hat, haben die Arbeitgeber, vertreten durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie sowie dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, den Schlichtungsspruch abgelehnt. Laut der Internetseite „bauingenieur 24", hätte es innerhalb der Arbeitgeberverbände eine Mehrheit für den Schlichtungsspruch gegeben. Letztlich sei die Zustimmung jedoch daran gescheitert, dass in einem der beteiligten Verbände das nötige Quorum bei über 80 Prozent lag. – Nach dem Scheitern der Schlichtung hat die IGBAU den „Resetknopf" gedrückt: Gestreikt werde nicht für den Schlichtervorschlag, sondern für die ursprüngliche Forderung 500 Euro mehr im Monat über alle Lohngruppen hinweg. Die IGBAU schätzt die Streikbereitschaft unter den rund 930 000 Beschäftigten als hoch ein. Die Stimmung auf dem Bau würde bei „weit unter null" liegen und die Baubeschäftigten vermissten „jeglichen Respekt und jegliche Anerkennung" der Unternehmen.

Aus diversen Pressemitteilungen der IGBAU https://igbau.de/Pressemitteilungen-2021.html) und „Bauingenieur 24" https://www.bauingenieur24.de

„Tarifpolitisches Hoheitsgebiet"

DOK In einem Interview gegenüber dem sozialdemokratischen „Vorwärts" erklärte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi vor dem 1. Mai:

Ich habe eine dringende Bitte an alle politischen Akteure: Die öffentlichen und allgemeinen Arbeitszeitdebatten müssen beendet werden. Arbeitszeit ist ein Kerngeschäft von Tarifverträgen. Was dort verabredet wird, ist geprägt von der Branchenrealität und nicht von einem politischen Gefühl. Handelt es sich um eine Branche, in der es Schichtarbeit gibt? Ist es eine Branche, die vielleicht gerade die nächste Rationalisierungsphase vor sich hat, und wo das Hauptziel ist, Arbeitsplätze zu sichern? Geht es um Branchen, in denen es besonders hohe Belastungen gibt? Das alles ist tarifpolitisches Hoheitsgebiet. Die gewerkschaftliche Gestaltung der Arbeitszeit denkt von den Bedürfnissen der Beschäftigten aus, die nicht immer gleich sind, und von den jeweiligen Branchen- und Betriebsrealitäten. Natürlich macht es Sinn, in vielen Fällen über Arbeitszeitverkürzungen zu reden. Aber bitte nicht als neues „Normalarbeitszeitverhältnis".

22. Juni
1981
Spanien

Spanisches Parlament beschließt Scheidungsgesetz

SPANIEN ERINNERT SICH DER VON FRANCO UNTERDRÜCKTEN FRAUEN

Nach und nach werden in Spanien Forschungsergebnisse zur Unterdrückung der Frauen während der Franco-Diktatur publiziert, Einzelschicksale beschrieben. Hier einige Beispiele anhand deutschsprachiger Zeitungstexte und Webseiten.

Frauen duldsam, gefügig und ungebildet halten, Elena Francis – Briefkastentante im Radio. – Buch: Armand Balsebre, Rosario Fontova, Las cartas de Elena Francis, una educación sentimental bajo el franquismo, Cátedra (Die Briefe von Elena Francis, sentimentale Erziehung in der Franco-Diktatur)
hpd.de/artikel/diktatur-und-kirche-brauchten-frauen-moeglichst-fuegsam-und-ungebildet-16103

Besserungsanstalten für junge Frauen, geraubte Babys – Ausstellung „Un altre fi. La Resta" („Ein anderes Ende. Der Rest") im Centre del Born, Barcelona
www.nd-aktuell.de/artikel/1172885.franquismus-weder-kirche-noch-vaterland-dissidentinnen-gegen-die-moral.html

Die vergessenen Künstlerinnen der 1927er-Generation – Buch: Tánia Balló„ Las sin sombreros" („Die ohne Hut")
taz.de/Frauen-in-Spaniens-Franco-Diktatur/!5392783/

Spanierinnen unter Franco – Die Rolle der Frau während des Franco-Regimes – Website. „Mujer y memoria" (Frau und Erinnerung)
www.deutschlandfunk.de/spanierinnen-unter-franco-dem-manne-untertan-100.html

Eine sehr informative, deutschsprachige Quelle über die Repression von Frauen während der Franco-Diktatur, ist die Webseite baskultur.info:

Kahlgeschorene Frauen – Frauenspezifische Repressionsmaßnahmen
www.baskultur.info/geschichte/krieg36/527-franquismus-rizinus

Frauengefängnis Amorebieta
www.baskultur.info/geschichte/krieg36/536-frauen-gefaengnis

95 Frauen, die zwischen 1936 und 1948 vom Franco-Regime in Navarra ermordet wurden
baskultur.info/geschichte/krieg36/1153-franq-frauen

María Camino, In Navarra ermordete Lehrerin
www.baskultur.info/geschichte/krieg36/431-**lehrerin-camino**

Franquisten gegen Frauen
www.baskultur.info/geschichte/krieg36/445-franquismus-frauen2

Vergessene Frauen-Schicksale
www.baskultur.info/geschichte/krieg36/288-frauen-krieg36

Claus Seitz, San Sebastian

Das Parlament eröffnete mit dem Gesetz das Recht auf Scheidung gegen den harten Widerstand der konservativsten und religiösesten Kreise rund um die Alianza Popular (Vorläufer der heutigen Partido Popular) und die Führung der katholischen Kirche. Ein Meilenstein in einem Land, in dem während der Franco-Diktatur noch jede Ehe vor dem Altar der katholischen Kirche besiegelt werden musste und nur nach kanonischem Recht beendet werden konnte. „Bis dass der Tod Euch scheidet!" Francisco Ordoñez (UCD), damals zuständiger Justizminister: „Wir können nicht verhindern, dass Ehen zerbrechen, aber wir können sehr wohl das Leiden der zerbrochenen Ehen lindern."

Die 1978 erlassene Verfassung hatte Religionsfreiheit, die Trennung von Kirche und Staat und im Artikel 32.2 gleiche Rechte von Mann und Frau bezüglich Eheschließung, Rechte während der Ehe und Scheidung verankert. Ein großer Fortschritt für Spanien, in dem sich der Staat über Jahrhunderte als weltlicher Arm der katholischen Kirche verstand und Nulltoleranz gegenüber anderen Religionen praktizierte. Noch am 19.3.77 kam die Reportage „Zivil heiraten in Spanien" in El País zum Ergebnis: „Die Zahl ziviler Ehen ist faktisch null".

Das Gesetz sah noch starke Restriktionen vor: Der Scheidung musste ein Zeitraum juristischer Trennung vorausgehen (ein, zwei oder fünf Jahre). Der doppelte Prozess (Trennung, Scheidung), verlängerte den Zeitraum und trieb die Scheidungskosten hoch. Auch musste die Scheidung begründet werden, z.B. in Alkoholismus, Ehebruch, Verlassen der ehelichen Wohnung ...

Bei der Ausarbeitung des Gesetzes von 1981 wurden die Vorschläge der Vereinigung getrennter und geschiedener Frauen unter dem Vorsitz von Ana María Pérez del Campo als Vertreterin eines Teils der Zivilgesellschaft aktiv angehört und berücksichtigt.[1]

Es sollte danach fast 25 Jahre dauern, bis am 8.7.2005 im sog. Scheidungs-Express-Gesetz unter Präsident Zapatero (PSOE) die vorhergehende Trennungszeit abgeschafft und Scheidung ohne Begründung ermöglicht wurde. Jeder Ehepartner konnte die Scheidung fordern, die Willenserklärung eines der Partner sollte ausreichen, die Ehe zu beenden. Voraussetzung ist seither nur noch eine Mindestdauer der Ehe von drei Monaten. Das gemeinsame Sorgerecht ohne notwendige Übereinkunft der Eltern wurde als mögliche Option eingeführt. Ein staatlicher Fonds für Leistungen an Kinder geschiedener Paare wurde eingerichtet. Seit 2005 können in Spanien auch gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen werden.

Ab dem 2.7.2015 ermöglicht eine Reform unter Rajoy (PP) die notarielle Scheidung bei beiderseitiger Zustim-

Divorcioneta – der Scheidungsbus. „Eine Ehe ist nicht frei, wenn die Scheidung nicht erschwinglich ist." Große Bekanntheit erreichte in Spanien nach 2015 eine neue Art juristischer Beratung durch in der Sache spezialisierte Anwälte: die divorcioneta, der Scheidungsbus. Ein Bus, der sich von Ort zu Ort bewegte und Express-Scheidungen bei beiderseitigem Einverständnis innerhalb von 24 Stunden zu Niedrigpreisen anbot: 150 Euro pro Ehepartner, 100 Euro (ohne Kinder), Preise von 2020. Der Bus hatte – wie von anderen ambulanten Händler gewohnt – auf dem Dach Lautsprecher angebracht.

1 Pérez del Campo und ihre Kollegin Mabel Pérez Serrano waren Protagonisten des Kampfs um das Recht auf Scheidung noch während der Diktatur. 1974 erreichten sie die die Genehmigung ihrer Organisation vor der Generaldirektion Sicherheit. In Ermangelung deutschsprachiger Quellen: Webseite der Vereinigung: **www.separadasydivorciadas.org/** und ein Interview mit Pérez del Campo in El País: **elpais.com/ccaa/2018/10/19/madrid/1539952093_219087.html**

Buchempfehlung: **Almudena Grandes, Der Feind meines Vaters,** Carl Hanser Verlag, 2012
Grandes erzählt in ihrem Buch „Der Feind meines Vaters" über die Jahre, in der der Keim für die Wut der Frauen gelegt wurde, die heute auf die Straße gehen. Die Angst vieler Spanier, nicht das Kind der Eltern zu sein, bei denen sie groß wurden, der Schock von „Adoptiveltern", von denen viele nicht wussten, dass die Eltern des Kindes, das sie adoptierten, noch lebten. www.deutschlandfunk.de/die-geraubten-kinder-spaniens-100.html

Ehe- und Scheidungsrecht vor 1981

Felipe II, der wohl katholischste aller spanisch-katholischen Könige, verfügte am 12.7.1564, dass die kirchliche (katholische) Ehe, die einzig legitime sei. Mit Ausnahme zweier kurzer Perioden sollte die kirchliche Trauung für die Spanier bis 1981 faktisch die einzig mögliche bleiben.

1870 bis 1875 Zur Zeit der **1. Republik** am 18.6.1870 wurde das „Provisorische Gesetz auf Zivilehe“ eingeführt, dem jedoch kein Erfolg beschieden war. Gesellschaftlich wurde an der kirchlichen Ehe festgehalten. Am 9.2.1875 nach der Rückkehr der Bourbonen-Dynastie wurde die Zivilehe nur noch als Ausnahme für nicht-katholische Paare zugelassen.

Die Jahre der **2. Republik (1931 bis 1939)** waren Jahre großer Errungenschaften für die Frauen: Wahlrecht, Recht auf Bildung, Zivilehe, Recht auf Scheidung, Entkriminalisierung der Abtreibung, Teilnahme an der Arbeitswelt und an öffentlichen Aktivitäten. Im Art. 43 der Verfassung von 1931 hieß es: „Die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Ehe beruht auf gleichen Rechten für beide Geschlechter und kann im gegenseitigen Einvernehmen oder auf Antrag eines der Ehegatten aufgelöst werden.“ Am 11. März 1932 wurde das Scheidungsgesetz verabschiedet. Die katholische Rechte predigte dagegen: „Die Scheidung ist ein Sprengsatz, der die Familie in die Luft jagen wird: Die Ehe ist eine Institution des Opfers, ein unvermeidbares Kreuz, ein heiligendes Sakrament.“

Franco-Diktatur:

Nach dem erfolgreichen Militärputsch wurde die Gesetzgebung zu Zivilehe, Recht auf Scheidung im Oktober 1939 wieder vollständig aufgehoben. Während der 2. Republik geschlossene Zivilehen wurden als nichtig betrachtet. Viele Paare, die sich während der Zweiten Republik geschieden hatten, heirateten wieder.

Die Auflösung der Ehe war nur möglich durch den Tod eines der Ehegatten, oder in dem sie von Kirchengerichten annulliert wurde, eine Möglichkeit die faktisch den franquistischen Eliten vorbehalten war. Ausnahmen waren möglich für Paare, die einer anderen Religion angehörten oder im Fall der Lossagung von der Religion. Sich mittels Kirchenaustritts zum Atheisten zu erklären, kam einer Identifizierung als antisoziales Element, Kommunist oder Freidenker gleich, so dass Zivilehen faktisch nicht existierten. Paare, die nicht verheiratet waren, wurden von der Gesellschaft und der Kirche missbilligt, da sie in Sünde lebten.

Am 24.1.1941 wurde die Abtreibung und jede Art von Propaganda für Empfängnisverhütung verboten.

1942 wurde der Ehebruch als Strafdelikt wieder eingeführt. Ehebruch beging die Ehefrau generell, wenn sie mit einem Mann schlief, der nicht ihr Ehemann war. Für den Ehemann traf dies nur zu, wenn er ihn am ehelichen Wohnsitz beging oder notorisch öffentlich bekannt.

1944 wurde der Gattenmord (Ehrenmord) als Strafdelikt (bis 1961) definiert. Ein Mann, der seine beim Ehebruch überraschte Ehefrau ermordete, wurde nur von seinem Wohnort verbannt und im Falle nur leichter Verletzungen völlig strafverschont.

Die Freiheit der Frauen wurde während der 40 Jahre Franco-Diktatur rechtlich an die Wünsche des Mannes gebunden. Die licencia marital, die bis zum 2. Mai 1975 galt, verbot der Frau den Zugang zu einer Beschäftigung ohne die gesetzliche Erlaubnis ihres Mannes. Um einen Pass zu erhalten, um ins Ausland reisen zu können, musste die Ableistung des Sozialen Dienstes, eine Art Frauenmiliz, geleitet von der Frauensektion der Falange, nachgewiesen werden. Jährlich durchliefen etwa 200 000 Frauen den sozialen Dienst. Die verheiratete Frau benötigte die Erlaubnis ihres Mannes. Bei Heirat mit einem Ausländer verlor die spanische Frau automatisch die spanische Staatsbürgerschaft (bis 1954).

„Spaziergang der Schande“. Nach ihrem militärischen Sieg im Baskenland führten die neuen faschistischen Machthaber eine bis dahin ungekannte Strafe ein, die ausschließlich gegen das weibliche Geschlecht angewandt wurde. Frauen und Mädchen wurden öffentlich erniedrigt, indem sie mit kahl geschorenen Köpfen durch die Straßen getrieben und der Lächerlichkeit ausgesetzt wurden. Diese und andere geschlechtsspezifische Strafen wurde während des Krieges und in der Nachkriegszeit zu einer politischen Waffe im gesamten Staat.

Bild: briega.org – Contrainformación en Cantabria

---

mung. Die Unterscheidung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern wurde aufgehoben.

2021 lag der Anteil religiöser Ehen in Spanien nur noch bei 16,6% der abgeschlossenen 148 000 Ehen. 2023 wurden 16,5 % der Scheidungen vor dem Notar vollzogen.

Seit 2003 kennt Spanien auch die sog. „pareja de hecho“ (Lebenspartnerschaft), eine juristisch anerkannte geschlechtsunabhängige, stabile Partnerschaft zweier Personen mit und ohne Kinder, eine Art „Ehe light“, die unter geringen formalen Erfordernissen abgeschlossen und aufgehoben (einseitig) werden kann, den Partnern aber eheähnliche Rechte z.B. in Bezug auf Steuern, Erbschaft, Kinder, im Falle von Krankheit und Abhängigkeit eröffnet. 2023 wurden 36.300 Lebenspartnerschaften geschlossen (2016 noch 5.900).

Fünf Stunden mit Mario

Von Miguel Delibes (1920 – 2011)

Eva Detscher, Karlsruhe. Der 1966 erschienene Roman „Cinco horas con Mario“ ist ein Monolog von Carmen, die fünf Stunden lang mit ihrem toten Ehemann (Mario) spricht. Sie sagt ihm all die Dinge, die sie über ihn dachte, ihm aber zu Lebzeiten nie gesagt hat. Ein Kontrapunkt des Buches ist, dass sie konservativer ist als ihr Mann. Sie wirft ihm vor, anstatt gutes Geld mit Liebesromanen zu verdienen, die politischen „Träumer“ mit seinen brotlosen Schriften zu unterstützen; und dass er mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt – nicht standesgemäß; und dass sie im Gegensatz zu anderen Ehefrauen kurz und lieblos gehalten wird; und sagt, dass sie Ehebruch begangen hat. Wie auch immer, Scheidung lag außerhalb der Vorstellung und auch der schieren Möglichkeit. „In den sechziger Jahren wollte das Franco-Regime“ – so die Einschätzung einer spanischen Gesprächspartnerin – „einen liberaleren Anschein erwecken, auch wenn es sich auf allen Ebenen eindeutig um ein Diktaturregime handelte.“ Der Roman bringt das Künststück fertig, trotz Zensur einen lebendigen Einblick in jene Zeit zu vermitteln. Delibes selbst: „In den Zeitungen konnte man nur sehr wenige Dinge offen sagen. An ihre Stelle trat der Roman. Er übernahm die Aufgabe, die Probleme und Ungerechtigkeiten dieses Landes zu benennen.“

www.deutschlandfunk.de/100-geburtstag-von-miguel-delibes-chronist-des-lebens-in-100.html

Anmerkung.: Die Zeitung El Mundo führt den Roman in seiner Liste der „hundert besten Romane des zwanzigsten Jahrhunderts“. www.actualidadliteratura.com/de/fünf-stunden-mit-mario

Jahrestagung des Vereins „Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ am 20./21. April 2024 in Mannheim

Die diesjährige Jahrestagung des Vereins fand als Hybrid-Veranstaltung im Teamparcours im Felina-Areal Mannheim statt. Nicht in Präsenz anwesende Mitglieder konnten online an Diskussionen und Abstimmungen teilnehmen. Es beteiligten sich in Präsenz und online insgesamt rd. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die ausführliche Dokumentation zur Tagung erscheint als Nr. 19 in der Reihe Ergebnisse und Materialien als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 4/2024. Hier ein Vorabbericht.

Der Samstagnachmittag am 20.4. war als Thementeil – in Vorbereitung und Durchführung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“ bei der Linke – zwei großen Themen gewidmet:

1.) Rechtsentwicklung und rechte Parteien und Bewegungen in Deutschland und Europa – kann „Solidarisches Europa“ ein linkes Gegenkonzept sein?

Input online: Horst Kahrs (www.horst-kahrs.de)

2.) Unter dem Thema „Europäische Sicherheitsarchitektur“ wurden zwei Themenbereiche behandelt:

a) Die Strategie der Interventionskriege, getragen von der „Koalition der Willigen“, von einzelnen Staaten (unter Einsatz von Militärfirmen) und sogar von einzelnen Firmen, ist praktisch gescheitert, aber nicht aus der Welt. Eine Kritik dieser Konzeption steht aber aus. Input Paul Schäfer (Paul Schäfer, paulschaefer.info)

b) Linke Politik kann sich nicht von „außen“ auf die Kritik der Russischen Föderation verlegen. Welche Alternativen zu Putins Politik werden in der Russischen Föderation angedacht? Input Lutz Brangsch. (Lutz Brangsch – Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1999–2023)

In seinem Inputbeitrag zur Rechtsentwicklung betonte Horst Kahrs u.a., dass die sozialen Entwicklungsmuster und Politiken in der Phase der „rechten, völkischen, nationalen“ Bewegung einer Partei deutlich unterschieden werden müssten von der Phase ihrer Regierungsbeteiligung, also ihrem direkten Zugang zu den Ressourcen des Staatsapparates und damit auch der Gesellschaft. Dies nicht in der Analyse zu berücksichtigen sei einer der wesentlichen Fehler und Unzulänglichkeiten historischer Faschismustheorien.

Mehrere Mitglieder der Redaktion der „Politischen Berichte“ berichteten – gestützt auf den entsprechenden Abschnitt der Politischen Berichte über europaweite soziale Initiativen als mögliches Gegengewicht gegen Rechtsentwicklungen. In der Nummer 1/2024 hatte die Redaktion der Politischen Bericht über die Aufgaben der Zeitschrift dabei geschrieben: „... wollen wir einen Blick werfen auf die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich um eine Ausgestaltung der Sozialpolitik in Europa mühen. Ein erster Blick auf die Listen von Organisationen, die im weitesten Sinne unter die Kategorie der zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen fallen, zeigt, dass für fast alle Themenbereiche des sozialen Lebens, aber auch der Umweltpolitik und anderer Themenbereiche spezielle Organisationen bestehen. Linke Politik hat oder hätte hier im klassischen Sinne Bündnispartner ... Das Wissen von und Kontakt zu EU-weit vernetzten Akteuren könnte eine Hilfe für ereignisorientiertes emanzipatorisches Handeln sein.“

Zum zweiten Themenkomplex berichtete einleitend Martin Fochler aus der Redaktionsarbeit der Politischen Berichte über das Thema „Interventionskriege, Prinzip der Nichteinmischung, EU-Verteidigungsbegriff/Grenzverteidigung.“

Paul Schäfer referierte über Friedens- und Antikriegspolitik nach der „Zeitenwende“ und die Widersprüche, in denen sich linke Politik dabei befindet. (s. dazu auch die Beiträge auf seiner Homepage)

Lutz Brangsch berichtete über seine Beobachtung der verschiedenen oppositionellen Bestrebungen im Russland Putins und deren Schwierigkeiten, sich zu artikulieren.

Der Sonntagvormittag, 21.4.2024 war der Vereinsangelegenheiten gewidmet wie den Berichten des Vorstands und der Redaktion, dem Finanzbericht, der Kassenprüfung und der Entlastung des Vorstands.

Dazu gehörte dann auch die Wahl des Vorstands des Vereins sowie des Präsidiums der Jahrestagung. Bei beiden Gremien stellten der sich alle bisherigen Mitglieder zur Wahl und wurden einstimmig gewählt wurden.

Die Einnahmen im ideellen Bereich und im wirtschaftlichen Betrieb lagen leicht über dem Plan 2023. Die Beitragszahlungen sind weniger stark zurückgegangen als erwartet. Die Löschung des GNN-Verlags erfolgte zum 31.1.2023.

Die Vereinsmitglieder billigen den Kassenbericht 2023 und den Haushaltsplan 2024 einstimmig.

Die Mitgliederversammlung beschloss sodann über die Beauftragungen für die Herausgeberschaft und Redaktion der Politischen Berichte.

Alle Personalentscheidungen wurden in großer Einmütigkeit gefasst. Die Ergebnisse sind dem Impressum der Politischen Berichte zu entnehmen.

Die Redakteurinnen und Redakteure der Politischen Berichte werden von den Vereinsmitgliedern einstimmig bestätigt bzw. beauftragt.

Abschließend wurden u.a. folgende Beschlüsse zur Organisation der Arbeit der Redaktion gefasst:

- Beschluss zur Fortführung des Online-Archivs, Bildung einer Arbeitsgruppe IT-Dokumentation und IT-Ausgabe der Politischen Berichte.
- Beschluss, die Dokumentation der vom Verein geförderten Publikationen in den beschriebenen Formen fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
- Beschluss, die IT-Ausgabe der Politischen Berichte (Fertigung und Verbreitung per Mail) fortzusetzen.
- Projekt „Rechte Provokationen – Demokratische Antworten“ der Politischen Berichte – Diskussion und Beschluss:

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Demokratie durch rechte/autoritäre Kräfte, Nationalisten und Faschisten befindet die Mitgliederversammlung mehrheitlich, dass „rechte Provokationen“ die aktuelle Situation nicht mehr angemessen beschreibt. Nach längerer Diskussion wird diese Rubrik in „Demokratie verteidigen“ umbenannt.

Die Gliederung Politische Berichte wird entsprechend der letzten Änderungen – siehe Ausgabe 2/2024 – beibehalten und bestätigt.

Das Projekt „Solidarisches Europa“ wird als Kooperationsprojekt in Zusammenarbeit mit und unter Verantwortung der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“ weiter entwickelt.

Brigitte Wolf, Christoph Cornides

VEREIN für POLITISCHE BILDUNG, LINKE KRITIK und KOMMUNIKATION, Downloadlisten mit Dokumenten-Anzeige im Hauptfenster. **Vorgesehen für große Bildschirme;** es wirken Ihre Browsereinstellungn.

Download-(PDF): ► DL Politische Berichte ► DL ArGe-RS ► DL Verein: Erg. u. Mat ► DL Kalenderblätter (Koop) ► DL Solidarisches Europa (Koop.)

www.linkekritik.de/index.php?id=5289

Ankündigung ArGe Sommerschule 2024 in Erfurt

Arbeitsgemeinschaft bei der Linken Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung.
ArGe-Sommerschule: 8. August, 14 Uhr, bis 10. August, 16 Uhr, Erfurt.
ArGe-Mitgliederversammlung: 10. August.

Programm (Vorschlag. Abschließende Planung siehe unten)

1. Donnerstagnachmittag/ Freitagvormittag: **Solidarisches Europa – Demokratie verteidigen**
   • Die Lage nach den Europawahlen. Verbindung zur Zivilgesellschaft stärken, Kritikfähigkeit gegen Rechts weiter entwickeln.
   • Auseinandersetzung mit Buch von Maximilian Krah (AfD) „Politik von rechts. Ein Manifest“. Rechte Mobilisierung und Demokratieverständnis
2. Freitagnachmittag / -abend : **Israel – Palästina: zwei Staaten. Ohne Anerkennung keine Staatenbildung.**
   • Alternativen zur Hamas
   • Alternativen zur Siedlungspolitik
   Anknüpfungspunkte für Standpunkte und Partner
3. Samstag: **Ukraine und slawischer Osten. Russkij mir („russische Welt“), geopolitisches Staatskonzept der Russischen Föderation und innerrussische Opposition.** Möglichkeit der Bildung eines Arbeitskreises „Östliches Europa“
4. ArGe MV

Wir tagen in der JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die Kosten für Ü/F betragen ca. 38 Euro pro Tag und Person. Vom Hauptbahnhof Linie 6 bis Endstation Steigerstr. (6 Min.).

ANMELDUNGEN BIS 10. JULI bei eva.detscher@web.de oder telefonisch +49 171 9973221.Wir haben den Tagungsort vorreserviert und sollten bis Mitte Juli genaue Teilnehmerzahl benennen können.

* **Abschließende Planung / Kursvorbereitung.** Wer sich an der abschließenden Planung bzw. der Kursvorbereitung beteiligen möchte (Zoom-Besprechung, Termin voraussichtlich Sonntag, 30 Juni, 10 Uhr), bitte bald bei Michael Juretzek, Sprecher der Arge, anmelden michael.juretzek@nord-com.net

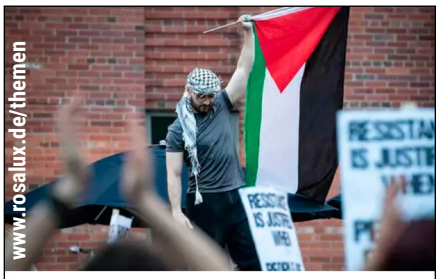
NEU: „Kunst in Zeiten der Barbarei – Versuche“ – Diskussionsbeiträge

In den PB 5/2023 (s. 32) wiesen wir auf das unter dem Titel „Kunst in Zeiten der Barbarei – Versuche“ neu erschienene Buch von Günter Wangerin hin.
Nr. 44 der Studienreihe „Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik“* dokumentiert Diskussionen, die sich an diese Publikation angeschlossen haben.
20 Seiten A 4, über 20 Abbildungen. Link zum PDF siehe unten.

Inhalt:

02 Kunst in Zeiten der Barbarei – Versuche. Überlegungen zu einem Buch über das Lebenswerk des Künstlers Günter Wangerin. Hans Waschkau
02 Die Welt ist nicht in Ordnung. Günter Wangerin macht Kunst gegen antidemokratische und menschenfeindliche Bestrebungen. Christof Meueler
04 Kann Barbarei mit Hilfe von Bildender Kunst bekämpft werden? Hans Waschkau
08 ZÄHL MICH FÜR ZWEI! (2008). Bildermacher: ALASKA BASILIUS BRITT JEDLITSCHKA (alias Stefan Britt)
10 Brecht und die Frage der Barbarei. Günter Wangerin (Januar 2024)
12 „Kunstkritik“ der bayrischen Polizei. Walburga Rempe
13 Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt. Gabriele Heinecke, Dezember 2023
16 Die Freiheit der Kunst – ein Zielwert linker Politik. Martin Fochler
18 Stellungnahme der UNESCO zu „Künstlerische Freiheit“ Dokumentiert (gekürzt)
20 Hinweise zu Publikationen sowie zu Webseiten von Günter Wangerin bzw. Hans Waschkau

Direktlink: www.flink-m.de/fileadmin/sr/2024-04-sr-044-kunst-in-zeiten-der-barbarei.pdf
* Die „Studienreihe“ wird seit 2006 vom *Forum Linke Kommunalpolitik München e.V.* unterstützt vom Kurt-Eisner-Verein (rls-Bayern) herausgegeben. **Sämtliche Ausgaben** stehen unter der Adresse **www.flink-m.de/640.0.html** zur Ansicht bzw. zum Download zur Verfügung.



ANALYSE | 08.05.2024

Was ist los an den Universitäten in den USA?

Der Streit um die Proteste gegen den Gaza-Krieg

Stefan Liebich. Der Autor leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York City.*

In den USA reißen die Proteste gegen den Krieg, den Israel im Gazastreifen gegen die Hamas führt, nicht ab. Im Gegenteil: Seit Wochen wenden sich insbesondere Studierende gegen die Unterstützung der israelischen Kriegführung durch die US-Regierung, aber auch gegen die Verwendung ihrer Studiengebühren zur indirekten Finanzierung des Krieges. Derzeit kommen täglich, insbesondere an den Hochschulen, neue Aktionen hinzu.

Mit ihrem Protest macht die Protestbewegung weltweit Schlagzeilen. Wie darüber berichtet wird, ist allerdings bereits Teil der Auseinandersetzung. In den USA selbst wird den Leser*innen der „New York Times“ beispielsweise eine völlig andere Realität präsentiert als den Zuschauer*innen von Fox News.

Für das nicht sonderlich um Fakten bemühte deutsche Boulevard-Blatt „Bild“ ist der Sachverhalt klar: „Anti-Israel-Demos in den USA eskalieren komplett, Judenhasser-Studenten stürmen Elite-Uni“. Glaubt man dem Axel-Springer-Verlag, sind die Universitäten im Land inzwischen vollständig in den Händen der Hamas.

Tatsächlich ließ der New Yorker Bürgermeister, Eric Adams, Anfang Mai ein besetztes Gebäude der Columbia University gewaltsam räumen. Zeitgleich wurde in Los Angeles das Palästina-Solidaritätscamp an der UCLA von Dutzenden maskierten Männern mit roher Gewalt überfallen, während die Polizei zusah (später räumte sie das Camp). Im „Deutschlandfunk“ hörte ich dann zu meinem Erstaunen am nächsten Morgen: „An der University of California in Los Angeles kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen. Laut CNN sind dabei

rivalisierende Protestgruppen aneinandergeraten. Anhänger beider Seiten gingen mit Stöcken aufeinander los.“ Das aber entsprach keineswegs den – leicht nachprüfbaren – Fakten.

Die Tradition studentischen Protests

Was ist also wirklich los? In den USA haben Studierendenproteste eine lange Tradition. Viele junge Leute kämpften gegen die Apartheidpolitik in Südafrika, unterstützten die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung oder protestierten gegen den Vietnamkrieg. Bei letzterem wurden 1968 ebenfalls Gebäude der Columbia University besetzt, und auch damals räumte die New Yorker Polizei.

Die Kernforderung der Studierenden war damals wie heute dieselbe: nämlich, dass sich die Universität aus der Finanzierung des Krieges zurückzieht. Hier es gibt einen wichtigen Unterschied zu Hochschulen in Deutschland. Denn die Studierenden in den USA finanzieren die Bildungseinrichtungen, die zugleich milliardenschwere Wirtschaftsunternehmen sind, mit ihren horrenden Studiengebühren zum großen Teil selbst. Die Columbia University meldete unlängst ein Vermögen von 13,6 Milliarden US-Dollar – das ist zehn Mal so viel wie das Jahresbudget der Humboldt-Universität und der Freien Universität in Berlin zusammen. Und diese Unsummen werden gewinnbringend angelegt, auch im Ausland und auch bei Rüstungsunternehmen.

Die aktuelle Hauptforderung der Studierenden in den USA ist deshalb, dass ihre Studiengebühren nicht im Gaza-Krieg verwendet werden. „Es ist so schwer, hier zu sein und zu wissen, dass die Studiengebühren, die ich bezahle, zur Finanzierung des Genozids in Gaza verwendet werden. Ich habe das ganze Jahr über aus Solidarität an Märschen und Protesten teilgenommen“, sagt eine Studierende der Columbia University.

Aber es gibt auch andere Stimmen. „Viele israelfreundliche Studenten berichteten, dass sie sich nicht willkommen fühlten, und organisierten ihre eigenen Gegenproteste auf dem Campus und in der Umgebung“, berichtet das Team vom „Columbia Daily Spectator“, einer Zeitung von Studierenden der Universität.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war kürzlich bei der New School, einer weiteren New Yorker Hochschule, zu Gast, unsere Kollegin Mariana Fernández berichtete im Anschluss: „Die Konferenz fand vor dem Hintergrund der anhaltenden Studierendenproteste auf dem Universitätsgelände der Stadt statt. Zwei Podiumsdiskussionen, eine zum Thema Ökologie und eine weitere zum Thema Palästina/Israel, wurden vom Konferenzraum ins Gaza-Solidaritätscamp verlegt. Im Vordergrund der Forderungen der Studierenden stand der Abzug von kriegs- und waffenbezogenen Geldern.“

Der politische Streit über die Proteste

Auch wenn Außenpolitik in den USA traditionell eine geringere Rolle spielt als in Deutschland, sind der Krieg in Gaza und die Proteste dagegen inzwischen zum Gegenstand erregter politischer Auseinandersetzungen avanciert. Die Demokratische Partei ist in dieser Frage zerrissen. Auf der linken Seite gibt es große Solidarität mit den Protestierenden. So kritisierte etwa die New Yorker Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez den Polizeieinsatz an der Columbia University mit deutlichen Worten. Demgegenüber warnte der zunehmend unter Druck geratene US-Präsident Joe Biden, dass es nicht zu Unruhen kommen dürfe.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, in der Republikanischen Partei, sieht man die Proteste hingegen als eine willkommene Gelegenheit, von den Strafprozessen gegen ihren Präsidentschaftskandidaten abzulenken. Donald Trump selbst lobte das Vorgehen der Polizei in New York und Los Angeles und fügte hinzu: „Das sind linksradikale Verrückte, und sie müssen jetzt gestoppt werden, denn es wird immer weitergehen und immer schlimmer werden. Sie übernehmen Länder. Wir werden nicht zulassen, dass sie die USA übernehmen. Wir werden nicht zulassen, dass die linksradikalen Idioten dieses Land übernehmen.“

Aber warum spielen die Konflikte zwischen Israel und seinen Nachbarn in den USA eine derart herausgehobene Rolle? Zum einen liegt dies daran, dass die USA – politisch, finanziell und militärisch – der größte Unterstützer Israels sind. Zum anderen hängt dies mit der demographischen Komposition der Bevölkerung zusammen. In den USA leben fast genauso viele Jüdinnen und Juden wie in Israel selbst. Zugleich gibt inzwischen auch eine große Community von Amerikaner*innen, deren Familien aus arabischen Ländern eingewandert sind.

Dabei muss man aber unbedingt differenzieren, denn die Diversität ist auch innerhalb dieser Gruppen groß. So ist die jüdische Gemeinde in den USA über das Vorgehen Israels seit langem geteilter Meinung; an den propalästinensischen Campus-Protesten beteiligen sich auch viele Jüdinnen und Juden. Derzeit halten 42 Prozent der unter 35-jährigen US-amerikanischen Jüdinnen und Juden die Art und Weise, wie Israel auf die Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 reagiert, für „inakzeptabel“.

Das bedeutet aber natürlich nicht, dass es Antisemitismus in den USA oder an US-amerikanischen Universitäten nicht gebe. Er hat in den letzten Jahren sogar eher zugenommen.

Doch der Einschätzung des israelischen Ministerpräsidenten, Benjamin Netanjahu, der die Proteste in den USA pauschal als antisemitisch verurteilt hatte, entgegnete der linke Senator Bernie Sanders aus Vermont, dessen gesamte Familie väterlicherseits im Holocaust getötet wurde: „Herr Netanjahu, Antisemitismus ist eine abscheuliche und ekelhafte Form der Bigotterie, die vielen Millionen Menschen unaussprechliches Leid zugefügt hat. Aber beleidigen Sie bitte nicht die Intelligenz des amerikanischen Volkes, indem Sie versuchen, uns von der unmoralischen und illegalen Kriegspolitik Ihrer extremistischen und rassistischen Regierung abzulenken.“

Gehört werden aber auch die arabischen Stimmen. Die Proteste, die in ihrer Mitte begannen, motivieren inzwischen viele, insbesondere junge, progressive und schwarze Wähler*innen, zum Protest gegen die Biden-Regierung. Deren Unterstützung aber benötigt der Präsident dringend für seine Wiederwahl. Bei den Vorwahlen der Partei gibt es Kampagnen, mit dem Stimmzettel gegen die Unterstützung Israels durch Biden zu protestieren. Bis jetzt haben dort, wie John Nichols in der Wochenzeitung „The Nation“ berichtet, bereits mehr als eine halbe Million Amerikaner*innen Biden ihre Stimme verweigert (sie nutzten dafür die Optionen „Uncommitted“, „Uninstructed“ oder „No Preference“). Sie wollen dem Präsidenten auf diese Weise die Botschaft senden, dass das Töten in Gaza unverzüglich beendet werden müsse. Angefangen hatte diese Kampagne im Bundesstaat Michigan, wo Mitte Februar über 100 000 Wähler*innen die „Uncommitted“-Option auf dem Vorwahlzettel für ihren Protest nutzten.

Da für die Präsidentschaftswahl im November mit einem knappen Ausgang zu rechnen ist, stellt der Gaza-Krieg eine Herausforderung für die Demokraten dar. Sollte nicht bald ein Waffenstillstand beschlossen und eingehalten werden, könnte er möglicherweise gar über die Besetzung des Weißen Hauses (mit) entscheiden.

Fest steht aber bereits jetzt: Die lange Geschichte der US-Studierendenproteste ist um ein Kapitel erweitert worden.

* Unter **www.rosalux.de/themen** liefern die Autorinnen und Autoren aus dem Stiftungsverbund laufend Hintergrundinformationen zu aktuellen Fragestellungen. Herzlichen Dank an Alle für die solide Arbeit. Der hier nachgedruckte Text ist im Web mit vielen Querverweisen unterlegt; aufzurufen unter der Adresse **www.rosalux.de/news/id/52017/was-ist-los-an-den-universitaeten-in-den-usa**

Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen Red. Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Unsere Rubriküberschrift „Rechte Provokationen – demokratische Antworten" haben wir ersetzt durch das aktuell dringend Erforderliche, nämlich: „Demokratie verteidigen". Red.

Höcke-Urteil: Auftrag an Politik.

Rosemarie Steffens. Zum Urteil des Landgerichts Halle gegen B. Höcke (AfD) erklärt die Co-Vorsitzende der Partei Die Linke Thüringen, Ulrike Grosse-Röthig: „Das war ein juristischer Doppelwumms: am 14.5.24 die Geldstrafe gegen Höcke in Halle, am 13.5. das eindeutige Urteil gegen seine Partei in Münster. Die AfD ist eine rechtsextreme Partei. Gerade hier in Thüringen – im Schatten von Buchenwald und Mittelbau Dora – wissen wir um die Folgen dieser menschenverachtenden Ideologie, die im industriell organisierten Massenmord, in millionenfacher Vernichtung und Folter von Menschen in den Konzentrationslagern endete. Es ist unsere Pflicht, diese Taten nie zu vergessen, an die Opfer zu erinnern und vor allem dafür zu sorgen, dass der faschistische Griff nach der Macht nie wieder erfolgreich sein kann. Begonnen hatte der Aufstieg dieser Ideologie bereits in den Jahren zuvor, 100 Jahre nachdem Konservative mit völkischen Kräften nach Mehrheiten suchten. Die AfD verklärt den Faschismus, verwendet dessen Worte, deutet Geschichte um und bedroht unsere Gesellschaft. Wir brauchen endlich klare Schritte gegen die Partei: Beamte mit AfD-Parteibuch bieten keine Garantie dafür, unser Grundgesetz zu verteidigen. Sie müssen aus Polizei und Justiz raus! Und wir brauchen eine rasche Prüfung, ob genügend Beweise für die Gefährdung unserer Demokratie durch die Höcke-Partei vorliegen, die ein Verbot rechtfertigen. Bieten wir der Partei keine Podien mehr und geben ihr keine Öffentlichkeit mehr für Hetze und Demokratiefeindschaft. Die Urteile sind Aufträge an Politik und Gesellschaft zum Republik-Schutz!" die-linke-Thueringen.de

Gegen den AfD-Bundesparteitag am 28./29. Juni in Essen.

Bündnisaufruf. Das Bündnis „Gesicht zeigen gegen Hass und Hetze – Essen stellt sich quer" ruft auf, ein klares Zeichen gegen die AfD zu setzen. Aus dem Aufruf: „Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Queer-Feindlichkeit sowie andere Arten der Diskriminierung sind international auf dem Vormarsch. In Deutschland verschiebt die AfD die Grenzen des Sagbaren und politisch Machbaren immer weiter nach rechts. Jahrelang wurde die AfD verharmlost und konnte sich dadurch im öffentlichen Raum etablieren. Bei den Personalabstimmungen auf ihrem Parteitag in Essen planen Höcke & Co. nun den nächsten Schritt zur innerparteilichen Machtübernahme. Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte besteht mit der AfD die Gefahr der dauerhaften Etablierung einer faschistischen Massenpartei. Mit ihrem Parteitag in Essen will die AfD für drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September dieses Jahres Anlauf nehmen. … die Partei (rechnet sich, rst) mit ihren jeweils rechtsextremen Kandidat*innen gute Chancen auf Zugewinne aus. Ein starker Protest gegen den Bundesparteitag in Essen ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag der Solidarität mit allen, die sich in diesen drei Bundesländern der AfD entgegenstellen. Dass die AfD ihren Bundesparteitag ausgerechnet im Ruhrgebiet plant, ist eine Kampfansage an eine Region, die seit über 200 Jahren von Migration geprägt ist. Wir werden weiterhin Menschen, die vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Not flüchten, mit offenen Armen empfangen, denn Asyl ist Menschenrecht. … Wir erinnern an die Verbrechen des NS-Regimes und werden das Gedenken an dessen Opfer aufrechterhalten. Schließt euch den Protesten an und geht am letzten Juni-Wochenende mit uns auf die Straße! – Gegen die AfD und für ein gutes Leben für alle Menschen!

Gesicht zeigen gegen Hass und Hetze – Essen stellt sich quer

Bündnis Frankfurt solidarisch – Zivilgesellschaft gegen den Rechtsruck.

DieterBahndorf,VVN-BdAFfM.DasBündnis hatte am 23./24.3. zu einer „Strategiekonferenz Rhein-Main: Demokratie verteidigen!" an den Beruflichen Schulen Berta Jourdan eingeladen. Nach dem Schock des Ergebnisses der hessischen Landtagswahl vom Oktober 2023 herrschte in großen Teilen der Frankfurter Zivilgesellschaft Ratlosigkeit, und viele stellten sich die Fragen, „was haben wir falsch gemacht, was kann man besser machen?" Nach einem ersten Treffen Ende 2023 mit 40 Teilnehmenden verschiedenster Organisationen, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen verständigte man sich auf die Planung und Durchführung einer Konferenz, in der Gründe für den Wahlerfolg der AfD und Strategien gegen Rechts diskutiert werden sollten.

Mit mehr als 150 Teilnehmenden fanden 25 Workshops statt, geleitet von qualifizierten Referent*innen. Ein Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Analyse der Methoden der AfD und der rechten Influencer in den sozialen Medien. Mehrere Aktive fanden sich zusammen, die gemeinsam in den sozialen Medien und insbesondere auf Tiktok eigene Kanäle mit antifaschistischen Inhalten betreiben wollen.

In Best-practice-Beispielen wurde geschildert, wie z.B. die lokale Initiative „Demokratiekreis Riederwald" die Etablierung eines Stützpunktes der Reichsbürger verhindern konnte oder wie das Frankfurter Koalakollektiv die erste große Demonstration in Frankfurt nach den correctiv Enthüllungen des Treffens in Potsdam organisiert hatte und sie schließlich nach eigenen Auswertungen, insbesondere der eigenen Luftaufnahmen, von ca 60 000 Teilnehmenden an der Kundgebung am 26.1. ausgingen.

Die Ergebnisse und Präsentationen aus den Workshops können auf https://my.hidrive.com/share/l.dfeuzaw5#$/ abgerufen werden.

Zusätzlich zu der stattgefundenen Vernetzung der unterschiedlichsten Personen wie z.B. Sportler der Eintracht Frankfurt, Schüler*innen Frankfurter Schulen, Omas gegen Rechts, Gewerkschafter*innen, Menschen aus Religionsgemeinschaften, VVN-BdA und AgR und vielen weiteren Menschen aus der Frankfurt Zivilgesellschaft ist eine Verstetigung der Zusammenarbeit angedacht. Eine weitere Konferenz mit ähnlicher Thematik ist im Herbst dieses Jahres, jedoch diesmal seitens der Frankfurter Hochschulen geplant.

DFB und DOSB gegen Beleidigungen von Sportlern im Netz.

Rosemarie Steffens. Gegen Internetkriminalität gegen Aktive im Sport wollen die Deutschen Sportverbände Deutscher Fußballbund und Deutscher Olympischer Sportbund vorgehen. „Wir werden unsere Sportlerinnen und Sportler schützen, nicht nur, aber gerade während der Sportgroßveranstaltungen, bei denen sie besonders im Fokus stehen", sagte DOSB-Präsident T. Weikert mit Blick auf die Fußball-EM und die Olympischen Spiele im Sommer. Um Hasskommentare festzustellen, soll die Künstliche Intelligenz (KI) bei Olympia in Paris eine wichtige Rolle spielen. Angriffe gegen Social-Media-Kanäle der Athletinnen und Athleten sollen so bereits vor Veröffentlichung herausgefiltert werden und die Möglichkeit bieten, gezielt Anzeige zu erstatten. Dabei soll eng mit den Strafverfolgungsbehörden kooperiert werden, damit konsequent Strafanzeigen erfolgen, wenn gewalttätige, rassistische oder diskriminierende Sprache verwendet wird. Migazin, 14.5.24

Buchvorstellung: Hendrik Cremer, wie gefährlich die AfD wirklich ist

Christoph Cornides, Mannheim

Hendrik Cremer arbeitet am Deutschen Institut für Menschenrechte. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Rassismus und Rechtsextremismus. Er ist Autor wissenschaftlicher Publikationen und war wiederholt im Bundestag und in Landtagen als Sachverständiger geladen. (Aus dem Klappentext)
In dritter Auflage ist zu Beginn dieses Jahres sein Buch erschienen: „Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen. Wie gefährlich die AfD wirklich ist." (3. Auflage, Berlin 2024)

Cremers Buch ist deshalb wichtig, weil es den Fokus der politischen Auseinandersetzung auf das Programm der AfD und die Organisationsziele der Partei und ihres Personals setzt.

Ausgangspunkte der Darstellung sind insbesondere folgende Feststellungen und Thesen Cremers:

„Seit 2014 ist in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine Partei in die Parlamente eingezogen, die die freiheitliche rechtsstaatlich Demokratie beseitigen will: Die ‚Alternative für Deutschland', kurz AfD. Diese Partei hat sich seit ihrer Gründung 2013 fortschreitend radikalisiert, und ein Ende dieses Radikalisierungsprozesses ist nicht abzusehen. Schon jetzt weist die AfD in Ihrer Programmatik klar erkennbare Parallelen zur nationalsozialistischen Ideologie auf.

Im öffentlichen Diskurs über die AfD wird der fortgeschrittene Prozess ihrer Radikalisierung allerdings nicht ausreichend abgebildet. Die Partei wird verharmlost, indem sie als rechtspopulistisch bezeichnet wird. Dabei hat sie sich längst zu einer national-völkischen und damit rechtsextremen Partei entwickelt." (Aus der Einleitung „Nie wieder?")

Das Programm der AfD ist im Kern ein Programm des völkischen Nationalismus, so Cremers Argumentation, da es von der Nation als Volksgemeinschaft ausgeht und insofern von Anfang an gegen die individuellen Menschenrechte und also damit auch gegen die Verfassung der parlamentarischen Demokratie gerichtet ist. Es zielt auf deren Zerstörung auch mit Gewalt. Die AfD, ihr Programm und ihre Politik, hat sich also nicht erst dahin entwickelt, wo diese Partei heute steht, sondern war programmatisch von Anfang an danach ausgerichtet. Nur die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Flügeln, haben sich geändert. (Das bestätigte ex post der ausgeschlossene ehemalige AfD-Vorsitzende Meuthen beim letzten Sommerinterview mit dem ZDF. Der „nichtvölkische" Flügel sei in der AfD marginalisiert.)

Der völkische Nationalismus der AfD zielt direkt auf die Zerstörung der individuellen Menschenrechte. Also muss die Verteidigung der Menschenrechte, wie sie auch in den Grundrechten des Grundgesetzes niedergelegt sind, und der parlamentarischen Demokratie den Ausgangspunkt für die Kritik der AfD bilden.

Die Abgrenzung von und Isolierung der Positionen der AfD muss mit der Kritik ihrer programmatischen Grundpositionen beginnen.

Gegen die Menschenrechte und die Verfassung steht in der Programmatik der AfD die Figur der „Volksnation". Nation als Ausgangsposition zu Gesellschaft, wird bei der AfD definiert als „kulturell" begründete, völkische übergeordnete Subjekt-Nation, deren Bestandteile auch menschliche Individuen sind. Diese Individuen, die Menschen, beziehen aber ihre politische und gesellschaftliche Existenzberechtigung nur aus der völkisch definierten Nation. – Hier lokalisiert Cremer den Grundkonflikt zwischen AfD und parlamentarischer Demokratie bzw. AfD und Verfassung/Grundgesetz. Die Existenzauslöschung von Menschen beginne gewissermaßen mit der Begriffsauslöschung des individuellen Menschen im Programm der AfD.

Da Einzelpositionen und politisches Handeln der AfD zu diesem oder jenem ihren programmatischen Zielen folgen, greife eine Kritik von Einzelpositionen zu kurz, wenn es nicht gelingt, darüber ihre programmatischen Ziele zu kritisieren.

Die Argumentation Cremers, stichpunktartig wiedergegeben, ist also;

Die AfD ist eine Partei des völkischen Nationalismus. Sie zielt auf Zerstörung der parlamentarischen Demokratie und kämpft gegen die Menschenrechte.

Die über die „kulturelle" Gemeinschaft begründete deutsch-national-völkische homogenisierte Volksgemeinschaft ist dagegen in Programm und Politik der AfD scharf gegen alles „Andere", nicht-wirklich-deutsche, nicht volksgemeinschaftliche abzugrenzen und abzusetzen.

Diese Abgrenzung und Absetzung gegen „das Andere" kann und muss auch zum geeigneten Zeitpunkt mit Gewalt verfolgt werden (siehe Höckes „wohltemperierte Grausamkeit").

Es kommt also auf die Aufklärung über und politische Isolierung der AfD an.

Statt Abgrenzung und Kampf gegen die AfD und gegen ihre programmatischen Ziele, findet aber systematische Verharmlosung durch Parteien und Institutionen statt.

Dass die AfD nicht verboten ist, wird ebenfalls zu einer neuen Legitimation. („Was demokratisch gewählt ist, kann ja wohl nur „demokratisch" sein). Hier aber sei, so Cremer, die Zivilgesellschaft gefordert. Nur aus ihr heraus können sich Normen gegen Rechts und gegen völkischen Nationalismus entwickeln bzw. wieder zurückgewonnen werden.

Die Argumentation Cremers könnte auch – verkürzt – lediglich als Ruf nach dem Verbot der AfD verstanden werden. Das ist aber nicht Thema dieses Buches (obwohl Cremer in anderen Veröffentlichungen Gründe für ein Verbot darlegt).

Neben der Aufforderung zur besseren Kritik von Zielen und Programm der AfD betont Cremer das Gemeinsame und das fortschrittlich von der AfD Trennende für Viele im Kampf gegen völkischen Nationalismus: die Verteidigung der individuellen Menschenrechte.

* Inhalt (Kapitelüberschriften)
S. 9: Nie wieder? • S. 19: **1.** Was heißt »rechtsextrem«? • S. 41: **2.** Was die AfD will: Eine »homogene Volksgemeinschaft« • S. 77: **3.** Wie sich die AfD einen »Führer« schafft • S. 103: **4.** Wie die AfD vorgeht: Strategien, Taktiken, Schachzüge • S. 134: **5.** Wie wir Öl ins Feuer der AfD gießen • S. 155: **6.** Klarheit schaffen: Empfehlungen für die Thematisierung und den Umgang mit der AfD • S. 177: **7.** Die Lage ist ernst • S. 185: Anmerkungen

*Abb. u. Kapitelüberschriften siehe Piper, „Blick ins Buch", Druckausgabe: Hardcover (22,00 €), E-Book (21,99 €)
www.piper.de/buecher/je-laenger-wir-schweigen-desto-mehr-mut-werden-wir-brauchen-isbn-978-3-8270-1508-2

Viele Gründe, wählen zu gehen

Christiane Schneider, Hamburg

Das Bündnis „Klare Kante gegen Rechts" in Hamburg hat Menschen gefragt, warum es für sie wichtig ist, am 9. Juni zur Wahl zu gehen. Hier ein Auszug:

• Ich bin seit acht Monaten Deutscher. Das ist die erste freie Wahl in meinem Leben. Ich will, dass das so bleibt. *Said*

• Die AfD ist eine Gefahr für Leib und Leben aller, die nicht in ihre Volksgemeinschafts-Ideologie passen. Ich will nicht, dass sich die Geschichte wiederholt. Deshalb fordere ich das Verbot der AfD. Und deshalb gehe ich am 9. Juni zur Wahl: mit meiner Stimme gegen Nazis und Rassisten! *Conny Kerth, Vorsitzende der VVN/BdA*

• Als Straßensozialarbeiter kämpfe ich für die Rechte obdachloser Menschen, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung! Immer häufiger werden wohnungslose Menschen Opfer rechter Gewalt. Feindseligkeiten und Ressentiments reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Solidarität statt Spaltung! Deswegen gehe ich zur Wahl. *Johan Graßhoff*

• Für mich als Gewerkschafterin ist die Mitbestimmung das A&O unserer Demokratie. Als Gewerkschaften verteidigen wir die Demokratie – in den Betrieben, an den Werkbänken und Schreibtischen, auf der Straße. Mit den Betriebs- und Personalräten gestalten wir Demokratie vor Ort. Im Wahljahr 2024 kommt es auf uns alle an. *Tanja Chawla, DGB-Vorsitzende HH*

• Ich gehe wählen, weil ich den Kräften, die die Idee eines gemeinsamen Europas in Demokratie und Freiheit und Wahrung der Menschenrechte mit Füßen treten, nicht das Feld überlasse. *Elisabeth Draeger, Aufstehen gegen Rassismus*

• Antimuslimischer Rassismus stellt eine Bedrohung für gesellschaftliche Stabilität und sozialen Frieden dar. Antirassist*in zu sein bedeutet, sich gegen Rassismus einzusetzen – strukturell, institutionell, individuell. Es ist wichtig, zur Wahl zu gehen und Verantwortung zu übernehmen für Gegenwart und Zukunft. *Özlem Nas, stellv. SCHURA Vorsitzende*

• Ich gehe wählen, um meine Stimme gegen Autokratie, Demagogie, Populismus und Faschismus einzusetzen. *Rocko Schamoni*

• Als bei einer Stolperstein-Verlegung in der Weidenallee ein Nachbar provokativ auf den Gehweg spuckte, merkte ich, wie sich das Klima nach rechts gedreht hat. Auch deswegen gehe ich zur Wahl. *Holger*

• Ich gehe wählen, weil ich auf dem Weg in meine Heimat Rumänien die Grenzen weiterhin ohne Angst und Zittern passieren will. *Frieder, 80 Jahre, Jurist*

• Völkische Ideen, Nationalismus, Rassismus – das ist der Weg in Barbarei und Entmenschlichung. Ich gehe wählen, um mit meiner Stimme dagegenzuhalten. *Goetz Steeger, Autor, Musiker*

• Ich gehe immer wählen, aber diesmal vor allem, weil meine Stimme eine wichtige Stimme gegen die AfD ist. *Klaus Täger, evangelischer Pastor in Hamburg*

• Ich gehe wählen, weil ich Europäer bin und wir Europa nicht denen überlassen dürfen, die es abschaffen wollen. Bei allen Fehlern im System, Europa ist eine gute Idee, zurück zum Nationalstaat kann nicht der Weg sein. Wenn mir das Essen im Restaurant nicht schmeckt, zünde ich auch nicht den Laden an! *Tobias Unterberg, Cellist, Komponist, Europäer*

Mehrere Bündnisse, darunter „Klare Kante gegen Rechts", haben sich zusammengeschlossen für eine Großkundgebung am 7. Juni. Bild: DGB Hamburg

• Ich gehe wählen, weil ich keine Lust auf Arschlöcher habe. Weil mir Europa nicht egal ist. Weil alles andere nicht besonders schlau wäre. Damit Europa ein friedlicher Ort ist. *(Name bekannt)*

• Ich gehe wählen, weil: für mich es wichtig ist, in einen Diskurs eingeschlossen zu werden, wo es um uns und unsere Bedürfnisse geht; ich eine Politik fordere, die unsere Werte ebenfalls schützt; – Solidarität für mich lebendige Auseinandersetzung auf Augenhöhe ist! *Ibrahim Arslan, Opfer und Überlebender der rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992.*

hamburg.klare-kante-gegen-rechts.eu

Diakonie und Rechtsextreme

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Dass Kirche und Diakonie zu Verbündeten im Kampf für die Demokratie gehören, daran wollte Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch im Interview mit dem „Hamburger Abendblatt" (30. April 2024) keinen Zweifel lassen. Dagegen hatten sich Rechtsextreme verwahrt: Soziale Organisationen müssten sich politisch neutral verhalten, wenn sie öffentliche Fördergelder erhalten wollten und dürften sich so nicht äußern. Darauf reagierte der Diakoniepräsident in einem weiteren Interview in der Mai-Ausgabe von „ZeitZeichen". Die Rechten wollten auf diese Weise nur Kritik an ihren rassistischen, antisemitischen, antimuslimischen, minderheitenfeindlichen und antidemokratischen Positionen und Äußerungen delegitimieren. Rüdiger Schuch: „Richtig ist, dass deutliche Kritik an solchen menschenverachtenden Positionen geradezu geboten ist. Wir verhalten uns gegenüber diesen Parolen nicht neutral", sagte er. Man müsse deutlich machen, „welche verheerenden Folgen ein weiterer Zugewinn an Einfluss und an politischer Macht der extremen Rechten für unser demokratisches Gemeinwesen hätte".

Nach diesen staatsrechtlichen Aussagen argumentierte Schuch vor allem auch theologisch: „Wenn … Menschenverachtung, Ausgrenzung und demokratieverachtende Positionen von Mitarbeitenden der Diakonie vertreten werden, steht das im Widerspruch zum christlichen Auftrag der Diakonie. Schon ganz am Anfang der biblischen Überlieferung wird erzählt, dass Gott die Menschen, jeden und jede, nach seinem Bild geschaffen hat. Darin gründet nach christlich-jüdischem Verständnis die Würde eines jeden Menschen. Unveräußerlich, aber verletzlich. Darum ist der Schutz für Menschen in besonders gefährdeten Situationen, der Fremden, der Witwen und Waisen, der Kranken oder der Armen ein zentraler Auftrag biblischer Gebote. Diese Gebote gipfeln im Liebesgebot, das Jesus im Markusevangelium aus der hebräischen Bibel zitiert: ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst' (3. Mose 19, 18)". Das sei das Zentrum christlich-jüdischer Ethik und der Grundimpuls allen diakonischen Handelns.

„Die Nächstenliebe macht keinen Unterschied bei Herkunft und Hautfarbe,

Geschlecht, Alter oder Religion. Dieses Fundament diakonischer Arbeit verbindet uns untereinander im Dienst für alle Menschen — und es ist verbindlich. Denn wer bei der Diakonie arbeitet, verpflichtet sich gegenüber dem Arbeitgeber auf die Achtung dieses Grundwertes, der sich in allen Leitbildern von Trägern und Verbänden wiederfindet. ... Dabei gilt die höchste Loyalität in der Diakonie den Menschen, die sich ihr anvertrauen."

So weit und so richtig. Das sah vor gut 90 Jahren noch ganz anders aus. Damals gehörten die Spitzenvertreter der Kirchen nicht zu Verteidigern der Demokratie und „Deutsche Christen" öffneten der Nazi-Ideologie die Kirchentüren. So klar solche Aussagen der Kirchen heute sind (vgl. PB 2/24, Seite 29), so kompliziert und hart werden kommende arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen innerhalb der Kirchen werden, wenn Beschäftigte sich in politisch rechter Weise outen. Im Jahr 2022 waren 125 594 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit in stationären Einrichtungen der Diakonie beschäftigt. So lange ein B. Höcke als Parteivorsitzender der AfD weiterhin verbeamteter Oberstudienrat sein kann (zurzeit beurlaubt als Landtagsabgeordneter in Thüringen), wird es in Kirche und Diakonie schwer werden, sich von ihren rechten Glaubensbrüdern und -schwestern arbeits- und beamtenrechtlich zu trennen.

Dazu zwei neue problematische Beispiele: Der wegen seiner AfD-Nähe suspendierte Pfarrer Martin Michaelis aus Sachsen-Anhalt hat die Anschuldigungen gegen sich zurückgewiesen. „Die Vorwürfe sind nicht substantiiert", sagte Michaelis dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hatte gegen Michaelis ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil der Pfarrer bei den Kommunalwahlen am 9. Juni als Parteiloser auf der AfD-Liste für den Stadtrat in Quedlinburg kandidieren will. Michaelis will nach eigenen Angaben trotz der kirchlichen Kritik an seiner Kandidatur festhalten. Die Auffassung seiner Kirchenleitung, dass die Ideologie des völkischen Nationalismus in der Programmatik der AfD mit christlichen Werten und seinem Amt als Pfarrer nicht vereinbar sei, habe er nicht zu vertreten.

Und: Frau Beatrix von Storch, MdB, schrieb am 2. Mai 2024 auf X: „Ich habe den Präsidenten der Diakonie, Rüdiger Schuch, angezeigt. Wegen Verstoß gegen 108 StGB: „Wählernötigung". „Wer sich für die AfD einsetzt muss gehen. Das ist EINDEUTIG nach 108 StGB strafbar. Bis zu 5 Jahre Knast! Er hat es sich verdient. #AfD #Wahlfreiheit #Demokratie". @Beatrix_vStorch"

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

Schwedendemokraten für „Swexit"

SCHWEDEN. „Indem wir nicht mehr in der Verfassung festschreiben, dass Schweden in der EU sein sollte, zeigen wir, dass Schweden flexibel ist und auf eigenen Füßen steht" erklärte der stellvertretende Vorsitzende der EKR-Fraktion Weimers (SD) die EU-Wahlstrategie. Die Mindestlohnrichtlinie bedrohe das schwedische Arbeitsmarktmodell und die EU schade der einheimischen Forstwirtschaft. Der von den SD tolerierten christliberalen Minderheitenregierung droht nach letzten Umfragen der Verlust ihrer EU-Abgeordneten durch Scheitern an der 4%-Hürde. euractiv.de 14.02/7.5.24

Koalition „Hoffnung, Mut und Stolz"

NIEDERLANDE. Am 16. Mai veröffentlichten die zukünftigen Koalitionäre aus Wilders PVV, der konservativ-liberalen VVD, der christlich-konservativen NSC und der Bürger-Bauern-Bewegung ihre Vereinbarung. Erste bekannte Ziele: • Anerkennungsquote bei Asylanträgen von 80% auf 40% reduzieren • Abkehr von Halbierung der Armutsquote, Quote soll nicht weiter steigen • Verkürzung des Arbeitslosengeldbezugs von 24 auf 18 Monate • 2 Milliarden Euro Steuerentlastung für mittlere Einkommen („hart arbeitende Niederländer") • Kinderbetreuung für Berufstätige „fast kostenlos" • Selbstbeteiligung bei medizinischer Versorgung schrittweise abschaffen • Studenten-Stipendien um über 30% kürzen • Tempolimit auf Autobahnen von 100 auf 130 erhöhen • Vier neue Kernkraftwerke • Gülledeckel aus EU-Nitratrichtlinie streichen • geringere Zahlungen an die EU • Einsparung bei Entwicklungshilfe um Milliarden Euro • Botschaftsverlegung nach Jerusalem. – Umsetzen soll das Programm ein Kabinett, das zu 50% aus parteilosen Experten besteht.

Handelsblad nrc.nl/nieuws, 16.5.24; stern.de 16.5.24

RAI: Streik gegen „erstickende Kontrolle"

ITALIEN. Am 29. April sollte der Schriftsteller A. Scurati seine Gedanken anläßlich des Jahrestages der Befreiung Italiens vom Faschismus im öffentlich-rechtlichen Fernsehen vortragen. Nach Einreichung seines Redemanuskripts kündigte die RAI-Leitung seinen Vertrag. Teile der Regierung könnten „sich von ihrer faschistischen Vergangenheit lossagen oder die Vergangenheit umschreiben". Da sie sich offensichtlich für Letzteres entschieden hätten, werde „das Gespenst des Faschismus weiterhin das Haus der italienischen Demokratie heimsuchen", hatte er geschrieben. Das Manuskript wurde trotzdem von einer Moderatorin verlesen. Am 6. Mai traten die Mitglieder der Journalisten-Gewerkschaft Usigrai gegen die „erstickende Kontrolle" durch die Regierung in den Streik. Die RAI-Journalistin Ranucci erinnerte an den Kommentar von Ministerpräsidentin Meloni zu einem kritischen Bericht über das Einwanderungsabkommen und die Flüchtlingszentren mit Albanien in ihrem Programm: Dieser Bericht sei „Lynchmord". Dazu kämen undurchsichtige Auswahlverfahren für Neueinstellungen, Kürzung der Gehälter und Beschneidung der Gewerkschaftsrechte. „Anstatt dem Geist des neuen Europäischen Mediengesetzes zu folgen, das die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa konsolidieren wird, betreibt die italienische Regierung eine politische Gefangennahme von RAI", erklärte Präsidentin der Europäischen Journalistenföderation M. Sever. Kurz vor dem Streik wurde die Pressefreiheit in Italien von Reporter ohne Grenzen in die Kategorie „problematisch" herabgestuft.

woz.ch 9.5.24; tvsvizzera.it 6.5.24; euractiv.de 7.5.24

„Netzkrieger" produzieren mit KI Feindbilder

SCHWEDEN. Eine Undercoverrecherche des TV-Senders TV4 in der Kommunikationsabteilung der Schwedendemokraten deckt ihre organisierte Desinformation auf. Die in der Partei „Netzkrieger" genannten Mitarbeiter erstellen mit Künstlicher Intelligenz Videos mit politischen Gegnern. In einem Film wird der sozialdemokratischen Vorsitzenden der Satz „Gemeinsam können wir Schweden zerstören. Wählen Sie Sozialdemokraten" in den Mund gelegt. Mit diesen Deep Fakes bearbeitet die Partei über hunderte anonymer Social-Media-Konten wie „Politisch Inkorrekt" oder „Weiße beleidigte Frauen" die digitalen Medien. Im gleichen Gebäude befindet sich das TV-Studio des mit der Partei zusammenarbeitenden YouTube-Kanal Riks.

infosperber.ch 9.5.24; faz.net 14.5.24;

Zemmours Reconquete zu EKR

FRANKREICH. Die französische Rechtspartei Reconquete („Rückeroberung") ist von der EU-Fraktion Identität und Demokratie zu den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) gewechselt. Spitzenkandidatin Marechal nannte EKR „unsere natürliche Familie" im Kampf gegen „illegale Einwanderung" und für das „Gleichgewicht zwischen Ökologie und wirtschaftlichen Bedürfnissen". Die mit der Forderung nach Ausweisung straffälliger eingewanderter Staatsbürger auftretende Partei strebt eine „Union der Rechten" unter Einschluss von der Leyens EVP an.

euractiv.de 8./9.2.24

EU-Bürgerinitiative My Voice – My Choice

Bewegung für sichere und legale Abtreibung schließt sich zusammen

Michael Juretzek, Bremen. Seit dem 24. April ist auf der offiziellen Internetseite der Europäischen Bürgerinitiative „citizens-initiative.europa.eu/de die Initiative „My Voice – My Choice“ (Meine Stimme – Meine Wahl) zu finden. In ihrem Aufruf heißt es:

„SEI EINE STIMME FÜR SICHERE UND ZUGÄNGLICHE ABTREIBUNGEN IN EUROPA“

„Mehr als 20 Millionen Frauen in der EU haben keinen Zugang zur sicheren Abtreibungsbehandlung. Das kann für Frauen nicht nur körperliche Schäden bedeuten, sondern auch eine große wirtschaftliche und psychische Belastung für sie und ihre Familien. Sie stehen oft am Rande der Gesellschaft und können sich das am wenigsten leisten.

Um dies zu ändern, haben wir eine Europäische Bürgerinitiative eingereicht, in der wir die EU auffordern, sichere und zugängliche Abtreibungen für alle zu gewährleisten. Wir fordern, dass die EU eine Gesetzgebung verabschiedet, die einen finanziellen Mechanismus schafft, mit dem die Mitgliedstaaten, die sich freiwillig dieser Politik anschließen, eine sichere Abtreibungsbehandlung für all jene gewährleisten können, die keinen Zugang dazu haben.“

www.myvoice-mychoice.org/de/our-demands

Seit 2012 können BürgerInnen der EU über eine Europäische Bürgerinitiative die EU-Kommission auffordern, einen Rechtsakt in ihrem Zuständigkeitsbereich vorzuschlagen. Dazu sind mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten nötig, die in jedem Staat einen bestimmten Schwellenwert erreichen müssen.

Neun Frauenorganisationen aus acht Mitgliedstaaten bilden den Kern der Initiative. Dabei sind Aktivistinnen aus Frankreich, das seit März das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in die Verfassung aufgenommen hat, und zwei polnische Organisationen, die unter dem restriktivsten Abtreibungsrecht in der EU stehen. Bis zum 23. Mai, vier Wochen nach Beginn der Kampagne, waren 317.350 Unterschriften zusammen. In Slowenien, Kroatien und Finnland wurde bereits der jeweilige Schwellenwert um das Mehrfache überschritten. Allein aus diesen Ländern kamen bisher 120 000 Unterschriften. Zusammen mit Frankreich stellen die vier mehr als die Hälfte der Unterschriften. Die größte Unterstützung kommt also bisher aus Ländern, in denen der Schwangerschaftsabbruch auf Wunsch der Frauen ohne jegliche bürokratische Hürden oder strafrechtliche Konsequenzen möglich ist. Auch aus den restlichen 23 Mitgliedstaaten liegen Unterstützungsbekundungen vor. In Deutschland sind mit 10.916 Unterschriften 16 % des Schwellenwertes von 67.680 erreicht. Die Aktion wird bis zum 20. Mai 2025 fortgeführt.

Die Initiative weist darauf hin, dass der Vertrag über die Arbeitsweise der EU vorsieht, Fördermaßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der menschlichen Gesundheit (Artikel 168) zu erlassen. Ausgehend von diesem Artikel hat die EU kürzlich mit dem Programm EU4Health Investitionen von bis zu 5,3 Milliarden Euro in den Mitgliedstaaten für eine bessere Gesundheit angestoßen, u.a. für die Förderung des Zugangs zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Im April hat das Europäische Parlament eine Resolution mit der Forderung angenommen, das Recht auf eine sichere und legale Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte aufzunehmen. Die Abgeordneten verurteilen die feststellbaren Rückschritte bei Frauenrechten, insbesondere die Tatsache, dass in einigen Mitgliedstaaten Abtreibungen aufgrund der „Gewissenklausel“ von Ärzten und in einigen Fällen von ganzen medizinischen Einrichtungen verweigert werden, oft in Situationen, in denen jede Verzögerung das Leben oder die Gesundheit der Patientin gefährdet. Alle Mitgliedstaaten werden aufgerufen, Abtreibung vollständig zu entkriminalisieren und Hindernisse für sichere und legale Abtreibungen zu beseitigen. Die Bürgerinitiative fördert den Zusammenschluss der vielfältigen Kräfte, bietet den Debatten in den Mitgliedsländern eine europäische Perspektive und fordert die Kommission, so sie erfolgreich, Stellung zu beziehen.

Solidarisches Europa
Ein Kooperationsprojekt mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ (ArGe)
Koordination: michael.juretzek@nord-com.net

Auf dieser Internetseite kann die Initiative unterstützt werden: eci.ec.europa.eu/044/public/#/screen/home

Abbildungen erreichbar über die mehrsprachige Kampagnenseite: **www.myvoice-mychoice.org/**

Slowenien – www.8marec.si/

Österreich – www.aufstehn.at/

Polen – strajkkobiet.eu/

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft bei der EU

Michael Juretzek, Bremen. Der 1957 mit den Römischen Verträgen entstandene Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat 329 Mitglieder und vertritt 250 Organisationen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Zivilgesellschaft aus allen Mitgliedstaaten. Parlament, Rat und Kommission sind verpflichtet, den EWSA zu jeder Gesetzesinitiative zu informieren. Der Ausschuss erarbeitet in sieben Untergruppen Stellungnahmen, die berücksichtigt werden müssen und startet Initiativen zu verschiedenen Feldern der EU-Politik. Das Plenum trifft sich neunmal pro Jahr und versteht sich als „eine tragende Säule der EU" und ein Akteur, damit „Organisationen und Netze der Zivilgesellschaft von überall in der EU ein Mitspracherecht bei der Entwicklung Europas haben". Hier werden drei Aktivitäten des EWSA vorgestellt.

„Wohnungskrise in Europa: wie geht es weiter?"

Die Konferenz des EWSA am 20.2.2024 zog Bilanz und formulierte Empfehlungen. Ein Drittel der 450 Millionen Einwohner der EU wohnt zur Miete. Wohneigentum ist in den letzten zehn Jahren rückläufig. Sozialer Wohnungsbau ist seit 2010 zurück gegangen. Mieten sind oftmals unerschwinglich, Energiekosten stark angestiegen. Das Problem der Obdachlosigkeit hat sich verschärft (geschätzt 800 000). Da der Zugang zu erschwinglichem, angemessenem Wohnraum Bestandteil der europäischen Säule sozialer Rechte ist, sieht der EWSA dringenden Handlungsbedarf für große Investitionen im Rahmen des Grünen Deals der EU.

Die Konferenz empfiehlt:

- Europäischen Aktionsplan für Wohnraum.
- Universelles Recht auf Wohnraum als öffentliche Dienstleistung.
- Europäischen Fonds für erschwinglichen Wohnraum.
- EU-Fonds und EIB-Finanzmittel direkt in die Städte leiten.
- EU-Strategie gegen Obdachlosigkeit durch Empfehlung des Rates flankieren.
- Genossenschaftswohnungen, besonders für die jüngere Generation, fördern.
- Stadtrandgebiete besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbinden.

www.eesc.europa.eu/sites/default/files/2024-04/qe-02-24-273-de-n_0.pdf (8 Seiten)

EWSA-Stellungnahme „Wasserarmut"

Nur 55% aller EU-weit Befragten einer um 2015 gemachten Umfrage gaben an, ihr Leitungswasser als Trinkwasser zu nutzen. 9,8 Mio. EU-Bürger haben kein einwandfreies Trinkwasser in ihrer Wohnstätte, 9,4 Mio. nur Zugang außerhalb ihrer Wohnung. In Portugal stieg der Preis für Trinkwasser nach der Privatisierung der Versorgung auf das Vierfache. Bemerkenswert ist die Forderung der EWSA-Stellungnahme „Wasserarmut" vom Juli 2023, Trinkwasser als öffentliches Gut und nicht als Handelsware zu behandeln und gemeinsame Leitlinien für die Preisgestaltung zu erarbeiten. Immerhin ist die Arbeitgeberseite stark im Ausschuss vertreten und die Lebensmittelindustrie strebt einen europaweiten Umsatz von 70 Milliarden Euro mit Flaschenwasser für 2024 an. Abgefülltes Trinkwasser liegt preislich um das 150- bis Tausendfache höher als unbedenkliches Leitungswasser. Der Ausschuss stellt in seiner Stellungnahme das Menschenrecht auf einwandfreies und erschwingliches Wasser über die Marktinteressen. Verbraucher dürften nicht wegen ihrer prekären Lage von der Versorgung ausgeschlossen werden. Ein erschwinglicher Preis müsse Vorrang vor Kostendeckung haben. Angesichts vieler Wassereinzugsgebiete, die sich über mehrere Mitgliedsländer erstrecken, fordert der Ausschuss die Kommission auf, einen Rat für Wassereinzugsgebiete einzurichten, der bei grenzüberschreitenden Konflikten vermittelt. Abschließend heißt es: „Insbesondere schlägt der EWSA ein politisches, technisches, demokratisches und offenes Bewirtschaftungsmodell vor, das darauf ausgerichtet ist, den Grundsatz des allgemeinen Zugangs zu hochwertigem Trinkwasser zu erschwinglichen Preisen in die Praxis umsetzt." Bei der anstehenden Fortschreibung der EU-Trinkwasserrichtlinie fordert das EWSA-Dokument eine deutliche Konzentration auf armutssicheren Zugang und Erschwinglichkeit von einwandfreiem Trinkwasser.

eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:JOC_2023_349_R_0010

Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit

2018 hat der EWSA ein Gremium eingerichtet, das sich mit Fragen von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit beschäftigt. Das Gremium erstellt regelmäßig Länderberichte nach Besuchen in jeweils sieben Mitgliedstaaten. Der letzte Bericht entstand 2022 nach Treffen mit über 100 Vertretern aus Gewerkschaften, Journalisten- und Frauenverbänden, Angehörigen der Rechtsberufe und Organisationen der Zivilgesellschaft.

In Dänemark, Deutschland, Irland, Litauen, Spanien, der Tschechischen Republik und Zypern wurde über die Themen

- Grundrechte der Sozialpartner,
- Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit,
- Recht auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit,
- Recht auf Nichtdiskriminierung,
- Rechtsstaatlichkeit

gesprochen. Mit dieser „Momentaufnahme der wichtigsten Trends in einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt" sind die Länderberichte ein anschaulicher Seismograf für Reaktionen der Zivilgesellschaft. „Auf jeden Fall machen diese Trends deutlich, dass wir als europäische organisierte Zivilgesellschaft mit unserer Legitimität sehr genau darauf achten müssen, was in allen EU-Mitgliedstaaten vor sich geht, um uns gegenseitig bei der Bewältigung dieser Entwicklungen und beim Aufbau besserer Gesellschaften zu unterstützen", heißt es im Vorwort der EWSA-Präsidentin Christa Schweng.

www.eesc.europa.eu/sites/default/files/files/qe-09-23-229-de-n.pdf (126 Seiten)